



Plenarprotokoll

94. Sitzung

Donnerstag, 24. September 2020

30 Jahre Deutsche Einheit - eine gemeinsame Aufgabe: Erinnern, Bewahren und den Blick nach vorne richten..... 7230

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2436 (neu)

30 Jahre Deutsche Einheit: Erinnern, Bewahren und Blick nach vorn richten..... 7230

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2442

Anette Röttger [CDU]..... 7230
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 7231, 7241

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7232, 7240
Christopher Vogt [FDP]..... 7234
Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 7235
Lars Harms [SSW]..... 7236
Martin Habersaat [SPD]..... 7237
Werner Kalinka [CDU]..... 7240
Jörg Hansen [FDP]..... 7242
Kerstin Metzner [SPD]..... 7243
Tobias von der Heide [CDU]..... 7243
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. 7244

Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 19/2442
2. Annahme des Antrags
Drucksache 19/2436 (neu)..... 7246

Umsetzung der Radstrategie**Schleswig-Holstein 2030**..... 7246Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP
Drucksache 19/2432Änderungsantrag der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 19/2441

Kay Richert [FDP]..... 7246, 7254

Kai Vogel [SPD]..... 7247

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 7249, 7254

Hans-Jörn Arp [CDU]..... 7250

Volker Schnurrbusch [AfD]..... 7251

Christian Dirschauer [SSW]..... 7252

Dr. Bernd Buchholz, Minister für
Wirtschaft, Verkehr, Arbeit,
Technologie und Tourismus..... 7254Beschluss: 1. Ablehnung des Ände-
rungsantrags Drucksache 19/2441
2. Annahme des Antrags
Drucksache 19/2432..... 7257**Erste Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes zur Änderung des Kinder-
tagesförderungsgesetzes**..... 7257Gesetzentwurf der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP
Drucksache 19/2396Beschluss: Überweisung des Gesetz-
entwurfs Drucksache 19/2396 an
den Sozialausschuss..... 7257**Gemeinsame Beratung****a) Schülerinnen und Schüler im
ÖPNV vor Infektionen schützen.** 7257Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2372**Sicher mit Bus und Bahn in die
Schule - Schülerbeförderung in
der Coronapandemie** 7257Alternativantrag der Fraktionen
von CDU, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2443**b) Auswirkungen der Masken-
pflicht an Schulen auf die Ge-
sundheit der Schüler untersu-
chen**..... 7257Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2423

Kai Vogel [SPD]..... 7257

Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 7258

Tobias von der Heide [CDU]..... 7259

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 7261

Klaus Schlie [CDU]..... 7262

Anita Klahn [FDP]..... 7262

Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 7263

Karin Prien, Ministerin für Bil-
dung, Wissenschaft und Kultur. 7264Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 19/2372 und 19/2423
2. Annahme des Alterna-
tivantrags Drucksache 19/2443..... 7266**Tätigkeit des Petitionsausschusses
in der Zeit vom 1. April 2020 bis
30. Juni 2020**..... 7266Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/2379Hauke Götttsch [CDU], Bericht-
ersteller..... 7267Beschluss: Kenntnisnahme des Be-
richts Drucksache 19/2379 und
Bestätigung der Erledigung der
Petitionen..... 7267**Bericht zum Umsetzungsstand des
Demenzplans für Schleswig-Hol-
stein**..... 7267Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2309Dr. Heiner Garg, Minister für So-
ziales, Gesundheit, Jugend, Fa-
milie und Senioren..... 7268

Christian Dirschauer [SSW]..... 7269

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 7270

Birte Pauls [SPD]..... 7272

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 7273

Dennys Bornhöft [FDP]..... 7274

Claus Schaffer [AfD]..... 7276

Bernd Heinemann [SPD]..... 7277

Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Aussprache erledigt.....	7278	Christian Dirschauer [SSW].....	7298
Containern legalisieren	7278	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	7299
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2386		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7302
Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen	7278	Kai Vogel [SPD], zur Geschäftsordnung.....	7302
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2446		Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2397 und des Alternativantrags Drucksache 19/2444 federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7302
Christian Dirschauer [SSW].....	7278		
Anette Röttger [CDU].....	7279		
Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	7280	* * * *	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7281	Regierungsbank:	
Jan Marcus Rossa [FDP].....	7283, 7287	Daniel Günther, Ministerpräsident	
Claus Schaffer [AfD].....	7284	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Lars Harms [SSW].....	7286	Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz	
Heiner Rickers [CDU].....	7286	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.....	7287	Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
Sandra Redmann [SPD].....	7289		
Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 19/2386 und des Alternativantrags Drucksache 19/2446 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	7290	* * * *	
Mehr Sicherheit auf der A 7	7290		
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2397			
Unfallschwerpunkte analysieren und technische Maßnahmen prüfen	7290		
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/2444			
Kai Vogel [SPD].....	7290		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	7292		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7293		
Kay Richert [FDP].....	7296		
Volker Schnurrbusch [AfD].....	7297		

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir eröffnen die heutige Sitzung.

Erkrankt sind die Abgeordneten Dr. Marret Bohn und Aminata Touré. Wir wünschen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen sind folgende Mitglieder der Landesregierung beurlaubt: Ministerin Heinold, Ministerin Dr. Sütterlin-Waack und Minister Albrecht.

Von der heutigen Sitzung haben sich nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Kilian und von der FDP die Abgeordnete Krämer abgemeldet. Die Abgeordnete von Kalben von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 15 Uhr verhindert ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 34 auf:

30 Jahre Deutsche Einheit - eine gemeinsame Aufgabe: Erinnern, Bewahren und den Blick nach vorne richten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/2436 (neu)

30 Jahre Deutsche Einheit: Erinnern, Bewahren und Blick nach vorn richten

Änderungsantrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2442

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Kürzlich hatte ich meinen ersten Reisepass wieder in der Hand. Er dokumentiert meine Grenzerfahrungen. Ich habe ihn aufgehoben, weil es im Pass mehrere DDR-Stempel gibt. Diese Stempel erinnern mich an große Erleichterungen nach strengen Grenzkontrollen,

an die spannenden Unternehmungen und Begegnungen als Jugendliche Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre in der damaligen DDR. Es waren Erfahrungen mit einer Diktatur und einem Unrechtsstaat.

Im Herbst 1989 war ich an der offenen Grenze in Schlutup dabei. Lübeck verwandelte sich über Nacht in eine Stadt voller Trabbis, und unzählige Menschen lagen sich in den Armen, weinten vor Freude und füllten die großen Lübecker Kirchen.

Ohne die mutigen Männer und Frauen, die in der DDR und hinter dem Eisernen Vorhang friedlich auf die Straße gegangen sind, hätte es diesen Glücksfall nicht gegeben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir, die wir Zeitzeugen dieser Ereignisse sind, tragen heute Verantwortung. Ich gehöre zu einer Familie, die sowohl in Schleswig-Holstein als auch seit der Wende in Mecklenburg-Vorpommern Land bewirtschaftet. Den Weg der Deutschen Einheit habe ich in den vergangenen 30 Jahren in all seinen Facetten hautnah in Lübeck und Mecklenburg-Vorpommern erlebt, und das hat mich sehr geprägt.

Die Deutsche Einheit ist eine Erfolgsgeschichte und unzertrennlich mit den herausragenden Leistungen unseres ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl verknüpft.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Diese friedliche deutsche Revolution gehört zu den wichtigsten historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts und war ein Glücksfall für unser Land und für unser Volk.

Demokratie, freie Wahlen, ein Rechtsstaat und die soziale Marktwirtschaft haben für alle Menschen in Deutschland ein Leben in Freiheit, Frieden und Wohlstand hervorgebracht, wie es keine andere Generation vor uns je erlebt hat.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Das alles ist nicht selbstverständlich. Das dürfen wir gerade in diesen besonderen Zeiten und bei allen Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung nicht aus dem Auge verlieren.

Die Stärkung der inneren Deutschen Einheit bleibt nach 30 Jahren unsere gemeinsame Herausforderung. Mir ist das ein Herzensanliegen geworden.

(Anette Röttger)

Die Begegnungen mit Menschen, die hier Geschichte geschrieben haben, haben mich immer tief berührt. Heute ist es unsere Verantwortung, aus der deutsch-deutschen Geschichte zu lernen, um auch die Zukunft friedlich zu gestalten.

Bildung hilft; denn jeder, der hier in Deutschland lebt, muss lernen, auch die Deutsche Einheit zu verstehen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die erst in den 1980ern oder später geboren sind. Das Jahr der politischen Bildung 2019 mit dem Schwerpunkt 30 Jahre Mauerfall war bereits ein gutes Beispiel dafür, sich zusammen mit Schülerinnen und Schülern diesem Thema methodisch kreativ und vielfältig - ob analog oder digital - zu nähern.

Ich bin sehr dankbar, dass es zum Einheitsjubiläum gelungen ist, hier und heute mit einem breiten Schulerschluss im Schleswig-Holsteinischen Landtag darüber zu debattieren. 30 Jahre sind ein guter Zeitpunkt, um die deutsch-deutsche Geschichte in der schulischen und kulturellen Bildung noch besser zu verankern. Die Deutsche Einheit gehört in den Geschichtsunterricht an unseren Schulen.

Bereits im vergangenen Jahr hat Schleswig-Holstein als Ausrichter des Einheitsfestes hier in der Landeshauptstadt Kiel eindrucksvoll gezeigt, welche Strahlkraft und politische Relevanz der 3. Oktober über Landes- und Bundesgrenzen hinaus hat.

Die Deutsche Einheit ist nach 30 Jahren insbesondere für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein mit einer ehemals innerdeutschen Grenze auch räumlich hautnah erlebbar. Hier sind Begegnungen von Menschen aus Ost und West möglich. Wir verfügen über historische Orte und in der ehemaligen Grenzregion über Grenzdokumentationsstätten und ehrenamtliches Engagement. All dies gilt es weiter zu unterstützen.

Auf Bundesebene wollen wir dafür werben, dass genau diese authentischen Orte im ehemaligen innerdeutschen Grenzgebiet in Schleswig-Holstein als Lernorte professionell weiterentwickelt und gefördert werden.

Erinnern, bewahren und Zukunft gestalten - das ist unser gemeinsamer Auftrag. Es geht um mehr als um gute Nachbarschaft, es geht um den Zusammenhalt unserer gesamten Gesellschaft. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst 1989 gelang, was noch wenige Monate zuvor undenkbar erschien. Unter hohem persönlichem Risiko erstritten viele tausend mutige Menschen auf den Straßen und Plätzen der DDR friedlich das Ende der SED-Herrschaft. Sie brachten ein Regime zu Fall, das jede Legitimität verloren hatte und auch nach Jahrzehnten keine Antwort auf den überwältigenden Freiheitswunsch der eigenen Bevölkerung gefunden hatte. Dieses Ende der SED-Herrschaft und der Mauerfall waren entscheidende Schritte. Dann folgte im Jahr darauf die deutsche Wiedervereinigung. Realität wurde das, was mit dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages und den Abstimmungen über den Einigungsvertrag in Volkskammer, Bundestag und Bundesrat im September 1990 endete. Damit endete die deutsche Nachkriegszeit; aus zwei deutschen Staaten wurde einer.

Die Aufnahme der Bundesrepublik in den Kreis der westlichen Demokratien nach 1949, die glaubwürdige Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarn unter Willy Brandt, aber auch das beherzte Ergreifen der Gelegenheit, die sich 1989 durch den Einsatz mutiger Menschen in Ostdeutschland ergeben hatte, all das bleiben Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung, für die wir heute zutiefst dankbar sein können.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich erinnere gern an die Rede meiner Kollegin Simone Lange vor ein paar Jahren hier im Haus, die hier als Vertreterin einer Generation, die in Ostdeutschland geboren ist, glaube ich, sehr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht hat, was das für die Menschen damals bedeutete.

Es sind zwei Jahre in der deutschen Geschichte, die einen besonderen Stellenwert einnehmen. Die Entwicklungen brachten für Millionen Menschen politische Freiheit und nicht nur die Wiedervereinigung zweier Staaten - wobei „Wiedervereinigung“ eigentlich der falsche Begriff ist; man müsste eigentlich von Vereinigung, von einem Einigungsprozess reden -, sondern auch unzählige Familien sind wieder zusammgekommen. Wir haben die Bilder vor Augen. Wir haben die Euphorie der damaligen Zeit auch noch im Kopf.

Doch für viele Menschen, die große Hoffnungen in die neue Zeit gesetzt hatten, folgte nach 1990 eine

(Dr. Ralf Stegner)

schnelle Ernüchterung. Große Teile der ostdeutschen Wirtschaft wurden abgewickelt, weil sie nicht wettbewerbsfähig erschienen. Investoren aus dem Westen kauften nicht nur Firmen, sondern auch Immobilien in großem Stil. Hunderttausende Arbeitsplätze gingen verloren. Viele machten die Erfahrung, dass das, was man im Beruf geleistet hatte, über Nacht scheinbar wertlos geworden war. Bei vielen setzte sich auch der Eindruck fest, man müsse selbst zum Egoisten werden, um nicht unter die Räder zu kommen. Arbeits- und häufig auch Perspektivlosigkeit wurden für viele Menschen zu einer einschneidenden Erfahrung und zu etwas, womit sich viele Menschen und Familien real auseinandersetzen mussten. Die Abwanderung vieler junger Menschen und die damit verbundenen demografischen Auswirkungen für die betroffenen Regionen waren oftmals die Folgen.

Ich muss wirklich sagen, aus westdeutscher Perspektive vergessen wir oft, wie radikal die Veränderungen nach 1990 für die Menschen in den neuen Bundesländern waren und wie vergleichsweise gering im Westen. Das sollten wir immer bedenken, wenn wir über solche Dinge miteinander sprechen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich ausdrücklich: Die Anerkennung von Lebensleistung sollte nicht davon abhängig sein, ob man das Glück hatte, in einer freiheitlichen Demokratie zu leben oder nicht.

Wir haben in den 90er-Jahren auch den Grundstein dafür gelegt, dass viele bis heute den Eindruck haben, dass ein Teil der Menschen zumindest Distanz zur Werteordnung unseres Grundgesetzes hat. Im vergangenen Jahr teilten auf Twitter unter dem Hashtag „Baseballschlägerjahre“ junge Menschen aus Ostdeutschland die oftmals tief erschütternden Erlebnisse mit der Neonazi-Szene der Nachwendejahre. Auch wenn das heute nicht mehr mit Springerstiefeln und Glatzen erfolgt, muss man doch sagen, dass die Pro-Kopf-Zahlen rechtsextremer Gewalt im Osten, aber auch die Wahlerfolge der AfD - man könnte, um das abzukürzen, im DDR-Jargon von der Agitationstruppe der Feinde der Demokratie reden -

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Also bitte!)

deutlich höher sind. Das ist keineswegs nur ein ostdeutsches Phänomen. Das gibt es sehr wohl auch im Westen. Aber wir müssen dem Aufmerksamkeit schenken; denn es kann auf Dauer nicht so bleiben, dass Demokratiefeinde weit über 20 % erzielen,

wenn sie für Parlamente kandidieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist ein demokratisches Ergebnis!)

Das ist ein Teil unserer gemeinsamen Verantwortung. Deswegen muss ich sagen: 30 Jahre sind eigentlich eine lange, aber, historisch gesehen, auch eine kurze Zeit. Ich bin sehr dankbar, dass es uns - Herr Kollege Koch und die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen - gestern gelungen ist, eine gemeinsame Erklärung zu verabschieden; denn ich glaube, es ist schon wichtig, dass wir zum Ausdruck bringen, dass es eben nicht zu Ende ist mit dem, was wir zu tun haben, sondern dass die soziale Einheit eine große Aufgabe bleibt und dass wir in Anbetracht der Herausforderungen des Jahres 2020 nicht aus den Augen verlieren dürfen, dass man die gemeinsame Geschichte auch kennen muss; denn nur wer das tut, kann aus ihr auch lernen und weiß, dass wir etwas zu tun haben.

Ich will ausdrücklich bekräftigen, was die Vorrednerin an einer Stelle gesagt hat. Wir haben das große Glück, dass die meisten in unserer Generation, die hier leben, in Frieden und Freiheit aufgewachsen sind - übrigens ganz anders als die Generation vor uns. Es ist unsere Aufgabe, das zu bewahren. Das schaffen wir nur, wenn wir uns um die innere Einheit bemühen und wenn wir auch fair sind gegenüber den Menschen, die es vielleicht ein bisschen schwerer hatten als der eine oder andere von uns. Deswegen ist es ein wichtiges Zeichen, heute zu sagen, dass dieser Tag ein Grund zur Freude ist, dass aber auch noch eine Menge Arbeit vor uns liegt, um die Demokratie und unsere Werteordnung für die Zukunft zu verteidigen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Hetze gegen die AfD!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Einheit vollzogen, Einheit hergestellt, Einheit erreicht - das war das Fazit des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundeslän-

(Eka von Kalben)

der, Marco Wanderwitz, in seinem Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, der letzte Woche veröffentlicht wurde.

Einheit erreicht? - Sicher, für ganz viele Bereiche, insbesondere für die Infrastruktur, für Krankenhäuser, für Energienetze und Straßen. So weit, so gut. Weniger euphorisch stimmt mich aber, dass es nach 30 Jahren noch nicht vollständig gelungen ist, die Einheit auch in den Köpfen nachzuvollziehen. Ja, die Mauer ist gefallen, die innerdeutsche Grenze abgeschafft. Trotzdem fühlt sich mit 57 % noch über die Hälfte der Ostdeutschen als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Trotzdem sind Ostdeutsche in Führungspositionen sogar in Ostdeutschland extrem unterrepräsentiert, im Westen sowieso.

Ich wurde wenige Jahre nach dem Mauerbau in Westdeutschland als Tochter von Eltern geboren, die nach dem Zweiten Weltkrieg von ihrer Heimat in Sachsen-Anhalt nur träumten, aber nicht dort leben konnten, dafür aber dann im kleinen Grenzverkehr - ich habe auch diese Stempel im Pass - sehr viele Besuche gemacht haben. So hat mich der Wunsch nach Wiedervereinigung sozusagen von klein auf geprägt.

Als es dann 1990 endlich soweit war, habe ich trotzdem mit gemischten Gefühlen auf diese Wiedervereinigung geschaut. Natürlich war das Ereignis ein Grund zur Freude. Ich war auch bei der Maueröffnung in Berlin. Es war ein großer Trubel. Es war toll, ein wirklich prägendes Ereignis. Das Ende der Diktatur bedeutete auch das Ende vielen Unrechts.

(Beifall Werner Kalinka [CDU] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber durch meine Freunde in der DDR kannte ich auch viele Menschen, die sich das Ende ihrer Revolution anders gewünscht hätten: Nicht einfach eine Eingliederung in die bestehende Bundesrepublik, sondern auch die Würdigung ihres Lebenswerkes bei gleichzeitiger Aufarbeitung des geschehenen Unrechts in der DDR. Gerade die Menschen, die sich bei Bündnis 90 und damals im Neuen Forum organisiert hatten und viele Risiken eingegangen sind, haben sich von einer Wiedervereinigung noch mehr gewünscht.

Während die Menschen in Westdeutschland größtenteils einfach weiterleben konnten wie bisher, war die Wende für viele Menschen aus der ehemaligen DDR mit gravierenden Umbrüchen in ihrem Leben verbunden. Herr Dr. Stegner hat dies bereits gesagt. Noch heute prägt uns nicht wirklich ein Verhältnis auf Augenhöhe. Die Bundesländer im Osten wer-

den von uns vor allem wahrgenommen, wenn es ein Problem gibt - mit der Demokratie, mit der Aufnahme von Geflüchteten und mit Rechtsextremismus. Ja, es ist ein Problem, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in Ostdeutschland bei nur 22 % liegt. Aber ganz ehrlich: 40 % in Westdeutschland sind auch keine super Zahl, und Kassel und Hanau liegen bekanntlich nicht im Osten.

Statt überheblich in Richtung Osten zu schauen, sollten wir uns auf die Dinge konzentrieren, bei denen wir noch hinterherhinken: bei der Kinderbetreuung, beim Ganztagsangebot, bei der Geschlechtergerechtigkeit. Insoweit können wir etwas lernen.

Kann man nun dem positiven Fazit des Bundesbeauftragten folgen?

Einheit vollzogen. - Nun ja, wenn mich meine Kinder fragen, ob ich im Osten oder im Westen aufgewachsen sei, weil meine Eltern nun wieder in Sachsen-Anhalt leben, denke ich, sie müssten das doch wissen. Wir waren ein geteiltes Deutschland, und es ist doch klar, dass ich in Niedersachsen aufgewachsen bin. Für sie ist diese Grenze einfach nicht mehr da, und ob das Dorf in Sachsen-Anhalt BRD oder DDR war, spielt für sie überhaupt keine Rolle.

Auch bei der Wahl des Ausbildungs- oder Studienplatzes spielt es eigentlich keine Rolle mehr, ob es eine westdeutsche oder eine ostdeutsche Stadt ist. Es spielt höchstens eine Rolle, wenn es um Ängste, um Fremdenfeindlichkeit, geht; aber eine Universität in Leipzig wird nicht weniger gern gewählt als meinetwegen eine Universität in Passau.

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern fühlen sich, glaube ich, aufgrund ihrer Kultur mehr mit Schleswig-Holstein verbunden als zum Beispiel die Bayern. Zwischen den Leuten in der Stadt und jenen auf dem Land gibt es zum Teil viel prägendere Unterschiede als die zwischen Ost und West.

Deshalb glaube ich, dass wir tatsächlich auf einem guten Weg sind und dass wir mit unserem Antrag und der Idee, dies noch mehr in der Bildung einzubringen und auch unsere Geschichte gemeinsam anzuschauen, einen guten Schritt gehen.

Wir sind ein Land mit einer gemeinsamen Geschichte mit zwei parallelen Unterkapiteln. Es ist wichtig, dass man auf beide Unterkapitel schaut. Diese in der Bildung auch den Jüngeren nahezubringen, muss unsere Aufgabe bleiben.

Alles in allem sind wir eine geeinte, föderale Republik in Europa. Unsere Einheit geht einher mit Vielfalt. Darüber bin ich froh. Unsere Aufgabe muss es

(Eka von Kalben)

nun sein, diese vielfältige Einheit auch in Europa herzustellen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat ihr Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bald dürfen wir 30 Jahre Wiedervereinigung feiern. 30 Jahre sind quasi eine ganze Generation. Die DDR gab es rund 40 Jahre, die Mauer bestand 28 Jahre.

Wir werden den 3. Oktober 2020 leider nicht so feiern können, wie es eigentlich angemessen wäre, wir sollten dieses Jubiläum aber nutzen, um uns gemeinsam über den Glücksfall der Wiedervereinigung zu freuen. Wir sollten uns an die schmerzhafteste Zeit der Teilung erinnern, zurückblicken auf das, was wir seitdem gemeinsam geschaffen haben, und wir sollten auch optimistisch in die Zukunft blicken.

Die Wiedervereinigung, mit der auch ein neues Kapitel für unseren Kontinent einherging - das wird in Deutschland manchmal nicht allzu sehr beachtet -, ist allen Unkenrufen und Problemen zum Trotz eine Erfolgsgeschichte. Auch wenn man nach 30 Jahren immer noch feststellen muss, dass die „Mauer in den Köpfen“ teilweise noch vorhanden ist und es immer noch nennenswerte Unterschiede wirtschaftlicher, kultureller und damit eben auch politischer Art zwischen unseren Landesteilen in Ost und West gibt, zeigt die Zwischenbilanz doch eine enorme Kraftanstrengung sehr vieler Menschen, und dies - ich betone dies ganz deutlich - vor allem in Ostdeutschland.

Ich will die Schwierigkeiten überhaupt nicht kleinreden. Natürlich wurden auf diesem Weg auch Fehler gemacht. Schließlich gab es für diesen Prozess keine wirklichen Erfahrungswerte. Aber anstatt vor allem über Missstände zu schimpfen, sollten wir mehr Verständnis dafür entwickeln, dass eine unterschiedliche Geschichte auch unterschiedliche Prägungen der Menschen bedeutet. Hoch problematisch - das wurde schon angesprochen - bleiben die Verklärung des Regimes, die teilweise immer noch vorhanden ist, und natürlich auch der Rechtsextremismus, wobei man auch schauen muss, ob er nur eine Folge der Wiedervereinigung oder nicht vielmehr eine Folge des Regimes in der DDR war und

ob es eine rechtsextreme Szene bei Jugendlichen in Ostdeutschland nicht schon vorher gegeben hat.

Wir sollten gemeinsam mehr Stolz für das Erreichte entwickeln und uns neue Ziele setzen. Dazu gehört für mich auch die Erkenntnis, dass es mittlerweile auch in Westdeutschland Regionen gibt, die bei der Entwicklung von Infrastruktur und Wirtschaftsstruktur mehr Unterstützung brauchen, während es im Osten zum Glück auch sehr starke Regionen gibt, beispielsweise in Sachsen.

Die Teilung war die Folge des von uns Deutschen ausgelösten Zweiten Weltkrieges, der unendlich viel Leid über Europa und die Welt gebracht hat. Die Menschen im Osten unseres Landes hatten für die Verbrechen Nazideutschlands nach dem Krieg einen deutlich höheren Preis zu zahlen als wir im Westen. Die Geschichte unseres Landes und ein Blick auf das Geschehen in vielen Ländern auf der Welt sollten uns allen verdeutlichen, dass Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft alles andere als selbstverständlich sind, dass sie die Voraussetzung für unsere Freiheit sind und immer wieder aufs Neue verteidigt werden müssen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gerade wir Deutschen sollten uns noch stärker an die Seite der mutigen Menschen in Hongkong und Belarus stellen. Sie erinnern uns an die mutigen Menschen, die im Jahr 1989 in der DDR für ihre Freiheit auf die Straße gegangen sind. Zum Glück hatten die Menschen in Ostdeutschland mit der friedlichen Revolution Erfolg. Auch das wünsche ich den Menschen, die heute in Minsk und in anderen Städten Osteuropas auf die Straße gehen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Die DDR war Ende der 80er-Jahre wirtschaftlich und politisch komplett ruiniert. Moralisch war sie es eigentlich von Anfang an. Wir haben vor 30 Jahren nicht nur die Teilung überwunden, sondern auch ein sozialistisches Unrechtsregime auf deutschem Boden mit einem unglaublichen Ausmaß an staatlicher Überwachung, Drangsalierung und Zersetzung und mit der Mauer, die in Wahrheit ein menschenverachtender Todesstreifen mit Minen, Selbstschussanlagen und Grenztruppen mit Schießbefehl war. Daran gibt es nichts zu relativieren. Auch das muss man nach 30 Jahren noch einmal deutlich sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

(Christopher Vogt)

Viele Menschen leiden noch heute unter den perfiden Methoden der sogenannten Staatssicherheit, und es war die absolut richtige Entscheidung, dieses dunkle Kapitel mit Hilfe der Gauck-Behörde intensiv aufzuarbeiten.

Ich halte es für absolut angemessen, dass wir uns auf einen gemeinsamen Antrag verständigen konnten. Die gemeinsame Beleuchtung der Geschichte ist ja immer ein interessantes Unterfangen. Uns war unter anderem wichtig, dass wir auch die großen Verdienste der USA bei der Wiedervereinigung würdigen. Aber wir hatten eben auch das Glück, dass es in der Sowjetunion einen Michail Gorbatschow gab und dass unsere europäischen Nachbarn ihren Segen gegeben haben, auch wenn die Skepsis bezüglich eines wiedervereinigten Deutschlands teilweise immer noch groß war.

Die neue Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel mit dem Wandel durch Annäherung war sehr wichtig, aber auch das unbeirrte Festhalten vor allem der Union an der Wiedervereinigung. Die zupackende Art von Helmut Kohl in der Wendezeit gilt es zu würdigen, aber die Helden bleiben natürlich die damaligen Demonstranten in Leipzig, Berlin und anderswo. Es berührt mich noch heute, wenn ich die Worte von Hans-Dietrich Genscher auf dem Prager Botschaftsbalkon und den Jubelschrei der Menschen höre, die sich auf das Botschaftsgelände geflüchtet hatten.

Ich war 1990 sechs Jahre alt und kann mich noch relativ gut an die Wendezeit erinnern. Auch ich komme aus einer Region, in der dies besonders präsent war. Ich war damals mit der Familie in Mustin, als die Grenze wenige Tage nach dem Mauerfall in Berlin geöffnet wurde. Ich sage ganz deutlich: Statt Verklärung brauchen wir mehr Aufklärung, vor allem der heutigen Jugend. Dabei sind vor allem die Schulen gefragt, und am besten eignen sich meines Erachtens der Besuch von Erinnerungsorten und das Gespräch mit Zeitzeugen.

Heute hat der FSJler unserer Fraktion Geburtstag. - Jakob, alles Gute!

(Beifall FDP)

Er ist 19 Jahre alt geworden und nach dem 11. September 2001 geboren. Dieser Generation sind wir es ganz besonders schuldig, dass wir erinnern und zurückblicken und mit den jungen Leuten darüber sprechen, damit dies auch in ihren Köpfen präsent ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl das Wort.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer kam es in Berlin am Schöneberger Rathaus zu einer bizarren Szene. Sie erinnern sich? Es fand eine spontane Kundgebung statt. Willy Brandt, Helmut Kohl und Berlins regierender Bürgermeister, Walter Momper, hielten die Reden, und Momper hat dabei mit seinem berühmt gewordenen Satz „Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk auf der Welt!“ die Stimmung meiner Familie und die Stimmung der allermeisten meiner Bekannten genau auf den Punkt gebracht.

Bei vielen der damals anwesenden Kundgebungsteilnehmer war aber genau dies offensichtlich nicht der Fall; denn weite Passagen insbesondere der Reden von Kohl und von Momper waren vor Buhrufen und Gejohle kaum zu verstehen.

Als die Politiker dann am Ende der Kundgebung die Nationalhymne anstimmten, sangen zwar viele mit, aber diejenigen, die piffen und johlten, waren eindeutig lauter. Was für ein verstörendes Bild! Mir war damals klar, dass die Störer ein ganz verqueres historisches Bewusstsein haben mussten und dass sie die tiefe Bedeutung von Einigkeit und Recht und Freiheit nicht ermessen konnten. Kurz, es war offensichtlich: Ihnen fehlte die politische Bildung. Von daher begrüßen wir den Antrag, 30 Jahre deutsche Einheit, ausdrücklich. Er zielt übrigens in genau die Richtung, die unser Antrag vor fast genau einem Jahr für ein würdiges Gedenken an die friedliche Revolution von 1989/1990 hatte. Dass mich das freut, das können Sie sich vorstellen.

Sie sprechen vom Erinnern: Erinnern an die Zustände, die damals in der DDR herrschten, an die materiellen und geistigen Grenzen, unter denen die Menschen litten, aber auch an den Mut, mit dem viele von ihnen gegen die Ungerechtigkeit angekämpft haben. Natürlich ist da auch die Erinnerung an die Freude und die Erlösung des 9. November.

In Ihrem Antrag haben Sie viele gute Vorschläge dazu gemacht, wie Erinnerung umgesetzt werden kann. Vermisst habe ich allerdings die konsequente

(Dr. Frank Brodehl)

Einbindung von Zeitzeugen in Unterrichtseinheiten. Nichts kann den persönlichen Austausch mit denjenigen ersetzen, die in der DDR leben mussten. Wie hat sich denn die Planwirtschaft auf die Kreativität ausgewirkt? Wie wohnte man denn in mietpreisgedeckeltem Volkseigentum? Wie erlebte man den Widerspruch zwischen Angstkultur und Jubelpropaganda?

Sie schreiben zuletzt in der Überschrift Ihres Antrags: Den Blick nach vorn richten. Ja, so abgedroschen es klingen mag, aus Geschichte kann und sollte man etwas lernen. Wir, unsere Generation, sind uns bewusst, dass die Ereignisse des Wendjahres 1989/1990 weit mehr waren als nur die Vereinigung zweier deutschen Teilstaaten, denn endlich waren alle Deutschen in Einheit und Freiheit dort angekommen, wohin sie schon seit dem 19. Jahrhundert unterwegs waren. Schon die lange Zeitspanne verdeutlicht die Umwege, die Sackgassen, die Irrungen und die Anstrengungen, die auf diesem Weg gelegen hatten.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Ja, bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Herr Dr. Brodehl, Sie haben gesagt, Ihnen fehlten in unserem Antrag die Gespräche mit Zeitzeugen. Ich hatte diese in meiner Rede auch angesprochen. Das steht auf Seite 2 unseres Antrags. Mir scheint, Sie sind nicht auf dem aktuellen Stand unseres Antrags. Das steht sehr wohl drin, und das halte ich auch für einen sehr wichtigen Punkt.

- Vielen Dank, dass Sie mich darauf hinweisen. Tatsächlich war es so: Ich habe gestern Abend noch lange im Büro gearbeitet und eben erst diesen neuen Antrag gelesen. Im Ursprungsantrag stand dies - soweit ich weiß - nicht. Das habe ich mit Sicherheit nicht überlesen. Lassen Sie uns nicht instrumentalisieren, ob Sie das nun zuerst gesagt haben oder ich. Uns ist das aufgefallen, und uns ist es wichtig, Zeitzeugen einzubinden, wie wir das ja auch in einem anderen historischen Kontext tun.

(Beifall AfD)

Ich sagte, dass wir uns bewusst darüber geworden sind, dass es eine längere Zeitspanne war, die auf diesen Tag hingeführt hatte, und dass auf diesem

Weg viele Irrungen und Wirrungen lagen. Und genau dieses Wissen darf eben nicht zu einer Fußnote im Geschichtsunterricht verkommen. Sonst fehlt dem Blick nach vorn der notwendige Hintergrund. Das meine ich insbesondere bezogen auf die Herausforderungen, die die Zukunft mit sich bringen wird: Umweltprobleme, soziale Fragen, die Migrationsfrage und außenpolitische Fragen.

Immer häufiger kommen hierbei in den letzten Jahren die richtige Gesinnung oder die richtige Haltung mit ins Spiel. Und das ist, ich sage es in aller Deutlichkeit, eine gefährliche Entwicklung. Es heißt nicht, „Einigkeit und Haltung und Freiheit“, sondern „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

(Beifall AfD - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Da sind jetzt genau die Richtigen laut. - Wenn die richtige Haltung wichtiger wird als das Recht, dann sind dies zuletzt totalitäre Strukturen, und dafür müssen wir unsere Schüler sensibilisieren.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht, in dem wir Ihnen an sich guten Antrag dahingehend ergänzen, dass die Landeszentrale für politische Bildung in Ihrem Bildungsangebot den Aspekt des Totalitarismus stärker berücksichtigen sollte und dass - wie gesagt - Zeitzeugen eingebunden werden sollen.

Ich bitte also um Zustimmung zu beiden Anträgen, und ich bin mir sicher, dass dies am Ende dazu beitragen wird, dass wir Szenen, wie wir sie am 10. November erlebten, als die Nationalhymne in Johlerei unterging, nicht mehr erleben müssen. Das Gegenteil sollte doch der Fall sein, nämlich dass wir als Deutsche „Einigkeit und Recht und Freiheit“ wieder selbstbewusst feiern und zelebrieren können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen jetzt schon eine richtig gute Einheitsfeier am 3. Oktober. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort deren Sprecher, der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Jahre Deutsche Einheit. 30 Jahre, das ist eine Generation. Die Deutsche Einheit von 1990 war ein historisches Moment. Zwei getrennte Länder, die wieder zusammenkommen. Das ist in der Weltgeschichte ein Ereignis mit Seltenheitswert, denn meistens ist es so, dass das,

(Lars Harms)

was einmal getrennt war, auch getrennt bleibt. Von daher kann man an dieser Stelle auch einmal stolz sein auf das, was geleistet wurde. Es war also ein einmaliges Ereignis. Das dürfen wir uns immer wieder vor Augen führen.

Die Deutsche Einheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie wurde uns nicht einfach so geschenkt, sondern sie war ein jahrelanger politischer Prozess.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Daher befassen sich die vorliegenden Anträge insbesondere mit dem Aspekt der politischen Bildung. Der öffentliche Diskurs ist noch nicht zu Ende. Von daher ist es gut, das Thema Deutsche Einheit auch hier im Landtag anzusprechen. Der politische Prozess, der die Einheit ermöglicht hat, ist von der Straße ausgegangen. In diesem Prozess wurden Fehler gemacht, ja, aber es wurde eben auch vieles richtig gemacht. Und das, was richtig gemacht wurde, kommt in der Außendarstellung leider viel zu oft zu kurz. Ein Beispiel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Westen war man noch meilenweit von einer Vereinbarkeit entfernt. Die Frauen sollten am liebsten zuhause bleiben und dafür Sorge tragen, dass die Waschmaschine läuft. Viele andere Möglichkeiten blieben auch nicht, da entsprechende Betreuungsplätze für die Kinder fehlten, vor allem in ländlicheren Regionen.

In der DDR war es hingegen völlig normal, dass Frauen auch ohne längere Unterbrechungen erwerbstätig sind. In dieser Hinsicht hat der Westen profitiert. Ohne die Wende wären die Ausweitung der Kinderbetreuung und wohl auch die Gleichberechtigung der Frauen möglicherweise nicht so schnell vorangeschritten, wie es zum Glück jetzt passiert ist.

(Beifall SSW)

Es lässt sich auch feststellen, dass eine Reihe ostdeutscher Städte und Regionen gewachsen sind und dass es den Bürgern grundsätzlich besser geht. Die Animositäten zwischen Ost und West sind geringer geworden. Vor allem bei der jüngeren Generation in Ost und West kennt man diese Denkweise nicht mehr. Es hat keine Bedeutung, ob man aus dem Osten oder dem Westen kommt, und das ist doch sehr erfreulich. Hier wurde also ein wichtiges Ziel erreicht, meine Damen und Herren. Es ist tatsächlich zusammengewachsen, was zusammeng gehört.

Das, was noch nicht erreicht wurde, sind gleiche Löhne. Es ist mir unverständlich, warum für Landesbeamte in den ostdeutschen Bundesländern weniger gezahlt wird als im Rest der Republik. Meiner

Meinung nach haben wir als Länder da eine ganz klare Vorbildfunktion. Wir müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn zahlen, egal ob man nun in Schwerin oder in Kiel arbeitet.

Ein anderes Thema, das mir an dieser Stelle noch wichtig ist, ist etwas, das im Osten und im Westen schon immer gleich war. Es geht um den Heimatverlust von ganzen Dorfgemeinschaften. Laut BUND wurden seit 1945 in Ost- und Westdeutschland insgesamt 300 Ortschaften durch die Gewinnung von Kohle zerstört. Mehr als 120.000 Menschen wurden umgesiedelt, und auch heute noch geschieht das. Es kann einfach nicht sein, dass man trotz des Beschlusses zum Kohleausstieg noch weitere Ortschaften zerstört. Ein solches Bild gehört für uns als SSW jedenfalls nicht zu einer modernen geeinten Bundesrepublik. Deshalb muss dieser Wahnsinn lieber heute als morgen aufhören.

Abschließend lässt sich aus meiner Sicht durchaus feststellen, dass die Deutsche Einheit als positiv für Deutschland zu werten ist. Entscheidend ist, dass sich dies auch entsprechend in schulischer und kultureller Bildung niederschlägt. Meine Damen und Herren, schön wäre es, wenn die Überwindung von Gegensätzen bei der deutschen Wiedervereinigung auch ein Vorbild für mehr Gemeinsamkeit auf europäischer Ebene wäre. Das wäre nämlich nötiger denn je. Ich finde: Wenn wir heute darüber reden, dann sollten wir nicht immer nur zurückblicken und sehen, was einmal war. Wir sollten vielleicht einmal die Lehren daraus ziehen, was wir in Deutschland als Erfolgsmodell exportieren können. Wir können immerhin sagen, dass sich in dieser Zeit riesige Armeen gegenüberstanden, dass wir tagtäglich damit rechnen mussten, dass es zu einer Kriegshandlung kommt, und dass es unvorstellbar war, dass man sich in irgendeiner Art und Weise einigen kann. Vor dem Hintergrund, dass dies gelungen ist, muss es möglich sein, auch auf europäischer Ebene noch einiger zu werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Deutsche Einheit gehört in den Geschichtsunterricht - das haben wir von einigen Red-

(Martin Habersaat)

nern heute sinngemäß gehört, von Frau Röttger wörtlich. Ich möchte an dieser Stelle eine Lanze für unsere Schulen und den Geschichtsunterricht brechen: Dort ist sie längst!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dennys Bornhöft [FDP])

In der Sekundarstufe I an den Schulen Schleswig-Holsteins ist die Entwicklung zur Einheit Deutschlands und Europas seit 1945 als Thema vorgesehen. Es steht unter der Überschrift: Von der Spaltung zur Integration? - Das ist aus meiner Sicht ein guter Ansatzpunkt, um über das Thema zu diskutieren. Viele Gedanken, die sich dort wiederfinden, hat Frau von Kalben vorgetragen.

In unserem Lehrplan wird ausdrücklich empfohlen, an dieser Stelle die Methode der Zeitzeugenbefragung einzuführen. Früher gab es diese Empfehlung in Bezug auf das Thema Zweiter Weltkrieg. Das geht aus technischen Gründen heute nicht mehr so gut. Aber zu dem Thema Wiedervereinigung ist diese Methode wieder absolut geeignet.

(Lars Harms [SSW] und Christopher Vogt [FDP]: Aus biologischen Gründen!)

- Bitte?

(Christopher Vogt [FDP]: Aus biologischen Gründen!)

- Aus biologischen Gründen; akzeptiere ich.

Der Umgang mit Massenmedien soll ebenfalls thematisiert werden. Diese Empfehlung könnte man fast als Antwort auf die AfD-Beiträge lesen.

Der Lehrplan der Sekundarstufe II ist noch viel mehr eine Antwort auf die AfD. Darin geht es unter anderem um die Frage: Kann man eigentlich aus der Geschichte lernen? - Offenkundig können es nicht alle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Dr. Frank Brodehl [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Brodehl?

Martin Habersaat [SPD]:

Nein, vielen Dank. - Da geht es um die Frage: Begegnung von Kulturen - Konfrontation, Abgrenzung oder Integration? Da geht es um die Frage, ob Menschenrechte universell, für alle Menschen gelten oder nur für bestimmte Menschen. Da geht es um

die Frage: nationale Identitäten - Realität oder Konstruktion? Da geht es um die Frage: War die deutsche Teilung eigentlich selbstverschuldet oder von außen aufgezwungen? Da geht es auch um die Debatte über die Frage - das wird man bei der CDU gern hören -: War die DDR ein Unrechtsstaat?

Die Diskussion über all diese Schlagworte und Themen, die wir in der Debatte heute Morgen gebracht haben, ist an unseren Schulen längst Realität. Das wird unterrichtet, und das muss es auch. Ich möchte dafür werben, an diese Themen auch kontrovers heranzugehen. Frau Röttger, ich kann Ihre Freude über die Einheit verstehen. Wenn Sie aber Geschichtsunterricht nach dem Motto gestalten wollen: „Das ist so toll für uns alle und ein Riesenglück für unser Volk!“, dann ist das kein Unterricht, wie er, zumindest aus meiner Sicht, im Jahr 2020 sein sollte. So gilt an unseren Schulen das Überwältigungsverbot. Die Lehrkraft darf ihre Position gar nicht den Schülerinnen und Schülern aufoktrozieren.

Wenn wir genau hingucken, dann stellen wir fest: Es ist eben nicht alles tutti. Im Osten gibt es Menschen, die ihre Lebensleistung nicht gewürdigt fühlen. Im Westen gibt es Menschen, die ihren finanziellen Beitrag zur Deutschen Einheit nicht gewürdigt fühlen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Anette Röttger?

Martin Habersaat [SPD]:

Sehr gern.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ach?)

Anette Röttger [CDU]: Herr Habersaat, Sie verteidigen gerade unseren gemeinsam gestellten Antrag. Mir leuchtet nicht ganz ein, warum Sie jetzt mit diesen Argumenten den Geschichtsunterricht verteidigen, den ich ja in keiner Weise infrage gestellt habe. Ich habe in meiner Rede lediglich die Betonung darauf gelegt, dass wir auch heute noch eine feste Verankerung dieses Themas im Geschichtsunterricht benötigen - nicht mehr und nicht weniger.

- Frau Röttger, ich habe empfohlen, dass man, bevor man in diesem Landtag etwas einfordert, mit einem zweiten Blick guckt, was in der Realität davon schon vorhanden ist. Aber das betraf nicht allein Sie. Sie haben gefordert, die Einheit solle im Unter-

(Martin Habersaat)

richt vorkommen. Ich habe gesagt: Das steht schon im Lehrplan. - Frau von Kalben hat gesagt, man müsse sich auch um die Integration Europas kümmern. Ich habe gesagt: Das steht schon im Lehrplan. - Herr Brodehl hat empfohlen, Zeitzeugen einzubinden. Ich habe gesagt: Das steht schon im Lehrplan.

(Heiterkeit und Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie nunmehr eine Zwischenbemerkung oder -frage des Abgeordneten Koch?

Martin Habersaat [SPD]:

Sehr gern.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Habersaat, in der Tat sprechen wir über unseren gemeinsamen Antrag. In diesem formulieren wir, dass wir die deutsche Teilung und ihre Überwindung „verstärkt“ als Thema berücksichtigt wissen wollen. Teilen Sie diese Auffassung?

(Heiterkeit - Volker Schnurrbusch [AfD]: Interessant!)

- Herr Kollege Koch, ich teile alles, was wir in gemeinsame Anträge schreiben. Aber ich darf - das ist in unserer Fraktion erlaubt - durchaus eine eigene Pointierung in Bezug auf die Themen vornehmen. Wie Sie wissen, bin ich Bildungspolitiker; zu den bildungspolitischen Themen unseres Antrags habe ich mich gemeldet. Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, dass ich es schwierig fände, wenn die einzige Antwort, die uns auf alle Fragen dieser Welt immer einfällt, lauten würde: „Das müssen wir an den Schulen behandeln“, oder: „Das müssen wir verstärkt an den Schulen behandeln.“ Deswegen erlauben Sie mir, dass ich darauf hinweise, was es im Lehrplan alles schon gibt. Ich würdige natürlich das gemeinsame Werk dieses Antrags, finde aber ganz persönlich: Das ist nicht das Beste, was uns jemals in diesem Haus gemeinsam gelungen ist.

(Zurufe Lars Harms [SSW] und FDP - Volker Schnurrbusch [AfD]: Oh! Ihr von der CDU solltet vielleicht Lehren ziehen, wenn es um gemeinsame Anträge geht!)

Bevor wir diesen gemeinsamen Antrag geschrieben hatten, war das eine reine, flache Jubelarie. Insofern haben wir ihn durchaus ein Stück nach vorn gebracht.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Martin Habersaat [SPD]:

Gern.

(Christopher Vogt [FDP]: Jetzt gibt es Ärger! - Heiterkeit)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ganz im Gegenteil! - Ich möchte eine Bemerkung machen. Ich finde es angesichts des unseligen Beitrags von rechtsaußen richtig, dass wir einen gemeinsamen Antrag formuliert haben. Aber natürlich sind wir unterschiedliche Fraktionen, und wir dürfen unterschiedliche Kolorierungen von Themen vornehmen. Die Gemeinsamkeiten sind jedenfalls deutlich größer als die Unterschiede. Die Toleranz hält es aus, dass man sich in Nuancen unterscheidet. Ich finde es sehr richtig, wenn darauf hingewiesen wird, dass in den Schulen vieles engagiert stattfindet. Ich wünschte mir, alle täten das so engagiert, wie es in den Schulen meist schon geschieht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Vielen Dank, Herr Kollege Stegner. Ich finde es auch völlig legitim, wenn in einer solchen Debatte die SPD die Ostpolitik von Willy Brandt besonders hervorhebt, die FDP an Genscher auf dem Balkon erinnert

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, nein, bei der Ostpolitik waren wir auch dabei!)

und die CDU für Dr. Kohl und dessen „blühende Landschaften“ wirbt.

(Heiterkeit SPD)

Das ist doch alles okay. Was auffällt, ist, dass ein AfD-Politiker noch nie etwas zur Deutschen Einheit beigetragen hat.

(Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Ich möchte abschließend festhalten: Wer die innere Einheit tatsächlich stärken möchte, der muss sich im Unterricht auch den kritischen Seiten stellen. Wir dürfen das nicht einseitig als Jubelveranstaltung aufziehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Die ewigen Miesmacher von

(Martin Habersaat)

links! Die können es nicht lassen und müssen alles in den Dreck ziehen!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Habersaat, wenn Sie sich den Antrag genau angucken, dann sehen Sie, dass wir bei unseren Formulierungen zu all diesen schulischen Maßnahmen nicht infrage stellen, dass das schon im Lehrplan steht. Wir wollen dieses Thema verstärkt behandelt wissen, das heißt, auf bestimmte Aspekte soll der Blick besonders gerichtet werden. Wir fordern also nicht, das Thema neu zu verankern; denn es ist bereits im Lehrplan verankert.

Wir sind Teil der Jamaika-Koalition. Viele von Ihnen wissen, wie es ist, wenn man einer Koalition angehört. Natürlich hat man es auch mit Anträgen zu tun, von denen man einige Teile besser und andere weniger gut findet. Ich finde es aber sehr schade, wenn in einer Debatte wie dieser hier die Nuancen in den Fokus gerückt werden und nicht die Tatsache an sich, dass wir diesen Antrag gemeinsam einbringen. In unserer Demokratie gibt es genug Themen, die wir uns gemeinsam angucken müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Debatte hat mir gezeigt, dass man tatsächlich unterschiedlich auf die Vergangenheit blickt. Das gilt auch für die Koalitionsfraktionen. Ein besonderer Aspekt - den man durchaus kritisch sehen kann - ist die Einbeziehung von Zeitzeugenbefragungen in den Unterricht. Herr Habersaat, Sie sagten, dieser Ansatz sei bereits Teil des Lehrplans. Ich glaube, dass wir auch in Bezug darauf sehr genau hinschauen müssen.

Ich möchte nämlich den 10. November 1989 aus meiner Perspektive beschreiben. Herr Brodehl, Sie waren dort und hörten eine tobende Masse, die andere Menschen, die sich mit der Hymne über die bevorstehende Wiedervereinigung freuten, niederbrüllten. - Ja, stimmt. Ich war in dieser Masse. Die Leute standen auf der Mauer. Ich habe an der Mauer gestanden und habe auch Leuten hinaufgeholfen. Darunter waren ganz viele Leute, die zum ersten Mal im Westen waren und sich freuten. Es war sozusagen Party. Man ging auf die Mauer.

Vorn waren aber in jener Nacht schon wieder Volkspolizisten, die das Brandenburger Tor abschirmten. Es gab in gewisser Weise eine knisternde Atmosphäre. Ich hatte mich damals auch mit einigen Leuten getroffen, die im Neuen Forum mitgearbeitet haben. Und die haben gesagt: „Oh, Leute, lasst uns das jetzt mal nicht überziehen.“ Es bestand die Angst, dass die Volkspolizisten die Grenzen vielleicht wieder schließen würden.

Und dann steigen auf die Mauer Leute aus der studentischen Verbindung mit riesengroßen Deutschlandfahnen, schwenken die und singen dazu die Nationalhymne mitten in diesem Fest der Einheit. Es gab ja noch nicht die Wiedervereinigung, es waren lediglich die Grenzen zwischen der DDR und der BRD geöffnet worden. Da hatten viele Menschen vor Ort Angst vor diesem martialischen Auftreten. Darunter hatten sich auch Leute gemischt, die rechtsradikale Symbole trugen. Und diese Menschen wurden von der Mehrheit, die dort am 10. November 1989 war, niedergerufen, und sie haben gesagt: „Geht runter von der Mauer! Ihr eskaliert! Hört auf, jetzt hier die Hymne zur singen!“ - Ich finde, das war genau richtig. Das ist meine Perspektive auf den 10. November 1989.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der größte Dank für die Einheit gebührt dem Mut der Bürgerinnen und Bürger der DDR, die für Freiheit und Frieden gekämpft haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Das war alles andere als selbstverständlich; Lars Harms hat das richtig gesagt.

In Leipzig standen die Panzer in der Nebenstraße und waren bereit, eingesetzt zu werden. Die SED-Spitze hatte ja Wochen vorher mit der chinesischen Lösung gedroht. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch daran, was es bedeutet, Panzer fahren zu lassen.

Dies ist auch die Stunde, denjenigen besonders zu gedenken, die an der Gesundheit Schaden genommen haben oder gar gestorben sind, weil sie sich für die Freiheit engagiert haben oder in die Freiheit wollten. Was dort von der Diktatur gemacht wurde mit Mauer und Stacheldraht, mit dem MfS und an-

(Werner Kalinka)

deren Dingen, das ist einer der schlimmsten Vorgänge überhaupt, die man sich vorstellen kann.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Einheit ist möglich - dies auch aktuell zu Europa -: Man muss das nur wollen. Wenn man eine Einheit will, dann kann man diese auch bekommen. Dies wäre vielleicht auch für Europa ein Maßstab, sich daran zu orientieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wer sich an die damalige Zeit erinnert, der kommt auch nicht umhin, Amerika dafür zu danken, dass man uns die Einheit ermöglicht hat. Dies ist vom Kollegen Vogt richtig gesagt worden.

Und ich möchte den Dank ausdrücklich erweitern auf die Bürgerrechtler, die sich über Jahre engagiert haben. Das kam doch nicht über Nacht; das begann Anfang der 80er-Jahre in den Kirchen. Und es war doch kein Zufall, dass nach meiner Kenntnis auf Geheiß von Michail Gorbatschow in Moskau Krenz im November des Jahres 1989 abgelöst worden ist, um eben besonneneren Kräften - es mag vielleicht den einen oder anderen überraschen, dass ich dies für SED-Kräfte sage - den Weg des Überganges zu ermöglichen.

Die Behutsamkeit, mit der diese Einheit erreicht wurde, an der Spitze mit Helmut Kohl mit seinem Zehnpunkteplan, mit seiner Rede vor der Frauenkirche, das war Geschichte, die uns geholfen hat. Ich schließe ganz selbstverständlich auch die Entspannungspolitik und die Leistung von Willy Brandt mit ein. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren! Es ist nicht alles großartig geworden, aber es hat sich wirtschaftlich durchaus einiges gut entwickelt. Die Stasi hatte damals ja festgehalten, wie groß die Schäden in der Wirtschaft waren. Und wenn ich mir jetzt die Situation anschau - und ich sehe sie mir häufiger an -, dann kann ich nur sagen: Diesen wirtschaftlichen Weg, der dort gegangen worden ist, müssen wir weiter unterstützen und fördern. Insofern sind wir weiterhin auf einem guten Weg.

Zwei Gedanken, Frau Präsidentin, gestatten Sie mir bitte noch, weil sie mir einfach wichtig sind:

Wir müssen auch den Respekt gegenüber den Bürgern der DDR äußern. Bei dem, was ich jetzt sagen werde, geht es mir nicht um Politik. Wir müssen ihnen danken für ihre Identität, dafür, wie sie ihre

DDR erlebt haben. Ich sage es einmal ganz simpel. Das beginnt beim Camping, geht über das Gemeinschaftsleben, wie ihre Kinder betreut wurden, und geht bis hin zum Lebensgefühl. Auch das gehört dazu, die Einheit innerlich zu vollenden, weil das vielen, mit denen ich im Gespräch bin, wichtig ist.

Wir müssen sie mit in den Arm nehmen und müssen gemeinsam diesen Weg gehen. Ich kann nur sagen: Danke schön für die jetzt vorliegende Resolution zur Einheit. Das ist eine würdige Resolution zu diesem Tag. Ich schließe in diesen Dank selbstverständlich auch den Herrn Oppositionsführer Dr. Stegner für seine Ausführungen mit ein. - Danke schön.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in dieser Debatte noch gern sagen: Das kann jetzt keine Stunde von Rechthaberei sein; denn ich gehöre zu den Menschen, die leidenschaftliche Debatten im Parlament schätzen. Auch das ist eine Stärke unserer Demokratie.

Ich würde aber gern noch ein paar Feststellungen treffen. Die eine ist, dass die Einheit in doppeltem Sinne ein besonderes Glück ist. Die Spaltung war das Ergebnis von einem Angriffskrieg, den die deutsche Diktatur ausgelöst hat, obwohl manche in diesem Haus noch nicht begriffen haben, dass das so war.

Deswegen ist es auch wichtig, daran zu erinnern, dass die Völkerfamilie bereit war, dieses Deutschland wieder in ihre Gemeinschaft aufzunehmen und es auch zuzulassen, dass die Einheit stattgefunden hat. Das wäre nicht zustande gekommen ohne die Hilfe derjenigen, die wir im letzten Jahrhundert angegriffen haben. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Mein Vater kommt aus Thüringen; deshalb habe ich durchaus auch familiäre Bindungen in dieser Frage. Aber als jemand, der Geschichte studiert hat, muss ich sagen: Wenn man die deutsche Geschichte betrachtet, dann ist das Großartige daran, dass das friedlich und ohne Blutvergießen gegangen ist. So etwas hat es nämlich in der deutschen Geschichte nicht oft gegeben. Darauf sollten wir stolz sein, und darüber sollten wir uns

(Dr. Ralf Stegner)

freuen. Da liegt auch eine Chance für Europa, dass das geht: friedlich und ohne Blutvergießen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Dritte, das ich gern feststellen möchte, ist, und das zeigen vor allem die Beiträge von dort drüben: Zu unserer Ordnung gehört auch, dass wir Meinungsfreiheit haben. Das ist das, was unser System von anderen Systemen unterscheidet, was bei den Systemen, die sie zu verantworten hätten, nicht der Fall gewesen wäre. Meinungsfreiheit heißt doch eben auch, dass man unterschiedliche Auffassungen haben kann. Das ist doch völlig legitim. Für die Freude gibt es viele Gründe. Es gibt Gründe, Probleme anzusprechen. Die Menschen erleben nun einmal unterschiedliche Dinge während ihrer Lebenszeit. Das alles ist festgestellt worden. Aber dass wir darüber hier im Parlament so reden können, dass wir insgesamt in einer Situation sind, in der es uns sehr viel besser geht als vielen Generationen vor uns, das ist ein großes Glück.

Das Glück wäre noch größer, wenn diejenigen, die die Demokratie nicht begriffen haben, aus dem Parlament wieder herausgewählt werden würden. Dann kommen wir nämlich wieder auf einen Punkt zusammen.

Damit bin ich bei dem, was wir gemeinsam formuliert haben. Das ist nämlich ein Teil der Stärke dessen, was wir können und eine würdige Erinnerung an 30 Jahre Deutsche Einheit. Wenn damit bei uns noch ein bisschen Demut verbunden wäre, nämlich festzustellen, dass es manche bedeutend schwerer hatten als wir selbst, dann ist auch das ein guter Ertrag dieses Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jörg Hansen.

(Unruhe)

Jörg Hansen [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder hat seine persönliche Geschichte und seine persönlichen Erlebnisse. Ich möchte ein Erlebnis aus dem August 1989 ansprechen, das mich besonders bewegt hat und für mich unmittelbar mit der Deutschen Einheit zusammenhängt.

Ich war mit einer Basketballmannschaft auf dem Weg nach Budapest. In diesem Zeitraum hat Ungarn die Grenze nach Österreich geöffnet. Das haben wir nur am Rande erfahren, obwohl ich damals schon in Lübeck wohnte. Das war für mich eher eine Randnotiz. Bedeutsam wurde es für mich deswegen, weil uns auf dem Weg nach Budapest Unmengen von Trabis entgegenkamen. Das ist nur ein Teil der Geschichte. Da wurden wir aufmerksam und fragten uns: Was passiert hier? Es war nicht nur in der DDR ein Umbruch erkennbar, sondern auch an den Grenzen. Die Menschen drängten in die Freiheit.

Das kleine Ungarn spielt für mich eine bedeutsame Rolle. In einem Gespräch mit einem Studenten habe ich ihm gesagt: „Das ist ja unheimlich mutig, was ihr macht; ihr brecht quasi aus eurem Konstrukt aus.“ Da sagte er: „Ja, das ist der erste Schritt. Wir wollen, dass jetzt auch die Deutschen zusammenkommen. Das ist unser Ziel als Ungarn.“

Die Rolle Ungarns wird manchmal vergessen. Es ist mir sehr wichtig, daran zu erinnern, dass der jungen ungarischen Generation bewusst war, dass tatsächlich etwas auf dem Weg ist. Für mich ist die Deutsche Einheit auch ein europäisches Projekt. Wir müssen nicht nur den Deutschen in der DDR sehr dankbar sein, sondern allen Partnern und allen Ländern, die uns dabei unterstützt und ermöglicht haben, die Deutsche Einheit konstruktiv und mit einem großen Bewusstsein friedlich zu erreichen.

(Beifall im ganzen Haus)

Das ist die wichtigste Erkenntnis bei diesem gesamten Projekt.

Lieber Lars, ich bin gebürtiger Flensburger, habe die gute Nachbarschaft zu Dänemark kennengelernt und bin dann nach Eichholz in Lübeck umgezogen. Da habe ich jeden Monat mindestens eine Maschinengewehrsalve vom Grenzübergang oder Grenzstreifen miterlebt. Ich habe die Nachbarschaft zu beiden Ländern miterlebt.

Wir sollten diesen Tag - wie gesagt - als Tag des Dankes feiern und bewahren. Ich bedanke mich persönlich für diesen Antrag und freue mich auf den 3. Oktober 2020. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kerstin Metzner das Wort.

Kerstin Metzner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wollen ja Zeitzeugen befragen. Ich habe die Hälfte meines Lebens in der DDR gelebt, die andere Hälfte in Schleswig-Holstein. Einige kommen hier immer auf 1989 zu sprechen; es geht aber um den 3. Oktober 1990.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ich schon eine Bewerbung laufen; ich wollte in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eine Beamtenausbildung anfangen. Es gab schon den Einigungsvertrag, und es war bekannt, welche Strukturen aufgelöst werden sollten. Im August 1990 gab es in meiner Heimatstadt eine Ausschreibung, dass Beamtenanwärter in Westdeutschland ausgebildet werden sollten.

Ich wurde bei meinem Bewerbungsgespräch in Bonn nach dem 3. Oktober 1990 gefragt, in welchen Bereichen ich ausgebildet werden möchte. Da habe ich gesagt: Ich war noch nie im Westen; ich vermute, in Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine größere Einheit; wenn, dann Schleswig-Holstein. Diese Entscheidung habe ich nie bereut. Ich habe menschliche Nähe zwischen Mecklenburg und Schleswig-Holstein erfahren.

Was habe ich nach dem 3. Oktober 1990 in meiner Heimatstadt erfahren, was habe ich von meinen Eltern erfahren? Frau Röttger, Sie haben hervorgehoben, dass Sie Land in Mecklenburg-Vorpommern haben. Was denken Sie, was wir als Mecklenburg-Vorpommerner darüber gedacht haben? - Wir jungen Frauen haben plötzlich keine Chance mehr bekommen. Ich habe in Wismar zu hören bekommen, dass eine Mutter mit drei Kindern, die es gewohnt war, zur Arbeit zu gehen, die das nicht infrage gestellt hat, aus ihrem Job gedrängt und durch einen Alkoholiker ersetzt wurde. Wir Frauen wurden plötzlich abgewertet. Wir sind dann nach Schleswig-Holstein oder sonst wo hingegangen und haben unsere Chancen genutzt.

Ich habe die Ausbildung gemacht, als Ingenieurin hier gut Fuß gefasst und wurde gut eingesetzt. Relativ schnell habe ich in einem Ingenieurverband erst den Bezirksvorsitz, dann den Bundesvorsitz innegehabt, und ich wurde immer wieder gewählt - als Frau in einem Ingenieurverband, in dem nur 5 % Frauen waren. Ich habe gemerkt, dass das, was ich mitbringe, etwas wert ist. Genau dieses Gefühl wünsche ich vielen Ostdeutschen. Ich wünsche ihnen, dass sie nicht infrage gestellt, sondern anerkannt werden.

Hier wurde schon gesagt, dass es in den westdeutschen Bundesländern viel zu wenig Führungskräfte aus Ostdeutschland gibt. Ich würde vielen wünschen, dass sie so eine Chance bekommen wie ich. Ich darf heute als Abgeordnete des Schleswig-Holstein Landtags mit einem Mecklenburger Hintergrund zu Ihnen sprechen und sagen: Diese 30 Jahre haben uns Chancen gegeben, aber wir müssen auch daran denken, dass viele auf der Strecke geblieben sind. Ich wünsche vielen, dass sie wirklich anerkannt werden und sich nicht immer wieder für irgendetwas entschuldigen müssen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Kerstin Metzner [SPD]:

Und es sind nicht alle auf der Mauer gewesen. 17 Millionen Menschen sind ihrer Arbeit nachgegangen. Auch diese Menschen haben Anerkennung und Würdigung verdient. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Debatte aufmerksam zugehört und möchte auch diesen historischen Moment würdigen. Für mich war das meine erste politische Erinnerung, als damals die Mauer fiel. Ich meine, mich daran zu erinnern, dass meine Mutter in der Küche saß und weinte. Als ich als kleiner Junge nicht verstand, was überhaupt passiert war, berichtete mir meine Mutter, das seien Tränen der Freude. Das ist meine erste politische Erinnerung.

Lasse Petersdotter hat einmal den Schleswig-Holstein-Tag der Jungen Union besucht, als wir ein Jubiläum gefeiert haben, das mich in meinem politischen Leben stark geprägt hat.

(Zurufe)

- Damit wollte ich ausdrücken, dass auch eine Junge Union, die CDU, jeder für sich dieses historische Ereignis in der Partei verankert hat.

(Tobias von der Heide)

Man muss aber auch ansprechen, dass wir 30 Jahre nach der Einheit nach wie vor große Herausforderungen haben. Hier wird immer auf die AfD geguckt; guckt man doch einmal in die Landtagsparlamente im Osten: Dort gibt es Parlamente, in denen AfD und Linkspartei zusammen die Mehrheit haben. Die politischen Verhältnisse sind in Ostdeutschland anders als in Westdeutschland. Da stellt sich die Frage: Haben diese Menschen kein Vertrauen zu Parteien, die im Wesentlichen in Westdeutschland in der Geschichte gewirkt haben?

Zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse: Ich habe mich diese Woche mit jemandem aus Mecklenburg-Vorpommern getroffen, der in Schleswig-Holstein Arbeit gefunden hat. Der hat mir berichtet, dass aus dem Landstrich, aus dem er kommt, viele Menschen in den Westen gehen, weil sie im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern oder woanders im Osten keine Perspektive haben.

Es gilt, 30 Jahre Einheit zu feiern, aber wir müssen auch anerkennen, dass wir noch sehr viel zu tun haben und die Einheit mit Sicherheit noch nicht abgeschlossen ist. Ich finde es wichtig, das in dieser Debatte gesagt zu haben. - Danke sehr.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien, das Wort.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir vielleicht zu Beginn, liebe Frau Metzner, Ihnen für Ihre sehr berührende Darstellung Ihres Erlebens zu danken, die mich sehr bewegt hat.

Ziemlich genau, vor einem Jahr am 26. September 2019, gab es schon einmal eine Debatte zu 30 Jahren Mauerfall. Dort wurden emotionale Erinnerungen an den 9. November 1989 geteilt. Vor allem waren wir alle voller Vorfriede auf das große Bürgerfest in Kiel zum Tag der Deutschen Einheit.

Heute, ein Jahr später, ist alles ein bisschen anders. In Potsdam wird es keine feiernde Menschenmenge auf der Ländermeile geben, dafür Abstands- und Hygieneregeln, die ein gemeinsames Feiern nur auf Distanz zulassen. Das ist schade. Aber diese Ruhe - darauf ist verschiedentlich hingewiesen worden - gibt uns auch die Möglichkeit, ein Stück weit innezuhalten und mit etwas Abstand auf die letzten 30 Jahre zu blicken.

Die Wiedervereinigung ist und bleibt ein doppelter Glücksfall - Herr Stegner hat es ausgeführt -, ein Glücksfall übrigens, für den es keine Blaupause gab. Jeder Schritt wurde zum ersten Mal getan, gemeinsam von Menschen, die zum Teil stark verunsichert und in ganz unterschiedlichen Systemen aufgewachsen waren.

Seitdem haben die Menschen in unserem Land Unglaubliches geleistet. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, denn wir neigen ja als Deutsche besonders dazu, im Alltag vor allem den Blick auf die Defizite zu lenken. Dabei zeigt die Lebensrealität in Deutschland, dass die Unterschiede zwischen Ost und West - und das ist erfreulich - zunehmend verblassen. Zu diesem Schluss kommt auch die Studie „30 Jahre Deutsche Einheit & Vielfalt“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die am Dienstag vorgestellt wurde. Demografisch und wirtschaftlich von Osten und Westen zu sprechen, sei nach den Ergebnissen der Studie kaum noch sinnvoll. Hinter diesem Satz aber, der sich so einfach spricht, stecken viel Arbeit und eben auch persönliche Schicksale. Deshalb gelten unsere Anerkennung und unser Respekt den Menschen im Osten unseres Landes, die sich in einer friedlichen Revolution mutig gegen die DDR-Diktatur auflehnten und die Mauer zu Fall brachten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Sie waren voller Hoffnung, ein Leben in Frieden, in Freiheit und Selbstbestimmung führen zu können, mussten aber dann - auch darauf ist hingewiesen worden - im wiedervereinten Deutschland miterleben, wie Tausende von Betrieben abgewickelt wurden und Millionen von Menschen nicht nur ihre Arbeit, sondern eben auch ihr Selbstverständnis - mancher seine Identität, zumindest aber das Lebenswerk - infrage gestellt sahen. Manche Erwartungshaltung wurde nach der Wiedervereinigung enttäuscht. Für einige blieb das zuweilen vielleicht nüchterne und pragmatische westdeutsche Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis und die weltanschauliche Zurückhaltung fremd. Viele mussten sich erst einmal zurechtfinden in einem Lebensalltag, der sich völlig verändert hatte. Der 1979 in der damaligen DDR geborene Journalist und Schriftsteller Christian Fuchs hat über diese Zeit einmal gesagt:

„Man musste in den 90er-Jahren immer wieder von vorne anfangen und nichts war mehr sicher.“

Diese Erfahrung prägt.

(Ministerin Karin Prien)

Und doch haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Berlin, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und in Sachsen eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen: Wohlstand an vielen Stellen, wiederaufgebaute Städte und gerade in Sachsen und Thüringen zum Beispiel ein beeindruckendes Schulsystem mit guten Erfolgen im nationalen und internationalen Vergleich, außerdem in diesem Jahr preisgekrönte Schriftstellerinnen und Schriftsteller, darunter der diesjährige Träger des Preises der Leipziger Buchmesse, Lutz Seiler, der in seinem Roman „Stern 111“ eine berührende Geschichte der unmittelbaren Nachwendezeit erzählt. Nicht zuletzt haben wir seit 15 Jahren eine überaus erfolgreiche und international geschätzte gesamtdeutsche Bundeskanzlerin aus Mecklenburg-Vorpommern.

Aber auch das ist gesagt worden: Unsere Anerkennung gilt heute auch den Menschen in Westdeutschland. Sie haben den Erfolg der Wiedervereinigung nicht nur finanziell, sondern auch politisch ermöglicht und in den Jahren davor das Vertrauen - auch darauf wurde hingewiesen - unserer europäischen und transatlantischen Partner gewonnen. Die Entspannungspolitik wurde zu Recht angesprochen. Und sie haben auch nach der Wende - darauf will ich ausdrücklich hinweisen - Strukturen in Verwaltung, Wissenschaft, Schulen und Kultur mit geprägt und aufgebaut.

Dabei - ja - wurde nicht immer der richtige Ton getroffen, das muss man deutlich sagen. Und ja, ich teile ausdrücklich die Einschätzung, dass zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen sind, und zwar übrigens nicht nur im Osten, sondern natürlich auch im Westen.

Richard von Weizsäcker hat anlässlich des Tages der Deutschen Einheit vor 30 Jahren als erster gesamtdeutscher Bundespräsident gesagt:

„Sich zu vereinen, heißt teilen zu lernen.“

Heute geht es auch darum, Wissen übereinander zu teilen. Schülerinnen und Schüler kennen die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 und die Zeit unmittelbar davor und danach nur aus Geschichtsbüchern, vielleicht aus den Erzählungen ihrer Eltern und Großeltern. Ich freue mich total, Herr Habersaat, dass Sie so viel Vertrauen haben, dass das, was in unseren Fachanforderungen steht, an allen unseren Schulen in der Praxis umgesetzt wird. Ich teile diese Einschätzung.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Beate Raudies [SPD], Dr. Ralf Stegner [SPD] und

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich will auch betonen: Natürlich gibt es fächerübergreifend alle möglichen Anknüpfungspunkte - immer übrigens in einem multiperspektivischen Kontext dargestellt. Die Vorstellung vom Unterricht, der so etwas wie eine Jubelveranstaltung wäre, ist, glaube ich, sehr veraltet. Ja, da geht es natürlich darum, einmal die Bürgerrechtsbewegung im Kontext der Bewertung sozialer Bewegungen darzustellen. Da geht es darum, die Frage zu klären: War die DDR ein Unrechtsstaat? - Natürlich ist das auch immer Gegenstand von kontroversen Debatten an Schulen.

Ich glaube aber, besonders wichtig ist, dass sich junge Menschen auch begegnen und dass wir Räume schaffen, in denen sich junge Menschen aus Schleswig-Holstein mit jungen Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern oder aus Brandenburg treffen. Das ist wichtig. Davon brauchen wir noch mehr. Das ist auch das, was wir meinen, wenn wir davon sprechen, dass wir jetzt in die Zukunft schauen müssen.

Dieses Jahr hätten wir so gern so viel gemacht an dieser Stelle. Corona hat uns da ein bisschen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Ich freue mich aber, dass wir zumindest ein großes digitales Vernetzungsprojekt von Schülerinnen und Schülern aus Schleswig-Holstein und aus Mecklenburg-Vorpommern durchführen können. Was ist die Frage? Was machen wir in diesem digitalen Vernetzungsprojekt? - Es geht um die Frage: 30 Jahre Deutsche Einheit - was bedeutet das für mich?

Im Rahmen der Sommerakademie wurde im Kontext der Demokratiebildung die Frage gestellt: Was bedeutet für mich eigentlich Freiheit? - Darauf gibt es natürlich unterschiedliche und vielfältige Perspektiven. Eka von Kalben hat darauf hingewiesen.

Bei allen Projekten und Kooperationen - das ist mir jetzt das entscheidend Wichtige - geht es am Ende darum, Schülerinnen und Schüler überall in unserem Land diskursfähig zu machen. Das ist am Ende das Entscheidende, denn die Geschichte der Wiedervereinigung hat uns gelehrt, wie wichtig es ist, jungen Menschen Mut zu einer eigenen Meinung und zu einer gelingenden Debattenkultur zu vermitteln.

(Beifall CDU, AfD und vereinzelt SPD)

Erlauben Sie mir zum Schluss, die aus Brandenburg stammende FDP-Politikerin Linda Teuteberg zu zitieren, die gesagt hat, selbst im Parlament müsse sie

(Ministerin Karin Prien)

feststellen, dass es manchem Parlamentskollegen und mancher Parlamentskollegin mitunter an der Grundakzeptanz für Streit fehle. Ich glaube, das ist ein wichtiger Satz. Und auch Marco Wanderwitz als Ostbeauftragter der Bundesregierung hat noch einmal auf die Bedeutung der politischen Bildung und übrigens auch des Ehrenamtes hingewiesen.

Deshalb glaube ich, dass wir mit diesem Antrag zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit den richtigen Weg gehen, wenn wir die politisch-historische und die Demokratiebildung an unseren Schulen stärken. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Dr. Frank Brodehl [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zur Verfügung, aber ich sehe nicht, dass davon Gebrauch gemacht werden soll.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag, Drucksache 19/2442, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 19/2442 gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag, Drucksache 19/2436 (neu), abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag Drucksache 19/2436 (neu) einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein e. V. RAD.SH, und Vertreter und Vertreterinnen des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Umsetzung der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2432

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2441

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren! Man soll ja immer sparsam mit Theatralik sein. Ich glaube aber, in diesem Fall ist es nicht übertrieben, wenn ich sage: Mit der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030 ist uns ein ganz, ganz großer Wurf gelungen!

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Wir drehen das große Rad!)

Eine intakte Infrastruktur gehört nämlich genauso zu einer generationengerechten Politik wie intakte Finanzen. Natürlich machen wir deswegen schon seit der Regierungsübernahme 2017 viel für den Radverkehr. Ich erinnere nur daran, dass wir mit den Landesstraßen auch die Radwege sanieren. Ich kann Ihnen sagen: Da gibt es einiges zu sanieren, wir haben die Landesstraßen und Radwege nämlich in einem erbärmlichen Zustand übernommen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Uuiuiui-
ui!)

90 Millionen € investieren wir pro Jahr. Alle haben gesagt: Das schafft ihr doch nie! - Ich sage Ihnen heute: Schauen Sie sich um in Schleswig-Holstein, es geht voran. Wenn wir heute Behinderungen im Verkehr haben, dann wegen Baustellen, nicht wegen Schlaglöchern und Wurzelaufrüchen. Wir beseitigen den jahrzehntelangen Sanierungsstau und hinterlassen kommenden Generationen eine intakte Wegeinfrastruktur.

(Zurufe und Beifall FDP - Widerspruch SPD)

Mit der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030 und den Schwerpunkten Modal Split, Radtourismus, Vision Zero - Null Tote im Straßenverkehr - gehen wir noch ein Stück weiter.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass wir drei Jamaika-Parteien viele Gemeinsamkeiten, aber auch unterschiedliche Prioritäten ha-

(Kay Richert)

ben. Für mich als FDP-Mann ist der Modal Split zum Beispiel eher eine Frage der Attraktivierung alternativer Verkehre. Ich verbinde damit auch ganz stark den Schienenpersonennahverkehr.

Was mir wirklich wichtig ist - weil wir als FDP Schleswig-Holstein es den Wählerinnen und Wählern in unserem Wahlprogramm versprochen haben -, das sind die Unterstützung des Tourismus und die Verbesserung der Verkehrssicherheit. Uns von der FDP - das teilen wir mit unseren Jamaika-Partnern - geht es darum, dass es den Menschen in Schleswig-Holstein gut geht. Tourismus sichert den Menschen hier den Wohlstand, und Verkehrssicherheit rettet Leben.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Um diese großen Ziele zu erreichen, müssen wir mit ersten Schritten beginnen. Wir wollen zum Beispiel wissen: Wie sind die Zustände der Radwege in Schleswig-Holstein? Wir wollen gleiche Qualität und gleiche Ausbaustandards. Dazu entwickeln wir das Landesweite Radverkehrsnetz, LRVN, weiter. Wir wollen die Chancen nutzen, die uns die Digitalisierung bietet, indem wir eine App für die Meldung von Mängeln auf den Weg bringen. Wir binden die Radlerinnen und Radler mit ein. In die Genese der Radstrategie eingebunden haben wir auch alle Akteure im Bereich für Radverkehr: aus der Verwaltung, den Interessensverbänden und der Politik. Das Verfahren heißt BYPAD - wir haben die Beteiligten zum Teil hier heute auf der Tribüne.

Das heißt: Wir alle zusammen haben an der Weiterentwicklung des Radverkehrs gearbeitet oder hatten jedenfalls die Möglichkeit dazu. Diese Gemeinsamkeit wollen wir uns auch im weiteren Prozess erhalten und uns beim Runden Tisch Radverkehr weiterhin austauschen.

Tourismus sorgt in unserem Land für Wohlstand, das weiß hier jeder. Viele Familien verbessern ihr Einkommen oder leben sogar ganz von unseren Gästen. Vernünftige Radwege und schöne Tourenmöglichkeiten werden immer mehr ein Faktor, nach dem sich die Gäste ihre Destination aussuchen. Deswegen werden wir uns auch um Radfernwege kümmern.

Weil wir auch wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem schönen Land schnell in den Genuss von konkreten Verbesserungen kommen, werden wir als Sofortprogramme Selfservice-Stationen und Fahrradbügel installieren.

(Beifall FDP)

Leider ist Verkehrspolitik oft symbolisch. Es wird viel Aufregung um keinen Nutzen produziert. Das ist nicht unser Weg. Wir wollen, dass die Radstrategie die Menschen in Schleswig-Holstein tatsächlich voranbringt. Leider ist Verkehrspolitik oft Gängelei, Schikane und Umerziehung. So etwas wollen wir nicht. Die Radstrategie fördert das Radfahren, ohne andere Mobilitätsformen zu diskriminieren.

(Beifall FDP)

Unsere Politik - auch unsere Verkehrspolitik - ist modern, der Zukunft zugewandt,

(Martin Habersaat [SPD]: „Der Zukunft zugewandt“, das passt ja! - Heiterkeit)

wir wollen optimistisch die Chancen unserer Zeit nutzen.

Erlauben Sie mir diesen Hinweis: Auch im Straßen- und Wegebau brauchen wir dringend ein beschleunigtes Planungsrecht, um die Bremsen lösen zu können und um unser Land in eine moderne Zukunft führen zu können.

(Beifall FDP, SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin froh, dass wir mit dieser Radstrategie Schleswig-Holstein 2030 ein Papier geschaffen haben, das echte Ergebnisse zeitigt, den Menschen in unserem Land hilft, echte Verbesserungen bringt - und das nicht mit moralinsaurer Miene, mit Zeigefinger und Gängelung, sondern positiv, mit Akzeptanz aller Mobilitätsmöglichkeiten und gegenseitiger Rücksichtnahme. So wollen wir das haben, und so gestalten wir unser Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich kann mich noch ganz gut an das erste Gespräch erinnern, Herr Buchholz, das wir hatten. Es war wirklich ein schöner Tag, an dem Sie mit Blick auf die Förde die Ziele formuliert hatten, die aus Ihrer Sicht dringend angegangen werden sollten. Der Fahrradverkehr gehörte dazu. Das hat mich damals wirklich gefreut.

(Kai Vogel)

Aus heutiger Sicht muss ich sagen: Schwupp! 40 Monate später geht es nun schon los.

(Zuruf: Zack!)

Die Landesregierung hat eine Strategie entwickelt. Lieber spät als nie, scheint nun die Devise. Ich will nicht leugnen, es ist schon besser, einen Plan - oder wie Kay Richert es eben gesagt hat: ein Papier - zu haben als gar keine Ziele,

(Heiterkeit und Beifall Beate Raudies [SPD])

doch an diesen Zielen werden Sie sich nun auch messen lassen müssen. Bisher lassen mich Ihre Aussagen und Taten daran zweifeln.

(Christopher Vogt [FDP]: Das meinst du doch nicht so, oder?)

Wer Radverkehr fördern will, muss die Radwege und deren Sanierung auch finanzieren. Da ich wirklich viel mit dem Fahrrad unterwegs bin und mir coronabedingt auch ein Rennrad zugelegt habe und dadurch weite Strecken schaffe, habe ich, so denke ich, einen ganz guten Überblick über die Fahrradwege hier in Schleswig-Holstein. Das Land hat einen umfangreichen Ausbau an Radwegen, das will ich überhaupt nicht leugnen, doch an über 4.000 km Bundes-, Landes- oder Kreisstraßen gibt es keinen Radweg. Hier leben Fahrradfahrer richtig gefährlich, wenn sie von Autofahrern wenig geschätzt werden.

Dass die Grünen nun auf Ebene des Bundesrates erreicht haben, dass noch nicht einmal die Regelung von 1,5 m Abstand beim Überholen gilt, finde ich schon sehr bemerkenswert. Die Fahrradfahrer können sie bei der Blockade jedenfalls nicht im Blick gehabt haben.

Die Haushaltsmittel für das Jahr 2020 für die Radwegsanie rung lassen an einem Fahrradland Schleswig-Holstein zweifeln. Wir hatten bereits für den laufenden Haushalt 27 Millionen € an Mitteln für Radwegsanie rungen und Ausbau eingeplant. Dieses wurde von Ihnen abgelehnt.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Klug wäre es, wenn Sie dort, wo Sie Straßen sanieren, parallel auch eine Sanierung des Radweges durchführten. Auch wenn Kay Richert es eben an gemerkt hat: Man ärgert sich als Fahrradfahrer schon, wenn Sie, wie zum Beispiel ich letz tens auf der L 49, auf eine frisch sanierte Straße blicken, als Fahrradfahrer aber weiterhin über Baumwurzeln hoppeln oder der Radweg ständig weggeschreddert und mit Split versehen ist.

(Beifall SPD und SSW - Beate Raudies [SPD]: Oh oh!)

Wenn Radwege dann zeitweilig nach einem Jahr schon wieder von Baumwurzeln aufquellen, zeugt das auch nicht von besonders nachhaltiger Sanierung.

Dem Antrag des SSW auf eine zusätzliche Förderung im innerstädtischen Bereich werden wir zustimmen. Wenn eine Straße saniert wurde, der Radweg aber nur außerhalb der Ortschaften, dann läuft hier wirklich etwas falsch.

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr habt weder das eine noch das andere saniert!)

Aus eigener Erfahrung aus der Kommunalpolitik weiß ich, dass hier wirklich das Geld fehlt. Klug ist, wenn es keiner hohen Finanzierung der Kommunen bedarf; denn dafür fehlen meist die finanziellen Spielräume, und Radwege sind dort besonders schlecht.

Das Thema Verkehrssicherheit ist mir besonders wichtig. Das ist doch eines Ihrer Oberziele, wie der Radstrategie zu entnehmen ist. Bis zum Jahr 2030 soll Schleswig-Holstein unter die Top 2 der Flächenländer mit den niedrigsten Zahlen an Unfalltoten gelangen. Das ist gut. Doch warum lehnen Sie alle Vorschläge zur Senkung der Unfallzahlen ab? Verringerung von Geschwindigkeiten vor Schulen - Ablehnung; denn es gibt ja nicht genügend Unfälle. Einschränkung beim Überholen von Schulbussen - Ablehnung, denn es gibt nicht genügend Unfälle. Leitplankenunterschütz - Ablehnung. Verkehrsbeeinflussungsanlagen: Das wird nachher von Ihnen auch abgelehnt und in einen Prüfauftrag umgewandelt; denn es gibt ja kaum Unfälle. Wer es ehrlich mit der Sicherheit von Fahrradfahrern nimmt, braucht mehr als einen Plan. Er braucht den Willen, und diesen sehe ich aktuell noch nicht. Schade.

(Beifall SPD und SSW)

Der Radstrategie allerdings stimmen wir zu. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW - Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Ich bin heute sehr zufrieden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir auch!)

Fahrräder sind on top, sind voll im Trend. Meine Damen und Herren, seit 15 Jahren steigen die Umsätze im Fahrradhandel und verdoppeln sich auf 3 Milliarden € in Deutschland. Im Jahr 2019 gingen 4,3 Millionen Räder über den Tisch, das waren über 3 % mehr als im Jahr 2018. Die Zahlen für das Jahr 2020 in der Coronazeit zeigen: Fahrräder sind in Schleswig-Holstein ausverkauft. Wenn Sie ein schönes E-Bike kaufen wollen, müssen Sie ein halbes Jahr warten.

Meine Damen und Herren, auch die Qualität der Räder steigt. E-Mobilität ist hier das Stichwort. Jedes dritte neue Rad ist elektrisch, 5,4 Millionen Stück stellen die Akku-Autos weit in den Schatten. Es gibt neue City-Flitzer, die bis zu 70 % verkauft werden; auch Lastenräder sind unterwegs, die gerade für Familien und den Einzelhandel interessant sind. Die Deutschen lassen sich ein Rad im Schnitt 982 € kosten. Räder sind tatsächlich in. Ich sage Ihnen: Da läuft ein Umbruch. Da findet ein interessanter Wandel statt.

Meine Damen und Herren, in der Coronakrise - ich habe es schon angedeutet - galten Fahrräder im Internet teilweise als das neue Klopapier. Aber Corona stärkt nur das, was vorher schon klar war. Radfahren nutzt der Wirtschaft, der Umwelt, den Menschen, der Lebensqualität. Menschen wollen Radfahren. Sie tun es, wenn die Straßen, auch ohne Angst vor Autos, gut nutzbar sind. Menschen genießen die Individualität. Radfahren stärkt die Abwehrkräfte. Radfahren ist schlichtweg gesund.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kay Richert [FDP])

Auch das gehört allerdings bei aller Euphorie dazu: Jahrzehnte der autozentrierten Verkehrspolitik haben viel Schaden angerichtet. 24 % der Eltern lassen ihre Kinder nur ungern alleine Fahrrad fahren. Städte bekommen bei der Fahrradfreundlichkeit in Schleswig-Holstein im Schnitt nur die Note 4. Vor allem Platzmangel auf und neben der Straße nervt. Das haben jetzt viele Leute während der Coronakrise live erleben können, weil sie viel Rad gefahren sind. Sie haben dann wirklich einmal einen Blick auf die Situation im Radverkehr gehabt. Genau das wollen wir mit unseren Änderungen ansetzen, mei-

ne Damen und Herren. Wir haben ein richtig ambitioniertes Ziel. 13 % der Schleswig-Holsteiner fahren jetzt Rad. Wir wollen das bis zum Jahr 2030 auf 30 % steigern. Das sind dann niederländische und dänische Verhältnisse in Schleswig-Holstein, die wir anstreben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür müssen wir das landesweite Radverkehrsnetz voranbringen.

Von der SPD ist nach den finanziellen Möglichkeiten gefragt worden. 55 Millionen € stehen bis zum Jahr 2022 zur Verfügung. 20 Millionen € haben wir jetzt im Kommunalpakt für den kommunalen Radwegebau im Rahmen der Coronakrise vereinbart. 10 Millionen € haben wir für Fahrradbügel-Servicestationen, weitere 5 Millionen € sind pro Jahr im GVFG vorgesehen, in drei Jahren sind es 15 Millionen €

Wer hier sagt, wir unterfüttern diese Strategie nicht mit finanziellen Mitteln, liegt schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, das muss ich ganz deutlich sagen: Es ist wirklich großartig. Sie haben das mit allen Beteiligten bottom-up erarbeitet. Da ist nichts von oben aufgesetzt worden. Meine Damen und Herren auf der Tribüne vom ADFC und RAD.SH - ich grüße Sie herzlich. Sie haben gemerkt, wie wichtig es für die Akteursgemeinschaft ist, hier mitgenommen worden zu sein.

Deshalb geht es darum, dass wir dieses Geld jetzt tatsächlich auf die Straße bringen. Wir müssen in Schleswig-Holstein aufsatteln. Dazu gehört es auch zu erkennen, dass die Planungskapazität in den Kommunen häufig nicht ausreicht. Dazu brauchen wir intelligente Konzepte. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz offen: Da müssen wir das Rad nicht neu erfinden.

Schauen wir einmal nach Hamburg. Die arbeiten mit Planungsgesellschaften wie Copenhagen Infrastructure, die die Pläne für Kopenhagen gemacht haben, zusammen. Das ist Bundesliga, das ist Champions League. Wenn wir das jetzt in Schleswig-Holstein tatsächlich voranbringen wollen, Herr Minister, müssen wir überlegen, Kooperationen einzugehen, klug zu fragen, ob wir nicht die Kräfte bündeln können. Wir müssen tatsächlich eine intelligente Planung haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Die Leute wollen nicht auf zu schmalen Radwegen mit schnellen E-Bikes fahren. Das ist auch nicht sicher. Wir haben uns in der Vision Zero für die Sicherheit eingesetzt.

Meine Damen und Herren, auch in den touristischen Destinationen ist das Rad mittlerweile eine wichtige Grundhaltung: Bett+Bike. Die Leute wollen im Urlaub mit dem Rad unterwegs sein. Zu Coronazeiten ist das eine angenehme Sache. Sie wollen an der frischen Luft sein und haben die Möglichkeit, die Natur, die Landschaft zu genießen. Wir haben in Schleswig-Holstein reichlich schöne Plätze zu entdecken. Das nutzt, lieber Kollege Arp, auch unseren Landgasthöfen, unserer Infrastruktur. Das ist eine richtig wichtige und gute Maßnahme im Tourismus. Deshalb müssen wir jetzt dafür sorgen, dass wir den Nord-Ostsee-Radweg ausbauen und keine Radwege haben, die in der Pampa enden und schlecht sind. Man muss da durchfahren und es wirklich genießen können. Deshalb brauchen wir eine Strategie. Auch im Hamburger Rand, meine Damen und Herren, kann es nicht sein, dass wir hochmoderne Radschnellwege haben, die dann in der Pampa enden. Das müssen wir mit aller Kraft verhindern. Wir brauchen eine Gesamtstrategie - gerade im Hamburger Rand.

Liebe SPD, das ist genau das, was in der OECD-Studie steht. Wir müssen bei diesen Themen Hand in Hand zusammenarbeiten. Das steht in der Radstrategie. Da haben wir jetzt aufgesattelt, das ist mit im Konzept enthalten.

Das ist mehr, als wir jemals in den letzten Jahren und Jahrzehnten für die Radpolitik in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deshalb bin ich zufrieden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch die vielen Fahrradfahrer unter uns - besonders die auf der Tribüne. Ich bedanke mich, dass ich heute zu diesem Thema reden kann. Das habe

ich Lukas Kilian zu verdanken, der eine wichtige Veranstaltung hat, an der er wirklich teilnehmen muss. Man sieht, dass ich somit nicht nur zur A 20 rede, sondern auch zum Thema Fahrradfahren hier vortragen kann.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [AfD])

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich gleich am Anfang ein herzliches Dankeschön sagen, ein Dankeschön an alle Beteiligten, die an dieser Strategie mitgearbeitet haben, und zwar nicht nur im Ministerium, nicht nur bei den betroffenen Verbänden, sondern auch bei den Städten und Kommunen. Wer immer dabei war, ist der Kollege Tietze. Er hat an jeder dieser Sitzungen teilgenommen, ist aber nie mit dem Fahrrad gekommen. Er hat dafür gesorgt, dass es von einer breiten Gesellschaft dieses Landes getragen wird, von Organisationen, von Berufsverbänden, von den Fahrradhändlern und so weiter. Es war die Initiative des Ministeriums, alle zu beteiligen. Lieber Kollege Bernd Buchholz, herzlichen Dank Ihnen und Ihren Mitarbeitern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir beziehungsweise die Regierung haben eine gewisse Vision gehabt. Als wir 2018 davon sprachen, welche Chancen für Schleswig-Holstein bestehen, ahnte man nicht, dass wir uns heute in dieser Phase befinden. Gerade jetzt ist diese Strategie und deren Umsetzung so wichtig. Jetzt ist das Fahrrad für alle so bedeutend, wie es vorher nicht der Fall war. Wir können sagen, die Jamaika-Regierung ist darauf vorbereitet gewesen. Wir hätten auf das Ergebnis gerne verzichtet, aber die Vorbereitung war wichtig.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines sagen. Bei einer Entscheidung, gerade im Bereich des Tourismus, geht es heute in erster Linie darum: Was kann ich in meiner Freizeit tun? Ein ganz wichtiger Faktor ist dabei, wie man sieht, heute Fahrradfahren. Während Kollege Hauke Göttisch sagen würde: „Ich kann schwimmen“, stünde für alle anderen bei den Aktivitäten das Fahrradfahren an erster Stelle. Das hilft dem Tourismusland Schleswig-Holstein ungemein.

Was wollen wir erreichen? Wir wollen mehr Menschen auf die Fahrräder bringen. Vor vielen Jahren haben wir hier über die Schulwegsicherheit diskutiert. Dann haben wir lange darüber diskutiert, ob wir, was das Tourismusland Schleswig-Holstein angeht, nicht den Fahrradtourismus in den Vordergrund stellen. Jetzt geht es darum, dass wir alle ge-

(Hans-Jörn Arp)

sellschaftlichen Gruppen erreichen. Wir wollen die Pendler und die Schlipsträger wie Burkhard Peters erreichen. Wir wollen sie alle erreichen. Wir sehen es ja morgens, wenn wir zur Arbeit beziehungsweise zum Landtag fahren, dass viele Berufspendler heute mit dem Fahrrad unterwegs sind. Das ist das Ziel, das wir weiterverfolgen sollten.

Geschätzter Kollege Vogel, heute habe ich mal das Glück, dass ich nach Ihnen reden darf. Ich verstehe ja, dass manchmal das Sein das Bewusstsein prägt.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Aber akzeptieren Sie doch einmal einen Punkt: So viel Geld wie derzeit ist zu keiner Zeit für den Ausbau von Radwegen bereitgestellt worden. Wir reden über 55 Millionen € in einer Legislaturperiode. Der von Ihnen - und nicht von mir - geschätzte Herr Meyer - das war die Vorgängerregierung - hat in der gleichen Zeit 6,5 Millionen € an GVFG-Mitteln ausgegeben. In unserer Regierungszeit sind allein rund 12 Millionen € für den Ausbau von 198 km Landesstraßen ausgegeben worden. Jedes Mal ist gleichzeitig der Radweg mit saniert worden. Das hat es zuvor nicht gegeben. Da wäre es ein gutes Zeichen der Opposition gewesen, nicht nur die Strategie zu akzeptieren, sondern auch zu sagen, dass es hier mit einem Verkehrsminister auf der einen Seite und einer Finanzministerin auf der anderen Seite gelungen ist - was nützt es, wenn der Verkehrsminister die Forderung aufstellt, aber die Finanzministerin nicht mitmacht? -, ein tolles Jamaika-Projekt auf die Beine zu stellen, in dem sich große Teile der Gesellschaft wiederfinden, und dass wir ein Parlament und Ministerien haben, die sich für diese Interessen einsetzen. Ich sage allen Beteiligten hier im Parlament und in der Regierung dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum ersten Mal, liebe Freundinnen und Freunde, stehen die Fahrradfahrer bei der Diskussion nicht in Konkurrenz zu den Autofahrern und denjenigen, die den Schienenverkehr nutzen, sondern sind Teil des Mobilitätskonzepts dieser Landesregierung. Hier wird allen gleichermaßen Geltung verschafft. - Ich habe den Eindruck, der Kollege Vogt möchte etwas sagen, weil er irgendwie unruhig ist. Oder habe ich das jetzt falsch gedeutet?

(Christopher Vogt [FDP]: Ich dachte, nur ich wäre dein Freund!)

- Kollege, darüber können wir diskutieren. Von diesem Pult aus sind Sie alle von Jamaika meine Freunde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber lassen Sie mich noch Folgendes sagen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ja, leider. Ich hätte noch viel dazu zu sagen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ja, das glaube ich.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich möchte mich noch einmal bei allen Beteiligten bedanken. - Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dass ich kurz überziehen durfte. Das durfte ich schon mal länger, aber in diesem Sinne: herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Ich streue einmal ein bisschen Sand ins Getriebe. Der Landtag stellt fest, dass das Fahrrad während der Coronapandemie an enormer Attraktivität gewonnen hat. So steht es im vorliegenden Antrag. Hier hat offensichtlich grünes Wunschdenken den Antragstellern den Stift geführt. Was bitte heißt denn „enorm“, lieber Herr Kollege Dr. Tietze? Einer großen Mehrheit der Bevölkerung, heißt es da weiter, sei endlich bewusst geworden, wie toll Radfahren sei,

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Amen!)

als ob Corona nun dieser Erkenntnis Bahn gebrochen hätte. Das halte ich für ein Gerücht; denn nach einer repräsentativen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin - aktuell - blieb der Anteil des Fahrrads unter den genutzten Verkehrsmitteln im Mai, also während Corona, mit 10 bis 12 % stabil. Von

(Volker Schnurrbusch)

einem sprunghaften Anstieg der Nutzung kann also gar keine Rede sein, schon eher davon, dass während der verordneten Einschränkungen mehr zu Fuß gegangen worden ist.

45 % aller Verkehrswege allerdings wurden immer noch mit dem Pkw zurückgelegt. Vorher war es weniger; das ist richtig. Aber viele Pendler stiegen vom ÖPNV auf das Auto um, und daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern; denn Busse und Bahnen werden in Zeiten von Corona und nach einer möglichen zweiten Welle aus Sorge vor Infektionen weiterhin gemieden werden.

Nach einer deutlichen Delle im Frühjahr erreichten die Zulassungszahlen für Pkw im Juli bei einigen Herstellern fast das Vorjahresniveau. Ein bayerisches Motorenwerk konnte sogar mehr Fahrzeuge absetzen als 2019. Einzelne Kleinwagen- und Mittelklassemodelle, aber auch Transporter fanden - ganz entgegen dem Trend - mehr Käufer als im letzten Jahr.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden über Fahrräder!)

- Ich komme gleich zu dem Punkt. - Dabei wurden alle Antriebsmodelle nachgefragt, Verbrenner, Hybrid und Elektro. - Das passte so gut zu Ihren Ausführungen, Herr Dr. Tietze, was die Verkaufszahlen für Fahrräder angeht. Das gilt eben auch für manche Autos.

Die immer wieder propagierte Verkehrswende bleibt also auch trotz Corona reines Wunschdenken, da ein Rückgang des Autoverkehrs nicht absehbar ist und das Fahrrad nach wie vor kein Bestandteil des Massenverkehrs ist, von einzelnen Großstädten einmal abgesehen, in denen das Liniennetz des ÖPNV sehr dicht ist. Es ist deshalb vollkommen illusorisch, in Schleswig-Holstein darauf zu setzen, dass das Fahrrad im Berufsverkehr eine Alternative zum Auto werden könnte. Denken Sie einfach einmal ein paar Wochen weiter. Wenn sich das Wetter ändert, wird sich noch einmal einiges Richtung Auto ändern.

Viele Berufspendler seien angeblich auf das Fahrrad umgestiegen. „Viele“, was heißt das? Wird das irgendwo nachgewiesen? Das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Die Statistik spricht eine andere Sprache. Zudem haben die Radwege in den Städten auch nicht die Aufgabe, den Autoverkehr zu ersetzen, sondern sie bilden nur eine Ergänzung der Infrastruktur. Es soll hier bitte nicht darum gehen, einzelne Mobilitätsformen gegeneinander auszuspielen. Das hatte Herr Kollege Richert auch erwähnt.

Aber - jetzt komme ich zum positiven Teil - wirkliche Perspektiven für das Fahrrad gibt es in Schleswig-Holstein vor allem im Bereich des Tourismus. Hier liegen daher auch die Schwerpunkte der Radstrategie, die wir als AfD gerne unterstützen. Nach wie vor muss das Radwegenetz im Land ausgebaut werden, da Landesstraßen nur zu 64 % und Kreisstraßen lediglich zu 41 % mit Radwegen ausgestattet sind. Die Nutzung von Straßen, die nicht über Fahrradwege verfügen - das ist bei mir in Ostholstein auch der Fall -, stellt für die Radfahrer oft ein hohes Risiko dar, und das zieht auch leider die Touristen, die wir an der Küste in Unmengen haben, nicht ins Binnenland. Das ist leider ein großes Problem. Herr Minister hat auf meine Anfrage hin darauf hingewiesen, dass natürlich der Baumbestand leiden müsste, wenn man mehr Radwege baut. Also muss man eben abwägen, was man will.

Wir begrüßen es, dass die für die Radstrategie zur Verfügung stehenden Mittel zunächst mit einem besonderen Schwerpunkt auf den Radwegeausbau eingesetzt werden sollen. Die Investition in Radwege ist grundsätzlich richtig und hat das Potenzial, den Binnentourismus weiter nach vorne zu bringen. Deswegen unterstützen wir die Radstrategie insgesamt. Das ist ein ganz richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung.

Von den insgesamt sieben Handlungsfeldern im Aktionsplan befürworten wir daher vorrangig die Weiterentwicklung des Radverkehrsnetzes, die Verbesserung der Qualität der Radwege sowie neben dem Ausbau der Radfernwege die Förderung radtouristischer Angebote.

Dass Schleswig-Holstein zu den Top 3 im Radtourismus gehören soll, ist sehr ambitioniert, aber ein sinnvolles Ziel, das wir auch sehr gerne unterstützen. Entscheidend ist und bleibt, dass Schleswig-Holstein seine Potenziale im Radverkehr mit den richtigen Schwerpunkten nutzt. Diese Schwerpunkte liegen aus unserer Sicht ganz klar im Tourismus. Dem Antrag insgesamt können wir trotz einiger Abstriche gerne zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Der Wirtschaftsminister ist angetreten, dem Fahrrad eine bessere Infrastruktur zur Ver-

(Christian Dirschauer)

fügung zu stellen. Das ist lobenswert, und mit der Einbindung verschiedenster Gruppen von Akteuren ist seinem Haus tatsächlich ein großer Wurf gelungen.

(Beifall SSW und FDP)

- Mit der Einbindung. - Wenn Expertise zusammengeführt wird, kommt meistens etwas Sinnvolles dabei heraus. Die Erkenntnisse im BYPAD-Verfahren sind beileibe nicht neu, aber sie wurden auf eine transparente Weise diskutiert und zusammengestellt. Es ist jetzt am Wirtschaftsministerium, die Vorschläge und Prioritäten umzusetzen.

Ich habe mir erlaubt, das Wort „Strategie“ im Duden nachzuschlagen. Von einem genauen Plan des eigenen Vorgehens ist da die Rede, der dazu diene, das politische Ziel zu erreichen.

Schauen wir uns einmal die konkreten Maßnahmen an, die diese Strategie umsetzen sollen. Genannt werden Prüfung, Bericht, Errichtung von Fahrradbügeln, Netzplanung, Runder Tisch, Selfservice-Stationen und eine Mängel-App. Aus dieser Liste erschließt sich die Strategie nicht unmittelbar. Dabei sind die Voraussetzungen doch gar nicht so schlecht.

Mit den elektrisch unterstützten Fahrrädern erschließen sich gerade jetzt ganz neue Distanzen, Wegemöglichkeiten und geografische Landschaften. Das Rad ist als Fortbewegungsmittel beliebter als je zuvor. Ohne Pedelec die Hänge der Flensburger Förde zu erklimmen, ist ganz schön sportlich. Mit einem E-Bike ist das aber auch eher untrainierten Menschen möglich geworden. Der Weg von und zur Arbeit ist mit diesem Gefährt eine gesunde und ökologische Alternative.

Daraus resultiert aber auch eine wachsende Erwartungshaltung, was den Zustand der Radinfrastruktur angeht. Doch nicht einmal die Instandhaltung der bestehenden Radwege ist gewährleistet. Das belegt die Umfrage der „Husumer Nachrichten“, deren Leserinnen und Leser im Handumdrehen ein Dutzend schlimme Radstrecken nannten.

Auf Nordstrand verunglückte eine Frau in einem Elektrorollstuhl, weil der Radweg durch Wurzelaufrüche marode ist. Dessen Sanierung liegt in weiter Ferne; denn der Kreis Nordfriesland hat schon vor Jahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierung beschlossen, dass Fahrradwege an Kreisstraßen nur dann saniert werden, wenn die betroffenen Gemeinden den Eigenanteil übernehmen. Das können sich die kleinen Gemeinden aber oft nicht leisten. So

werden Radwege zu Radunfallwegen. Die Mängel-App wird in den ersten Monaten also heiß laufen.

Ein weiteres Beispiel aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde: Dort ist der Radweg von Borgstedt nach Schirnau erneuert worden, bis Holtsee geht es dann aber auf 50 cm Breite weiter. Das ist für Ortsunkundige eine böse Überraschung und ziemlich gefährlich.

Der Wirtschaftsminister verweist auf die Kommunen. Er hat ihnen angeboten, die Hälfte der Planungs-, Bau- und Grunderwerbskosten zu übernehmen. Die Kommunen haben abgelehnt. Das Geld fehlt sogar für die Vorarbeiten; Finanzmittel für einen Ausbau sind nicht vorhanden.

Darum müssen wir die Gemeinden ganz gezielt unterstützen. Der vorliegende Änderungsantrag ist dafür ein erster Ansatz. Es geht um die Unterstützung der Gemeinden nicht nur beim Neubau, sondern auch und gerade bei der Instandhaltung. Hieran hapert es besonders. Die Gemeinden wissen nämlich ganz genau, wo ein Radweg zu schmal oder durch Wurzelaufrüche quasi nicht mehr nutzbar ist. Sie kennen ihre Stadt gut, haben aber nicht die nötigen Mittel zur Sanierung. Das wollen wir ändern, damit die Zahl der Schilder, die vor schadhafte Radwegen warnen, nicht noch weiter anwächst.

Eine Strategie, die die Menschen langfristig zum Umsteigen aufs Rad bewegen will, muss über die Instandsetzung hinaus den Ausbau des Radnetzes in Angriff nehmen. Auch hierbei geht es viel zu schleppend voran. Im Fahrradportal des Bundeswirtschaftsministeriums wurden im März die Neubauprojekte der einzelnen Bundesländer aufgelistet. Schleswig-Holstein: Fehlanzeige. Die Gründe sind neben fehlendem Geld auch die Strukturen. So gibt es keine gemeindeübergreifende Planung in Schleswig-Holstein; Radwege enden im Nichts.

Auch RAD.SH kann wohl kaum dieses Vakuum füllen. Es gibt keine flächendeckende Möglichkeit der Fahrradmitnahme im öffentlichen Nahverkehr. Die Schulwege rangieren beim Radwegebau nicht ganz oben.

Die Liste der Probleme und Baustellen könnte ich fortsetzen. Grundsätzliche Strukturverbesserungen sind auch mit der Radstrategie noch nicht zu erkennen. Aber zumindest bekommen wir bald 10.000 neue Fahrradbügel. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Lieber Herr Dirschauer, die Destruktivität, die Sie zuletzt an den Tag gelegt haben, als Sie sagten, wir brauchten nur Fahrradbügel, kann man nicht so stehen lassen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich habe ja deutlich gemacht, dass ich Ihren Antrag teile. Ich verstehe allerdings nicht, warum sich der SSW nun um die Städte und nicht um den ländlichen Raum kümmert, da es auch touristische Radwege gibt. Mich hat das gewundert. Sie werden Ihre Gründe haben. Wahrscheinlich müssen Sie das im ländlichen Raum, in Nordfriesland und in Schleswig-Flensburg, einmal selbst erklären.

Was mich aber ärgert, ist, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir über den Kommunalpakt 20 Millionen € in die kommunalen Radwege hineingeben.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das ist neu. Das ist frisches Geld.

Jetzt können Sie sagen, das reiche nicht. Dann können wir gern darüber diskutieren, aber so zu tun, als täten wir nichts, kann ich Ihnen an dieser Stelle leider nicht durchgehen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollege Dirschauer, nachdem der Kollege Dr. Tietze einiges zur Finanzierung und zur Struktur gesagt hat, möchte ich noch etwas zur Strategie sagen.

Sie haben gesagt, aus den Punkten unseres vorliegenden Antrags könnten Sie die Strategie nicht erkennen. Das glaube ich Ihnen sogar. Dies sind ja auch nur einzelne Punkte aus der Gesamtstrategie. Die Gesamtstrategie ergibt sich aus dem Gesamtpapier. Da ich an Ihrer Rede erkennen konnte, dass Sie mit der Gesamtstrategie im Einzelnen nicht ver-

traut sind, verspreche ich Ihnen, dass ich mich stark dafür mache, dass das Ministerium sie Ihnen zusendet. Danach können Sie ja Ihre Kritik relativieren. - Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, diese Landesregierung hat sich vorgenommen, Schleswig-Holstein zu einem fahrradfreundlicheren Land zu machen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege Vogel, lassen Sie mich sagen, das war auch nötig angesichts der Tatsache, dass zusammenhängende Konzepte für das Thema Fahrradfahren in Schleswig-Holstein seit dem Jahr 1998, als das letzte Konzept für ein fahrradfreundliches Schleswig-Holstein entstanden ist, in diesem Land nicht mehr entstanden sind, auch nicht in Ihrer Regierungszeit.

(Beifall FDP - Zurufe FDP: Hört, hört!)

Dass parallel dazu in Ihrer freundlichen Regierungszeit dann auch noch alle möglichen existierenden Kooperationsformen abgesungen worden sind und im Jahr 2015 der letzte Runde Tisch zum Fahrradfahren mangels Mittelausstattung eingestellt werden musste, ist kein Ruhmesblatt.

Lieber Herr Vogel, vor dem Hintergrund habe ich mir in der Tat für eine Fahrradstrategie ganz bewusst etwas Zeit gelassen, um nicht im Kleinwerk zu sagen, welche Vorstellungen im Ministerium bestehen, um nicht zu sagen: Wir machen dies und das und jenes, ein bisschen Infrastruktur hier, ein bisschen etwas dort, sondern auf die Rufe von außen zu hören, die sagen: Leute, macht es in einem geordneten Verfahren!

Ich bin schon Thomas Möller vom ADFC ausgesprochen dankbar, dass er mir damals, im Jahr 2017, bei Amtsantritt, zugerufen hat: Macht ein BYPAD-Verfahren!

Ich gebe zu, ich war zunächst sehr skeptisch: Bicycle Policy Audit - ach du grüne Neune! Dies ist aber in der Tat ein Verfahren, zu dem alle Beteilig-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

ten mit ihrer Expertise beitragen können, bei dem sie alles einbringen können, was aus ihrer Sicht wichtig ist, um hinterher Eckpunkte daraus zu machen.

Daran, lieber Herr Vogel, hätten Sie gern mitwirken dürfen; denn Sie waren immer eingeladen. Gekommen sind Sie leider nur zur Präsentation der Ergebnisse. Schade, dass die SPD an dieser Stelle so wenig mitgearbeitet hat.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Dirschauer, das Ergebnis ist nicht, dass dieses BYPAD-Verfahren das Ende der Entwicklung einer Radstrategie war. Vielmehr haben wir uns auf der Basis dieser Eckpunkte mit den Verantwortlichen hingestellt und eine Radstrategie entwickelt. Ich muss nicht bei Wikipedia nachlesen: Eine Strategie beschreibt Wege zu bestimmten Zielen. Dabei ist zunächst einmal wichtig, dass man bestimmte Ziele definiert.

Herr Dirschauer, in dieser Zieldefinition haben wir in drei Schwerpunktbereichen sehr klare Ziele: Erstens. Verbesserung des Modal Split, also die Verbesserung des Anteils von Radfahrerinnen und Radfahrern an der Gesamtnutzung von Verkehrsmitteln. Zweitens. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit bis 2030 durch Halbierung der Anzahl der Radfahrerunfälle. Drittens. Die Steigerung der Attraktivität im Radtourismus, um unter die Top 3 der Länder zu kommen. Das sind klare Ziele. Und dazu ein ausgefeilter Maßnahmenkatalog mit ganz vielen unterschiedlichen Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Das nennt man eine Strategie.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kai Vogel?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Selbstverständlich.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank für die Möglichkeit der Zwischenfrage, Herr Minister. - Sie haben angemerkt, dass es uns als SPD-Fraktion nicht möglich gewesen ist, an den Arbeitsgruppengesprächen teilzunehmen. Nehmen Sie insofern auch an, dass es vielleicht nicht glücklich war, diese Arbeitsgespräche genau parallel zur Landtagssitzung

stattfinden zu lassen, sodass es für Abgeordnete kaum möglich war, beide Termine wahrzunehmen?

- Lieber Herr Vogel, seien Sie mir nicht böse. Ich weiß, dass es da Überschneidungen gegeben hat, aber andere haben das auch gewährleisten können. Der SSW hat zum Beispiel ständig eine Mitarbeiterin geschickt. Der Abgeordnete Tietze und andere Kollegen aus diesem Haus waren auch dabei und haben es auch geschafft.

(Zurufe SPD)

Lieber Herr Vogel, ich finde schon, dass es zwischendurch schön gewesen wäre, wenn der eine oder andere konstruktive Punkt auch von Ihrer Fraktion gekommen wäre. Ich nehme aber den Hinweis an, dass es für Sie vielleicht nicht so ganz leicht war.

Lassen Sie uns an dieser Stelle noch einmal sagen: Die Ziele, die wir formuliert haben, sind schon gewaltig. Eine Steigerung des Modal Split auf bis zu 30 % innerhalb der nächsten zehn Jahre ist eine gewaltige Kraftanstrengung. Ehrlich gesagt, das ist ein Ziel, an dem wir uns messen lassen müssen und das wirklich herausfordernd ist, denn in der Vergangenheit ist dieses Ziel nicht nur nicht erreicht worden, sondern wir sind von einem Modal Split von 15 % gekommen, und der Anteil des Radverkehrs ist in den letzten Jahren auf 13 % gesunken. Das zeigt, wie groß die Herausforderung ist.

Es zeigt aber auch, dass es nicht nur um Geld für Infrastruktur geht. Als kleinen Hinweis sage ich: Bei der Addition, die Hans-Jörn Arp hier gemacht hat, ist ein Teil nicht dabei, den wir aber auch geleistet haben. Für unsere Landesstraßen haben wir in den letzten drei Jahren viel Geld ausgegeben. Immer dort, wo wir tätig waren, haben wir, lieber Herr Vogel, in der Tat bis auf zwei Fälle, in denen der Radweg nicht mitsaniert werden konnte, diesen mitsaniert. Der Grund war, dass die Eigentumsverhältnisse in Bezug auf die Verbreiterung nicht geklärt waren und deshalb eine Planfeststellung erforderlich gewesen wäre. Wir wollten aber die Landesstraßensanierung nicht schieben. Deshalb ist in den Fällen der entsprechende Radweg nicht mitsaniert worden.

Parallel haben wir in den letzten drei Jahren deshalb zusätzliche 12 Millionen € aus dem Topf für die Landesstraßen allein in die Radwegsanie rung gesteckt. Das kommt zusätzlich obendrauf, und das setzen wir in den nächsten zwei Jahren fort, weil es in der Tat nötig ist.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist auch dies, und hierfür bin ich Ihnen dankbar. Ihrem Antrag könnte ich so nicht zustimmen. Das muss ich auch nicht, denn ich bin ja kein Parlamentarier. Ich könnte ihm so nicht zustimmen, weil er in der Tat zu sehr auf die städtische Situation abstellt. Richtig ist aber eines: In der Zukunft wird es notwendig sein, die richtige Mittelausstattung sicherzustellen, um diese Radstrategie verwirklichen zu können. Dabei geht es auch um Kümmerner, die sich in meinem Ministerium, beim LBV, aber auch außerhalb intensiv mit der Materie beschäftigen. Das ist eine Voraussetzung.

In der Tat muss man auch längerfristig bis 2030 die entsprechenden Mittel zusammenhalten. Aber noch viel notwendiger ist es, und hier bin ich ganz anderer Auffassung als Sie, dass wir vernetzt mit allen in allen Bereichen unterwegs sind und von den Erfahrungen lernen. RAD.SH kann aus meiner Sicht genau ein solches Vehikel sein. Ich würde es gern sehen, wenn wir RAD.SH zu so etwas wie dem Kompetenzzentrum des Radfahrens in Schleswig-Holstein weiterentwickeln könnten,

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn wir dafür sorgen könnten, dass dort die Expertise aufgebaut wird, wie man sich mit dem Thema Radfahren im Land beschäftigen kann, sodass nicht jede Kommune für sich das ganze Wissen selbst ansammeln muss. Dies haben wir übrigens im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau mit dem Breitbandausbau-Kompetenzzentrum geschafft. Dazu bedarf es aber auch des Commitments von der kommunalen Seite.

Wir wollen diese Form des Radwegausbaus. Wir alle wissen, das größte Potenzial, den Modal Split zu erhöhen, haben Maßnahmen im Zusammenhang mit der täglichen Nutzung des Fahrrads zur Fahrt zur Arbeit und zur Schule. Das sind im Wesentlichen kommunale Radwege. Natürlich ist deshalb die Ausstattung der Kommunen mit Mitteln notwendig, aber es ist auch notwendig, dass die Kommunen an dieser Stelle ihre Prioritäten richtig setzen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage an dieser Stelle, auch wenn dies einen SPD-Oberbürgermeister betrifft: Mit einer Veloroute 10 hier in Kiel hat man sehr viel geschaffen und sehr viel dafür getan, dass viel mehr Leute auf das

Fahrrad umsteigen. Solche Beispiele wünsche ich mir für das Land. Solche Beispiele wollen wir im Maßnahmenplan umsetzen. Hierzu haben wir eine ganze Liste von sehr vielen konkreten Dingen auf die Reise geschickt, die schon innerhalb der nächsten zwei Jahre Wirkung entfalten.

Lassen Sie mich zum Abschluss zu dem dritten Schwerpunkt des Radtourismus sagen: Es schmerzt mich, wenn in einer Broschüre des ADFC in Schleswig-Holstein als einziger touristischer Radweg der Ostseeradweg aufzufinden ist. Es schmerzt mich deshalb, weil dieses Land gerade im Binnenland über so wunderschöne Wege verfügt. Ich nenne nur den Ochsenweg, den Mönchsweg und viele andere.

Es reicht eben nicht, eine radtouristische Attraktion zu schaffen, wenn man sagt: Hier gibt es einen Radweg und eine ordentliche Beschilderung. Das reicht heute als touristische Attraktion nicht mehr aus. Da bedarf es schon einer sehr viel besseren Art der Darstellung. Da bedarf es der Möglichkeit des Aufzeigens von Einkehrmöglichkeiten, von Übernachtungsmöglichkeiten und von den Möglichkeiten, nebenbei kulturell etwas zu erleben. Es gilt, all diese Dinge exemplarisch an einem großen Radweg in Schleswig-Holstein innerhalb der nächsten zwei Jahre vorzuführen, um zu zeigen, dass wir es im Tourismus besser können. Das ist wichtig für dieses Land, und das stärkt parallel dazu noch den Binnenlandtourismus. Das würde ich gern tun.

Also: Allen Beteiligten noch einmal mein herzliches Dankeschön für die Arbeit an dieser Radstrategie. Ich glaube, wir haben nach sehr vielen Jahren, in denen dieses Thema sträflich vernachlässigt worden ist, gezeigt: Wir wollen hier echt am Rad drehen, und das tun wir auch. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volker Schnurrbusch [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um gut 3 Minuten überzogen. - Ich sehe aber keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2441, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist der Änderungsantrag, Drucksache 19/2441, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Drucksache 19/2432, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das sehe ich nicht. Damit ist der Antrag - -

(Zurufe SSW)

- Entschuldigung! Damit ist der Antrag, Drucksache 19/2432, bei Enthaltung des SSW angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2396

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 19/2396 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Schülerinnen und Schüler im ÖPNV vor Infektionen schützen**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2372

Sicher mit Bus und Bahn in die Schule - Schülerbeförderung in der Coronapandemie

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2443

b) Auswirkungen der Maskenpflicht an Schulen auf die Gesundheit der Schüler untersuchen

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/2423

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ob die zweite Coronawelle nun kommt oder ob wir schon mittendrin sind, darüber sind sich die Experten uneinig. Einig sind wir uns aber darüber, dass wir alle uns darum bemühen müssen, die Anzahl der Neuinfektionen so gering wie möglich zu halten.

Es ist gut, dass nach der Sommerpause der Schulbetrieb wieder gestartet ist. Die Schulen bemühen sich mit der Kohortenbildung und den Hygienekonzepten, weitere Infektionen möglichst zu verhindern. Doch wer mit Bus und Bahn zur Schule gelangt, kennt das: Eng an eng steht man in den Bussen.

Sie alle kennen die Sorgen der Eltern, die sich an uns gewandt haben, weil sie sich um die Gesundheit ihrer Kinder sorgen, wenn diese ohne jeglichen Hygieneabstand in Bussen und Bahnen fahren müssen. Die Bildungsministerin hat daraufhin gesagt, dass man das gute Wetter doch nutzen sollte, um mit dem Fahrrad zu fahren. In Hamburg, Frau Prien, ist das natürlich problemlos möglich; doch in Schleswig-Holstein legen Schülerinnen und Schüler teilweise über 20 km zur Schule zurück. Und bei Wind, Regen und Schnee - was jetzt, nach den Herbstferien, folgt -, geht das mit dem Fahrrad leider wirklich nicht mehr.

Der Gedanke der Busbörse wurde in anderen Bundesländern erfolgreich umgesetzt und hat zum Einsatz vieler weiterer Busse geführt. Ja, ich gebe der Koalition recht, dass die Schülerbeförderung, wie im Antrag zu lesen ist, Angelegenheit der Schulträger vor Ort ist. Haben wir in der Pandemie aber nicht bereits für viele andere Aspekte finanzielle Hilfen gegeben, damit die pandemiebedingten Auswirkungen abgedeckt werden? Das Land ist auch nicht dafür zuständig, den Schulträgern finanziell bei Hygienemaßnahmen zu helfen, etwa bei der Anschaffung von Desinfektionsmitteln oder Plastiktrennscheiben, und dennoch macht es das.

Das gilt ebenso für Hilfen an Unternehmen. Das müssten wir nicht tun; wir tun es trotzdem. Die Busunternehmer haben schon vor Wochen vor dem Landeshaus auf ihre schwierige Situation hingewiesen: Einnahmeausfälle von 100 % und drohende Insolvenzen. Dabei stehen die Busse auf den Bushöfen ungenutzt herum. Die Gespräche, die wir alle als Abgeordnete und Minister Buchholz mit den

(Kai Vogel)

Unternehmern führen konnten, waren sehr bewegend; sie haben wirklich Sorge um ihre Existenz. Wenn wir dieser Branche nicht das Ende bereiten wollen, müssen wir ihnen ohnehin helfen.

Der Hinweis in Ihrem Antrag auf veränderte Anfangszeiten in den Schulen spricht leider nicht dafür, dass Sie viel von Schulorganisation verstehen. Was bringt es mir, wenn die Schule im 15-Minuten-Takt den Unterricht in den einzelnen Kohorten beginnt, alle Schülerinnen und Schüler aber auf Busse angewiesen sind, die nur einmal morgens und einmal nach Schulschluss fahren? Das ist doch auf dem Land Realität.

Liebe Ines Strehlau, du musst es doch noch wissen: An der Schule, an der wir beide gearbeitet haben, hat es Jahre gedauert, bis die Schulbusse die neue Stundentaktung der Schule übernommen haben. Und aktuell haben wir definitiv keine Zeit. Wir haben aber massenweise abgemeldete Busse stehen, weil sie keine Aufträge haben. Dies sollten wir doch nutzen!

(Beifall SPD)

Stimmen Sie bitte unserem Antrag auf Einrichtung einer Busbörse zu, damit die Organisation von mehr Bussen beim Schülertransport in Gang kommt!

Noch ein Wort zum AfD-Antrag: Ja, es ist lästig und unangenehm, über längere Zeit eine Maske tragen zu müssen. Mein Interesse ist aber, nicht primär mich, sondern jeden von Ihnen vor einer möglichen Infektion zu schützen. Daher tragen wir Masken. Sie täten gut daran, dies nicht - wie heute wieder mit Ihrem unsinnigen Antrag - ständig infrage zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! - Entschuldigung! Ich habe die falsche Rede mitgenommen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD] begibt sich ohne Mund-Nase-Bedeckung wieder zu seinem Platz, um das entsprechende Redemanuskript zu holen - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich finde, das reicht! - Zurufe: Maske! - Martin Habersaat [SPD]: Der Anfang klang plausibel!)

Präsident Klaus Schlie:

Ich denke, wir sind da tolerant. Das kann jedem passieren.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Vielen Dank! - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im August haben mehr als Mediziner, Psychologen und Pädagogen in einem Brandbrief an die nordrhein-westfälische Kultusministerin Gebauer geschrieben - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Ihr Erlass zur Maskenpflicht an Schulen bereitet uns große Sorgen in Bezug auf Entwicklung und psychische Gesundheit unserer Kinder und ... Patienten!“

Aus vielen Gesprächen wissen wir, dass diese Sorge auch von vielen Eltern in Schleswig-Holstein geteilt wird. Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass endlich auch in diesem Haus über die Auswirkungen, auch die Risiken, gesprochen wird, die die Maskenpflicht für unsere Kinder und Jugendlichen mit sich bringt. Wenn es fundierte Kritik gibt - das ist der Fall -, dann ist es eben Aufgabe dieses Landtags, nicht alles abzunicken, was die Landesregierung tut, sondern diese zu kontrollieren. Konkret beantragen wir deshalb, dass die gesundheitlichen und psychischen Auswirkungen, die das Masketragen auf Kinder und Jugendliche hat, wissenschaftlich untersucht werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht uns natürlich nicht um einen Laborversuch, in dem Kinder wie Versuchskaninchen behandelt werden, sondern um eine Metastudie. Und es geht selbstredend genau darum, die Ergebnisse faktenbasiert auszuwerten und daraus gegebenenfalls Schlussfolgerungen zu ziehen.

Denn genau daran, meine Damen und Herren, an der Anerkennung von Fakten, scheint es landauf, landab zu fehlen. Vielmehr haben die Bürger den Eindruck, dass die Regierung einen goldenen Mittelweg geht: Die einen halten den normalen Schulbetrieb für gefährlich und unverantwortlich. Den anderen kann es gar nicht schnell genug gehen, und sie sagen: Sofort wieder Präsenzunterricht!

Da erscheint es doch weise, einen dritten Weg zu gehen: Die Schulen dürfen wieder öffnen; aber die Maskenpflicht ist eben der Preis, der bezahlt werden muss.

Bei einer solchen Argumentation werden aber drei ganz wesentliche Punkte außer Acht gelassen:

(Dr. Frank Brodehl)

Erstens. Die Maskenpflicht stellt eine gravierende Grundrechtsverletzung dar. Die Rechtsgrundlage dafür, § 28 Absatz 1 IfSG, ist zeitlich begrenzt. Auf Dauer reicht es eben nicht aus, darauf hinzuweisen, dass man so das Infektionsgeschehen bremsen wolle. Das reicht auf Dauer nicht aus!

(Lars Harms [SSW]: Ich muss sogar eine Hose in der Öffentlichkeit tragen! - Heiterkeit SPD)

Lassen Sie uns zur medizinischen Wirkung der Masken kommen; Punkt 2. In puncto Eigenschutz steht es ja eindeutig auf jeder Verpackung: „Kein Schutz vor Viren!“

Zur Frage des Fremdschutzes ziehe ich einmal eine randomisierte Vergleichsstudie zu „non-pharmaceutical measures“ der WHO zurate. Dabei wurden Gruppen ohne mit Gruppen mit Maske verglichen. Im Ergebnis konnte man keinen Unterschied zwischen diesen Gruppen feststellen. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

„Es gab keinen Hinweis darauf, dass Gesichtsmasken Übertragungen wirksam reduzieren.“

WHO 2019!

Eine ganz Reihe auch deutschsprachiger Studien bestätigen diese Ergebnisse. Sie sind sogar noch einen Schritt weitergegangen, haben nämlich auch die Frage untersucht, welche negativen Auswirkungen Masken haben können. Damit komme ich zu Punkt 3, den Gesundheitsrisiken.

Nicht wenige Studien belegen kontraproduktive Effekte: erhöhtes Infektionsrisiko durch Feuchtigkeit, Probleme durch das Einatmen von Mikroplastik, Müdigkeit, Herzunregelmäßigkeiten, Konzentrationschwäche. Ausdrücklich auf Letzteres weist übrigens auch die Hausmitteilung 222 des Bundestages vom 28. August die dortigen Mitarbeiter hin. Das sollte doch für unsere Kinder erst recht gelten.

Dabei haben wir uns noch gar nicht mit den psychologischen Folgen des Maskenzwangs befasst. In dem eingangs zitierten Brief etwa werden folgende Symptome benannt: Schlafstörungen, Waschzwänge, Überforderung durch die ihnen auferlegte Verantwortungslast, Bindungsstörungen. Die Kinder hätten in den letzten Monaten gelernt - ich zitiere noch einmal mit Ihrer Erlaubnis -: Ich bin eine Gefahr für andere, und andere sind eine Gefahr für mich. - Meine Damen und Herren, Kinder spüren sehr genau, welche Ängste sich in unserer Gesellschaft entwickeln.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Es ist ja schön, dass es bei Ihnen anders ist; wenn es so ist, dann seien Sie froh. Ein Großteil jedoch nimmt das ganz anders wahr.

Kinder haben ein Empfinden dafür, was sich in den letzten Monaten abspielt. Und die Masken sind zuletzt ein Ausdruck des Panikmodus, dem unsere Kinder in den letzten Monaten ausgeliefert sind. Es wird höchste Zeit, diesen Panikmodus abzuschalten.

Unser Antrag bietet sich dafür an. Die Ergebnisse der von uns vorgeschlagenen Studie würden nämlich mehr Licht in die Frage von Nutzen und Risiken bringen, und sie würden auch die Frage der Notwendigkeit der Verpflichtung weiter erhellen.

Ich bitte um Überweisung unseres Antrags in den Bildungsausschuss. Dieser Landtag, wir alle, sollten alles daran setzen, dass Masken nicht zur neuen Normalität für unsere Kinder werden. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir durchleben gerade eine historisch einmalige Situation. Die Coronapandemie erfordert besondere Maßnahmen zum Schutz der Menschen.

Und glauben Sie mir, auch ich konnte mir Anfang des Jahres nicht vorstellen, dass ich die Bedeckung von Mund und Nase als eine sinnvolle Maßnahme zum Schutz von Schülerinnen und Schülern vorschlagen oder gar verteidigen würde. Wir haben das hier ja auch schon mal in einem anderen Kontext diskutiert.

Aber wenn man sich mit den Empfehlungen von Experten näher beschäftigt, zum Beispiel mit den Epidemiologischen Bulletins des Robert-Koch-Instituts - das sage ich gerade in Richtung der AfD-Fraktion; man muss sich ja auch einmal außerhalb seiner eigenen Facebook-Bubble bewegen -, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass der Weg der Landesregierung genau der richtige ist und von Experten empfohlen wird.

(Beifall CDU)

(Tobias von der Heide)

Ich möchte der Landesregierung, besonders unserem Gesundheitsminister Heiner Garg und unserer Bildungsministerin Karin Prien, herzlich danken, dass immer wieder die richtigen Wege überprüft werden und der Gesundheitsschutz im Mittelpunkt steht, dass abgewogen wird: Was ist richtig, und was ist falsch? Das ist überhaupt keine leichte Aufgabe. Aber das Infektionsgeschehen in Schleswig-Holstein gibt diesem Handeln recht. In Schleswig-Holstein machen wir vor und zeigen, dass wir in diesem Punkt sehr erfolgreich sind. Denn wir machen vieles richtig in Schleswig-Holstein.

Das gilt aus meiner Sicht auch für die Schülerbeförderung. Ich verstehe, dass Eltern besorgt sind und es schwer zu verstehen ist, wenn in den Schulen ein Kohortenprinzip gilt, das man dann auf dem Schulweg nicht einhalten muss. Allerdings haben wir diese Situation nicht nur im Bereich Schule, sondern diese Situation gilt ganz allgemein für den öffentlichen Personennahverkehr. Dieser Situation tragen wir Rechnung, indem wir in Bussen und Bahnen eine Pflicht zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes auferlegen. Das ist ein Mittel, das an den Stellen, an denen man eben nicht genügend Abstand einhalten kann, helfen kann.

Und ja, es bietet grundsätzlich keinen hundertprozentigen Schutz. Ich sage aber auch sehr deutlich: Wir müssen realistisch sein. Wir werden und wir wollen keine Situation schaffen, die uns einen hundertprozentigen Schutz geben kann, sondern es geht immer nur darum, das Ansteckungsrisiko zu minimieren und die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Wer sich noch daran erinnern kann: Am Anfang haben wir von „Flatten the Curve“ gesprochen. Das war das Motto der ersten Coronawochen. Daran hat sich im Grundsatz nichts verändert.

Mir ist nicht bekannt, dass sich Schulbusse zu einem Hotspot der Ausbreitung des Coronavirus entwickelt haben. Deshalb sage ich sehr deutlich in Richtung der SPD-Fraktion: Spielen Sie bitte nicht mit den Ängsten von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften. Ich bin mir unsicher, ob Ihr Antrag am Ende wirklich das Ziel hat, Probleme zu lösen. Das will ich an einigen Punkten deutlich machen.

Erstens. Es gibt keinen Schulträger, der Unterstützung durch eine Busbörse bräuchte, um zusätzliche Busse für die Schülerbeförderung einzusetzen. Wir haben mit vielen Schulträgern darüber gesprochen. Wenn zusätzliche Busse benötigt werden, weiß jeder, woher er die Busse bekommt. Schleswig-Holstein ist viel kleinteiliger als andere Bundesländer.

Zweitens. Der Omnibus-Verband hat angekündigt: Ja, es gibt 100 Busse für die Verstärkung der Schülerbeförderung, die zur Verfügung stehen könnten. Diese Anzahl von Bussen reicht aber gerade einmal dazu aus, einen einzigen größeren Landkreis angemessen zu versorgen. Es gibt also gar nicht genug Busse, um das Ziel, das Sie beschreiben, zu erreichen.

Drittens will ich deutlich machen, dass die Kreise selber willens sind, das Thema in die Hand zu nehmen, Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, um das, was Sie fordern, selber zu finanzieren. Das ist im Sinne von Subsidiarität auch sehr sinnvoll. Rendsburg-Eckernförde, Stormarn und Schleswig-Flensburg haben dies oftmals auch mit Unterstützung der CDU-Kreistagsfraktion vorgemacht. So übernehmen die Kreise an dieser Stelle durchaus Verantwortung, und das ist richtig.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich will also sagen: Ihr Antrag ist ein bisschen Schnellschuss und nicht richtig überlegt, wenn es darum geht, einen Beitrag zu leisten, beim Thema Schülerbeförderung Corona zu bekämpfen.

Aus unserer Sicht müssen wir eng an der Entwicklung des Infektionsgeschehens Maßnahmen abstimmen. Das muss gerade vor Ort und regional angepasst passieren.

Ein Thema ist die Entzerrung von Anfangs- und Endzeiten. Flensburg hat sich bereits damit beschäftigt, um nur ein Beispiel zu nennen, wo so etwas gemacht wird. Ich glaube, die Oberbürgermeisterin dort ist von der SPD. Aber eine solche Entzerrung ist sehr kompliziert; da gebe ich Ihnen grundsätzlich recht. Das muss man sich am Ende angucken.

Das andere ist, dass man zusätzliche Busse sehr zielgenau dort einsetzt, wo es das Infektionsgeschehen erfordert. Also dort, wo viele Menschen an Coronaviren erkranken, muss man handeln. Das ist ein kluger und richtiger Weg.

Auch darüber muss nicht in erster Linie im Landtag diskutiert werden, sondern das gehört in den Kreistag, muss in den Kreisverwaltungen und vor Ort entschieden werden. Das wäre der richtige Weg. - Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns eint das Ziel, auch in der Coronapandemie eine zuverlässige Schülerbeförderung anzubieten und gleichzeitig das Ansteckungsrisiko für die Schülerinnen und Schüler im ÖPNV möglichst gering zu halten.

Es wird niemand in Abrede stellen, dass das Ansteckungsrisiko in leeren Schulbussen geringer ist als in vollen Bussen. Auf den ersten Blick kann man leicht dazu verleitet sein, den Antrag der SPD als Lösung des Problems zu sehen. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass die SPD mit ihrem Antrag nur scheinbar eine Lösung für alle aufzeigt.

Zunächst einmal: Für die Planung und für die Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV sind die Kreise und kreisfreien Städte und nicht das Land verantwortlich. Das ist insofern auch für die Schülerbeförderung ein Bestandteil des ÖPNV. Dafür bekommen die Kreise und kreisfreien Städte Bundes- und Landesmittel. Die Kreise und kreisfreien Städte müssten also bestehende Kapazitätsengpässe identifizieren, zusätzlich benötigte Busse einplanen und finanzieren.

Die SPD, die vielerorts auf kommunalpolitischer Ebene Verantwortung mitträgt, macht sich hier einen schlanken Fuß, indem sie die Verantwortung auf die Landesregierung verlagern will. Auf kommunaler Ebene könnte die SPD Verantwortung übernehmen und die Entzerrung des Schülerverkehrs voranbringen.

Die SPD verweist in ihrem Antrag auf das Angebot der Reisebusunternehmen, ungenutzte Reisebusse für den Schülertransport zu nutzen. Dieser Vorschlag ist allenfalls gut gemeint. Die Umsetzung würde aber das Problem nicht lösen; denn um jedem Schüler einen Sitzplatz zu sichern, müsste beispielsweise der Kreis Segeberg nach eigenen Angaben die Zahl seiner insgesamt rund 150 eingesetzten Busse um mindestens die gleiche Anzahl erhöhen.

Die vom Omnibusverband angebotenen 100 Reisebusse reichen nicht einmal aus, um jedem Schüler im Kreis Segeberg einen Sitzplatz zu bieten. Außerdem erfüllen Reisebusse meistens weder die Anforderungen an die Barrierefreiheit im ÖPNV, noch

verfügen sie über die erforderliche Zulassung für den Linienverkehr.

Um beim Beispiel Bad Segeberg zu bleiben: Das Haushaltsvolumen für den ÖPNV beträgt im Kreis Segeberg aktuell rund 15 Millionen €. Um die Anzahl der Busse zu verdoppeln, müsste der Haushaltsansatz auf 30 Millionen € verdoppelt werden. Diese Kosten können sich weder die Kommunen noch das Land leisten, und das weiß auch die SPD - ganz abgesehen davon, dass es weder genügend Busse noch Personal gibt.

Zur Unterstützung beim ÖPNV stellt das Land den Kreisen und Kommunen unabhängig von Corona 20 Millionen € zur Verfügung, verteilt auf die Jahre 2019 bis 2021. Das Geld ist für den ganzen ÖPNV bestimmt, kommt aber überall dort der Schülerbeförderung zugute, wo die Schülerbeförderung durch den normalen Linienverkehr erfolgt.

Von Neumünster abgesehen haben wir in Schleswig-Holstein aktuell wenige Neuinfektionen. Die aktuell bestehenden Maßnahmen im ÖPNV haben zumindest nicht zu einem Anstieg der Zahl der Infektionen geführt. Im Moment scheint ein ausreichender Schutz der Schülerinnen und Schüler vor Infektionen im ÖPNV vorhanden zu sein.

Wir sind davon überzeugt, dass sich das Infektionsrisiko überall dort, wo der Abstand nicht eingehalten werden kann, durch Mund-Nasen-Bedeckung deutlich reduzieren lässt. Deshalb gilt die Maskenpflicht auch auf dem Weg zur Bushaltestelle und in den Bussen.

Anders als die AfD vertrauen wir den wissenschaftlichen Befunden, die es zur Wirksamkeit von Mund-Nasen-Bedeckungen gibt, und sehen keine Notwendigkeit für eine weitere Untersuchung.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Pauls?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Birte Pauls [SPD]: Vielen Dank, verehrte Kollegin. - Sie sagten eben, dass es in Schleswig-Holstein kaum Neuinfektionen gibt. Nach Meldung von heute gibt es 40 Neuinfektionen. Finden Sie das wenig im Vergleich zu den vergangenen Monaten? Sehen Sie darin keinen Grund, noch einmal über die Schü-

(Ines Strehlau)

lerbeförderung zu reden? Sehen Sie das nicht als Gefahr an?

- Wir müssen uns natürlich auf eine Erhöhung der Infektionszahlen einstellen. Wir wissen nicht, was kommt. Aber im Moment sind die Zahlen sehr moderat, und sie sind vielfach auf bestimmte Regionen beschränkt. Durch die Schülerbeförderung haben sich die Infektionszahlen nicht erhöht. Das scheint kein Hotspot für eine Ansteckung mit COVID-19 zu sein.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Frau Abgeordneten Pauls?

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Birte Pauls [SPD]: Ich habe nur eine Bemerkung. Ich bitte Sie, sich das Infektionsgeschehen am gestrigen und heutigen Tag anzuschauen. Dann sehen Sie, dass es überall, flächendeckend Erhöhungen gibt. - Danke schön.

- Also, wir sehen keine Notwendigkeit, eine weitere Untersuchung zu machen, ob Mund-Nasen-Schutz wirksam ist. Wir meinen, es ist wirksam. Die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes ist auch keine Grundrechtsverletzung, Herr Brodehl.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Doch!)

Mit Blick darauf, dass sich die Infektionslage im Herbst und Winter aber verschärfen könnte, bitten wir die Landesregierung, die zuständigen Schulträger und Schulen dabei zu unterstützen, wie zum Beispiel durch eine Entzerrung der Schulanfangs- und -endzeiten Kapazitätsengpässe vermieden werden können. Dazu müssen sich Schulen und Träger der Schülerbeförderung an einen Tisch setzen und flexible Lösungen erarbeiten. Ich weiß, dass die Schulen durch die gesamten Coronamaßnahmen enorm herausgefordert sind. Da ist eine Flexibilisierung der Anfangs- und Endzeiten des Schultags eine weitere Herausforderung. Ich bin aber überzeugt, dass gute Lösungen gefunden werden.

Im Falle eines sich verschärfenden Infektionsgeschehens - wie aktuell in Neumünster - kann der Unterricht stufenweise wieder auf das Lernen in kleineren Gruppen reduziert oder auf das Lernen in Distanz überführt werden. Auch so lässt sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im ÖPNV und somit das Ansteckungsrisiko reduzieren.

Wie gesagt, noch sind die Infektionszahlen niedrig, aber Herbst und Winter stehen vor der Tür, und die Infektionszahlen können schnell in die Höhe gehen. Darauf müssen wir vorbereitet sein und Lösungen in der Schublade haben.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum letzten Satz. - Das Land wird die Schülerinnen, Schüler und Kommunen auch hier unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Klaus Schlie [CDU]:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Schülerbeförderung stehen wir unbestreitbar vor einem großen Problem, das wir gemeinsam lösen müssen. Es ist wenig sinnvoll, Kohortenregelungen, Hygienekonzepte, Schnupfenpläne und andere Schutzmaßnahmen einzufordern, wenn diese außerhalb der Schulen und gerade bei der Schülerbeförderung unterlaufen werden. Ja, es ist richtig, der Blick auf die aktuellen Infektionszahlen lässt uns mit Sorge in den Herbst schauen, und es ist klar, dass es keine einfache Lösung geben wird.

Es ist einfach zu sagen: „Macht doch mal eine Busbörse, erhöht die Taktung, verändert die Schulanfangszeiten!“, ohne auf individuelle Gegebenheiten oder Sachzwänge einzugehen. Es war und ist politischer Wille, dass die Schülerbeförderung in kommunaler Verantwortung geregelt wird. Das macht ja auch Sinn, weil man auf unterschiedliche Bedarfe eingehen kann und der ÖPNV nicht nur für die Schüler gedacht ist, sondern auch für berufstätige Pendler, und dort gibt es Abstimmungen, zum Beispiel mit der Bahn oder dem HVV. Das können Sie nicht einfach mit einem Pinselstrich per Beschluss hier verändern.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich appelliere an die Kommunen, ihre eigene Verantwortung wahrzunehmen, das Angebot der Reise-

(Anita Klahn)

busunternehmen vor Ort in ernsthafte Überlegungen einzubeziehen und zeitnah mit allen Beteiligten zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, die Überfüllung der Busse auf ein erträgliches, auf ein verantwortbares Maß zu reduzieren.

(Beifall FDP und CDU)

Ich erinnere an dieser Stelle gern noch einmal daran, dass die Kommunen vom Land erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung bekommen haben, um coronabedingte Defizite im ÖPNV zu kompensieren. Aber, wie gesagt, wir werden es im ÖPNV nicht schnell regeln können, dass die 1,50-m-Abstandsregel eingehalten werden kann oder - wie schon lange gefordert wird - für jeden Schüler ein Sitzplatz vorhanden ist. Es kann nur darum gehen, die jetzige Situation zu entschärfen.

Die erste Frage, die da zu klären ist, ist: Wie viele Busse und wie viele Fahrer stehen durch die Reisebusunternehmen überhaupt zusätzlich zur Verfügung? Wir müssen davon ausgehen, dass wir doppelte oder dreifache Kapazitäten brauchen. Die zweite Frage lautet: Wollen wir das nur während der Schülerbeförderungszeiten oder auch für die Pendler? Denn die haben den gleichen Schutz verdient.

Grundsätzlich tragen wir alle, jeder Einzelne, mit unserem Verhalten dazu bei, ob die Coronapandemie beherrschbar bleibt. Damit komme ich zu der Mund-Nasen-Bedeckung. Solange wir keinen Impfstoff, keine Medikamente für eine erfolgreiche Therapie haben, sollte jeder die Schutzwirkung der Mund-Nasen-Bedeckung respektieren und anerkennen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte auch von Eltern, dass sie ihre Kinder zu einem ordnungsgemäßen Umgang anhalten, sie anleiten und darauf hinweisen, was das im Zweifel bedeutet. Ich weiß und erkenne an, dass alle coronabedingten Maßnahmen eine Einschränkung bedeuten und alles, was entschieden wird, sorgsam abgewogen werden und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz Rechnung tragen muss. Aber was kann höher stehen als unser Gesundheitsschutz?

Es ist unser erklärtes Ziel, wieder zu einem Alltag zurückzukehren, der wertvolle Freiheiten zulässt. Wir wollen auch keine Schulschließungen. Damit komme ich wieder zur Verhältnismäßigkeit: Wenn das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung erforderlich ist, um den Präsenzunterricht möglich zu machen, dann ist dies ein notwendiges Übel, das man

in Kauf nehmen kann. Denn im Gegensatz zu den Auswirkungen des Maskentragens wissen wir bereits sehr gut, wie sich der Unterrichtsausfall auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ausgewirkt hat. Nicht nur beim Lernstoff - gerade bei den Schwächsten -, sondern auch bei der persönlichen Entwicklung zeigt die Praxis, was die Schulschließungen, so nötig und richtig sie damals gewesen sind, zu Beginn des Jahres angerichtet haben.

(Beifall FDP)

So unangenehm uns das Maskentragen erscheint - es mag weniger schlimme Folgen haben, als schwer zu erkranken oder flächendeckend Schulen zu schließen.

Ich finde den Antrag der AfD lediglich ein Zugeständnis an Coronaleugner, Maskenverweigerer und Verschwörungstheoretiker, anstatt sich ernsthaft mit dem Problem der Pandemie, in der wir uns immer noch befinden, den Folgeerkrankungen einer Coronainfektion und den damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Schulen zu beschäftigen.

In Asien ist es kulturell seit Langem akzeptiert, dass man bei einem einfachen Erkältungsinfekt eine Maske trägt. Lassen Sie uns doch in Deutschland auch dahin kommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Corona zwingt uns zum Neudenken: Abendmahl mit Weintrauben und Brot im Glas, Chorprobe im Fußballstadion oder Vorlesungen per Videochat. Alle Organisationen zeigen, dass sie verstanden haben, dass Hygiene- und Abstandsregeln neue Formen der Kommunikation erforderlich machen. Nur auf dem Weg zur Schule soll das nicht gelten?

So unglaublich das klingt, genau das hat die Bildungsministerin gesagt - nicht so direkt, sondern mit Verweis auf die Zuständigkeiten. Die Kreise seien für die Schulbusse zuständig, hörten wir schon in der August-Sitzung. Das bedeutet, dass Probleme mit dem Verkehr auch die Kreise regeln müssen.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ich sehe das ein wenig anders. Die Bundesregierung hat in den Krisenzeiten gezeigt, dass niemand wegen irgendwelcher Kompetenzrängeleien ins Hintertreffen geraten darf. Das wäre ja so wie der THW-Helfer, der bei einem Feuer auf die Feuerwehr warten würde. Das macht doch niemand! Vielmehr packt er mit an und holt den Feuerlöscher.

Zahlreiche besorgte Eltern haben sich bei mir gemeldet. Ich denke, dass die anderen Abgeordneten Ähnliches zu berichten wissen.

Die Bedingungen im Schülertransport sind teilweise besorgniserregend: Viele Kinder stehen im Bus und halten sich an der Stange fest. Sie werden hin und her gerüttelt. Da ist kein Abstand möglich. Mit einem coronainfiziertem Kind an Bord droht dem gesamten Bus die Ansteckung.

Aber es gibt Abhilfe: Die Busunternehmen haben eine Kooperation angeboten. Sie stellen Busse zur Verfügung, die hinter dem Schulbus die Kinder aufnehmen, die keinen Sitzplatz gefunden haben. Das wäre eine echte Win-win-Situation. Die Busunternehmen bekämen Aufträge, und der Schülertransport könnte die Abstands- und Hygieneregeln einhalten. Das ist eine gute Regelung. Warum wird das nicht genau so gemacht? - Ach ja, die Kreise sind ja zuständig. Da sind der Landesregierung die Hände gebunden.

Dabei ist die Situation im Schülerverkehr seit Jahren bekannt: zu wenige Busse, schlechter Takt, trotz Karte keine Garantie auf einen Sitzplatz. Ich werde mich einfach niemals daran gewöhnen, dass in der Fläche der Bus zweimal täglich, wenn es hochkommt, vielleicht drei- oder viermal, fährt.

Schülerinnen und Schülern muten wir einen Tagesbeginn zu, bei dem jeder Erwachsene sofort streiken würde. Wir wissen um diese Zustände, die schon ohne Corona keinen entspannten Tagesbeginn ermöglichen. Unter Corona zeigen sich die jahrelangen Versäumnisse noch einmal mit voller Wucht. Die überfüllten Busse sind ein Problem, das sich mit einer Vogel-Strauß-Politik nicht lösen lässt.

Das, was wir in der kälteren Jahreszeit erleben werden, wenn die Schülerinnen und Schüler nicht mehr ersatzweise mit dem Rad fahren, sind Elterntaxis vor den Schulen. Die Eltern, die das zeitlich und organisatorisch hinkriegen, müssen dann mit dem eigenen Fahrzeug die Fehler der Landesregierung ausbaden. Eltern, die das nicht können, bleibt das steigende Unwohlsein.

Eine Busbörse, wie der Antrag vorschlägt, wäre durchaus eine gute Möglichkeit, das Problem zu lö-

sen. Die Landesregierung muss über ihren Schatten springen und anerkennen, dass der Infektionsschutz der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein im ÖPNV zu ihren Aufgaben gehört.

(Beifall SSW und SPD)

Abschließend noch eine Bemerkung zum Antrag zur Maskenpflicht, der zwar als mitfühlend daherkommt, eigentlich nur für eine alternative Wahrheit steht. Mund-Nasen-Bedeckungen senken die Ansteckungsgefahr messbar und deutlich. Das ist ein wissenschaftlicher Fakt,

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Nein!)

den die Antragssteller nicht wahrhaben wollen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Und die WHO auch nicht!)

Die Mund-Nasen-Bedeckungen ermöglichen überhaupt erst den Präsenzunterricht,

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: In Dänemark auch?)

der so wichtig ist, und einen halbwegs geregelten Schulbetrieb.

Eine ähnlich wirkungsvolle Alternative wäre der Einsatz von Geräten zur Luftreinigung. Einige Kreise haben das für ihre Schulen schon angeschafft. Das ist ein ganz anderes Thema.

Ich möchte noch Folgendes sagen: Nicht die Stadt Flensburg hat zusätzliche Busse eingesetzt, sondern der Kreis Nordfriesland. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist, Schleswig-Holstein ist bisher vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen. Ja, Frau Pauls, das Infektionsgeschehen steigt an, ist aber nach wie vor niedrig. Es macht Sinn, bei der Gesamtbeurteilung nicht nur auf die Infektionszahlen, sondern auch auf die Anstiegsgeschwindigkeit zu schauen, wenn man das bewerten will.

(Ministerin Karin Prien)

Wir verdanken die Situation, die wir in Schleswig-Holstein haben, klugem Regierungshandeln auf allen Ebenen, und wir verdanken es der Expertise unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und dem Verantwortungsbewusstsein der Bevölkerung. Ich fand die Titelzeile in den „Kieler Nachrichten“ nach dem Motto „Gemeinsinn als Schutzkonzept“ sehr schön. Wir können sehr dankbar dafür sein, dass unsere Bevölkerung so handelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz aller Dankbarkeit liegt darin auch ein Risiko. Ja, die im internationalen Vergleich niedrigen Zahlen verleiten dazu, dass manche die Gefährlichkeit des Virus kleinreden oder gar ganz negieren. Das sogenannte Präventionsparadox führt eben dazu, dass durch den Erfolg von Präventionsmaßnahmen die notwendigen Einschränkungen infrage gestellt werden. Dabei wird unterschlagen, dass die Todeszahlen gerade wegen der strikten Coronamaßnahmen und einer bemerkenswerten Disziplin der Mehrheit der Bevölkerung so niedrig sind. Schäden, die ausgeblieben sind, können wir eben nicht sehen. Aber die Abwesenheit von Evidenz beweist eben nicht die Nichtexistenz des Problems.

Ein Blick ins Ausland warnt uns nur zu deutlich: Die Situation kann sich sehr schnell ändern. Tatsächlich sorgen wir uns ja auch nicht vorrangig um die Infektionszahlen Stand heute, sondern um die Entwicklung, die folgt; darum, wie sich die Infektionen im November und Dezember im Zusammenhang mit der kälteren Jahreszeit entwickeln. Darum eint uns auch die Herangehensweise.

Wenn Christian Drostens aktuell gesagt hat: „Wir müssen vordenken, sonst ist es irgendwann zu spät“, dann trifft das genau das, was wir jetzt tun müssen. Politische Entscheidungen müssen in dieser Zeit mit Maß und Mitte, aber eben auch schnell getroffen werden, sonst laufen wir dem Virus schlimmstenfalls hinterher.

Meine Damen und Herren von der AfD, wir stützen uns dabei auf anerkannte - anerkannte! - wissenschaftliche Erkenntnisse. Wir schauen uns auch Mindermeinungen an und bewerten sie.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften, die Leopoldina, hat schon früh die flächendeckende Nutzung von Mund-Nasen-Bedeckungen empfohlen und diese Empfehlung gerade in dieser Woche nachdrücklich wiederholt. Unser Wissenschaftlicher Beirat, dem übrigens auch eine Kinder- und Jugendpsychologin angehört und mit dem wir uns in sehr in kurzen Intervallen regelmäßigen austauschen sind, hat bestätigt, dass Masken - differen-

ziert eingesetzt - sowohl den Fremdschutz als auch den Eigenschutz erhöhen. Nicht zu 100 % - natürlich nicht! Keine der Maßnahmen, die wir ergreifen, wirkt zu 100 %. Aber in der Abwägung ist sie sinnvoll.

Es gibt keine wissenschaftliche Evidenz dafür, dass diese Maßnahmen ihrerseits einen sozialen oder gesundheitlichen Schaden verursachen, oder gar, dass dieser höher wiegt als ihre Schutzfunktion für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.

Die Tochter eines Mitglieds des Wissenschaftlichen Beirats hat mit Blick auf die derzeitige Situation an unseren Schulen sehr schön gesagt: Nach langen Schulschließungen gibt es jetzt so etwas wie eine wohltuende Normalität. Die Maskenpflicht auf dem Schulhof und in den Gängen sei für sie und ihre Schulkameraden überhaupt kein Problem. Von „Pannikmodus“ an unseren Schulen kann eben gar keine Rede sein. Es tut mir leid, Herr Brodehl: Sie reden da ein Problem herbei, das in der Praxis gar keines ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will aber genauso sagen, meine Damen und Herren von der SPD: Auch in der Schülerbeförderung schützt eben die Maske da, wo kein Abstand eingehalten werden kann. Wir können das nicht auf der einen Seite bejahen und dann auf der anderen Seite negieren.

Ja, die Busse sind unbestreitbar voll, und sie waren in den letzten Jahrzehnten schon immer unbestreitbar voll.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja!)

Dann muss man aber bitte auch so ehrlich sein, das in seiner grundsätzlichen Bedeutung zu diskutieren und nicht nur mit Blick auf Corona, denn wenn Sie, Frau Waldinger-Thiering, den Menschen erzählen, das sei doch jetzt eine Sache, die man unbedingt ändern müsse, dann müssen Sie auch sagen, worüber wir jetzt reden. Wir reden eben nicht über 100 Busse, die jetzt zur Verfügung gestellt werden müssten. Wenn wir nur miteinander - ich will gar nicht über Zuständigkeiten reden - gewährleisten wollen, dass jeder Schüler und jede Schülerin einen Sitzplatz hat, brauchen wir 1.000 - nicht 100 - zusätzliche Busse.

Wenn wir Abstandsregeln - nicht 1,5 m, sondern 0,75 m - im Bus einhalten wollen, brauchen wir 2.000 zusätzliche Busse, bei 1,50 m Abstand sind es 4.000 zusätzliche Busse. Sie können einmal ausrechnen: 360 € pro Bus pro Schultag, da sind wir

(Ministerin Karin Prien)

ungefähr bei 30 Millionen € im Monat. Rechnen Sie das mal aufs Jahr hoch.

Dann müssten Sie auch noch die entsprechenden Busse sowie Fahrerinnen und Fahrer irgendwie beschaffen. Ich glaube, das ist ein ganz dickes Brett, das Sie sich da vorgenommen haben. Wir sollten es dann auch in dieser Ernsthaftigkeit diskutieren und nicht so tun, als könnte man das einmal eben so machen, und nur die Landesregierung hätte keine Lust, es zu realisieren.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Meine Damen und Herren, ich finde es trotzdem richtig, dieses Thema zu diskutieren. In Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen hat man das gemacht, da sind allerdings auch Wahlkämpfe im Gange, das muss man dazu sagen. Ich finde es richtig, das Thema zu diskutieren. Wir tun dies übrigens seit einigen Monaten mit den kommunalen Landesverbänden.

Wir bereiten uns auf die Situation steigender Infektionszahlen vor. Da geht es auch um die Frage von Anfangszeiten. Das ist für Schulen wahnsinnig schwierig zu realisieren, aber tatsächlich müssen wir uns auch darauf einstellen, notwendigenfalls regional wieder in den Hybridunterricht zu starten. Das allerdings hätte die Auswirkung, dass die Busse nicht so stark belegt werden, wie es jetzt der Fall ist.

Man muss also sehr genau hinschauen, wo man zusätzlich unterstützen kann. Ich bin sehr froh darüber - darauf wurde hingewiesen -, dass die Kreise sich intensiv Gedanken machen und sich selbst auf den Weg machen, zusätzliche Busse einzusetzen. Ich darf auch darauf hinweisen, dass unsere Nachfrage bei den Kreisen, ob es einer Busbörse bedürfte, sehr verhalten aufgenommen wurde. Wir haben kein Vermittlungsproblem bei Bussen. Das ist überhaupt nicht das Thema. Die Kreise fühlen sich da sehr gut aufgestellt, um mit ihren Partnern vor Ort, wenn es erforderlich werden sollte, erforderliche Lösungen entlang des Corona-Reaktionsplans zu realisieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Ich sehe aber, dass niemand davon Gebrauch machen will.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/2372, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD und SSW. - Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2443, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der AfD und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/2423. Es ist zunächst Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich nehme an, federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss?

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ja!)

- Das ist der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das ist der Rest des Hauses. Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wir kommen somit zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag der AfD-Fraktion, Drucksache 19/2423, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion und die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Parlamentarischen Geschäftsführungen haben vereinbart, dass der Punkt 18 heute Nachmittag nach dem gesetzten Punkt 44 aufgerufen wird, wir jetzt aber noch den Tagesordnungspunkt 38 behandeln.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 38 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 19/2379

(Präsident Klaus Schlie)

Ich erteile das Wort dem des Schwimmens mächtigen Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Abgeordneten Hauke Götttsch.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Hauke Götttsch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen kurz vor der Mittagspause den Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das zweite Quartal 2020 vorstellen. In diesem Quartal sind beim Petitionsausschuss 119 neue Petitionen eingegangen, und der Ausschuss hat 75 Petitionen abschließend behandelt. Er hat in einer Petition eine Gesprächsrunde sowie eine Anhörung von Vertretern der Landesregierung durchgeführt. Die weiteren Zahlen für den Berichtszeitraum ergeben sich aus dem schriftlichen Bericht, der Ihnen vorliegt.

Meine Stellvertreterin Frau Ünsal und ich - Frau Ünsal ist leider nicht da - haben am Montag und Dienstag dieser Woche an der Tagung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder in Dresden teilgenommen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die ist noch nicht zurück!)

Ein großes Thema auf der Tagung war auch die Rolle der privaten Petitionsplattformen im Internet. Die Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder sind sich einig, dass mit diesen eine Zusammenarbeit keineswegs stattfinden sollte.

(Beifall CDU)

Vielmehr ist es wichtig, die Funktionen der parlamentarischen Petitionsausschüsse durch mehr Öffentlichkeitsarbeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen. Helfen Sie bitte alle dabei mit, und lassen Sie uns klarmachen: Wir sind das Original!

(Beifall im ganzen Haus)

Irgendwelche Klicks auf einer Internetseite können nichts bewirken. Anliegen der politischen Teilhabe müssen an das Parlament gerichtet sein. Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht, lassen Sie es uns gemeinsam schützen.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Ich komme nun zum Bericht. Das vorherrschende Thema in diesem Quartal sind die Auswirkungen der Coronapandemie. Den Ausschuss haben zahl-

reiche Petitionen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern erreicht, die Aufklärung zu Maßnahmen und Entscheidungen anlässlich der aktuellen Coronapandemie gefordert haben. Die Beschwerden betreffen zum Beispiel die Durchführung von Abiturprüfungen, den Unterrichtsausfall an den Schulen - Frau Ministerin -, die Sportausübung, den Schwimmunterricht während der Coronapandemie, die Nutzung von Sportboothäfen, die Nutzung von Wohnwagen, Zuschüsse für private Ferienhausvermieter, die Forderung mehrwöchiger Ausgangssperren oder die Situation der Geburtshilfe auf den Inseln während der Pandemie - um nur einige Petitionen zu nennen. In einer Petition wird auch das Besuchsverbot in Pflegeheimen thematisiert.

Der Ausschuss hat den betroffenen Menschen die aktuelle Rechtslage erläutert und Lösungsmöglichkeiten bei ihren Anliegen aufgezeigt. Mir persönlich war es sehr wichtig, diese Petitionen schnell und umfassend zu bearbeiten, um den besorgten Menschen in schwierigen Zeiten eine Hilfestellung zu geben. - Vielen Dank, und guten Appetit!

(Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht, Drucksache 19/2379, zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung und wünsche Ihnen ebenfalls eine angenehme Mittagszeit.

(Unterbrechung: 13:00 bis 15:02 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere Nachmittagsitzung und freue mich über diejenigen, die pünktlich hier sind.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 44 auf:

Bericht zum Umsetzungsstand des Demenzplans für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/2309

(Präsident Klaus Schlie)

Ich erteile dem Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Herrn Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Nach der aktuellsten Prävalenzerhebung leben in Schleswig-Holstein rund 60.000 Menschen, die an einer Demenz erkrankt sind. Seit Beginn dieser Prävalenzerhebungen im Jahr 2003 ist die Anzahl der Menschen, die demenziell erkrankt sind, somit um über 25.000 Frauen und Männer gestiegen. Aufgrund des demografischen Wandels wissen wir und müssen davon ausgehen, dass der Anteil der Menschen an der Bevölkerung, die demenziell erkrankt sind, in den kommenden Jahren weiter steigen wird.

In einer älter werdenden Gesellschaft muss sich nicht nur das Gesundheits- und Pflegesystem ändern, sondern die gesamte Gesellschaft muss sich darauf einstellen, wie wir mit Menschen, die demenziell erkrankt sind, umgehen, wie wir sie trotzdem im Alltag mitnehmen können.

Die Lebenssituation von Menschen mit Demenz ist dabei sehr unterschiedlich. Nach wie vor werden viele demenziell Erkrankte zu Hause gepflegt. Sie benötigen im Alltag Zuwendung, menschliche Wärme und Unterstützung von ihren Angehörigen. Sie sind dabei auf regelmäßige auch medizinische Versorgung angewiesen. Von ihren Angehörigen müssen sie dabei häufig rund um die Uhr betreut und unterstützt werden. Auch in den Einrichtungen ist das tägliche Umsorgen der Bewohnerinnen und Bewohner eine riesige Herausforderung für das Pflegepersonal.

Wer einmal in einer speziellen Einrichtung für demenziell Erkrankte gewesen ist, weiß, dass der Pflegealltag und die Herausforderung dort oft noch einmal andere sind als in einer Langzeitpflegeeinrichtung, in der weniger oder keine Demenzerkrankten leben.

Die Pandemie, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sämtliche Aufgaben und Herausforderungen für alle Beteiligten sowohl in den Einrichtungen als auch in der eigenen Häuslichkeit noch schwieriger gemacht. Manche Angehörige konnten ihre pflegebedürftigen Eltern, Großeltern oder andere Verwandte in den Einrichtungen über Wochen nicht besuchen. Auch die Tagespflege stand für Wochen kaum oder nur sehr eingeschränkt in einer Art Notfallversorgung zur Verfügung, was natürlich

unglaubliche Auswirkungen auf die häusliche Pflege hatte.

Besuche in den Einrichtungen sind seit Anfang Mai 2020 wieder möglich, seit dem 15. Juni 2020, gibt es ein Besuchsrecht in den Einrichtungen. Das heißt, Pflegeheime müssen Besuche wieder zulassen und ermöglichen. Die im Zuge der Pandemie notwendigen Maßnahmen wie insbesondere das Tragen von Alltagsmasken sind aber, und das muss man auch wissen, für viele an Demenz erkrankte Menschen oft nur schwer oder überhaupt nicht zu verstehen. Gerade für demenziell Erkrankte und ihre Angehörigen ist das Leben mit dem Virus nach wie vor eine riesige Herausforderung.

Die aktuelle Situation macht einmal mehr deutlich, dass die im Demenzplan vorgesehene grundsätzliche Betroffenenorientierung genau der richtige Ansatz ist. Die Lebens- und Pflegebedingungen von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen zu verbessern und Menschen mit Demenz einen möglichst langen und auch weitgehend selbstbestimmten Verbleib in der eigenen Häuslichkeit und damit die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, war bereits längst vor Ausbruch der Pandemie das erklärte Ziel des Demenzplans. Darüber hinaus ist die Förderung von Verständnis und die Sensibilisierung für Menschen mit Demenz sowie die landesweite Weiterentwicklung entsprechender Strukturen von ganz zentraler Bedeutung im Demenzplan.

Für die Erstellung des Demenzplans war die Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein verantwortlich. An der Stelle möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Um die Vielschichtigkeit und die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Themas zu erfassen, sind an der Erarbeitung des Demenzplans die verschiedensten Akteurinnen und Akteure, Institutionen, Organisationen, Expertinnen und Experten sowie Betroffene beteiligt gewesen.

Der Demenzplan ist das Ergebnis eines breiten partizipativen Prozesses. Und dieser partizipative Ansatz ist erhalten geblieben, denn zur Umsetzung des Demenzplans ist ein Beirat eingerichtet worden, an dem die genannten Akteurinnen und Akteure beteiligt sind, die bereits an der Erstellung des Demenzplans mitgewirkt haben.

Für die Umsetzung des Demenzplans ist das Kompetenzzentrum Demenz als Projekt der Alzheimer Gesellschaft Schleswig-Holstein federführend zuständig. Für die aktuelle Förderphase erhält das Kompetenzzentrum dafür über 1 Million € vom Land. Einen Zuschuss in gleicher Höhe bezahlt der Spitzenverband Bund der Pflegekassen.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Nach mehr als der Hälfte der Förderphase sind bereits einige der wesentlichen von mehr als 80 Empfehlungen des Demenzplans für Schleswig-Holstein vollständig umgesetzt worden. Im März dieses Jahres ist beispielsweise der Demenzwegweiser für Schleswig-Holstein an den Start gegangen. Damit können Angehörige und Menschen, die regelmäßig mit demenziell Erkrankten zu tun haben, im Internet gezielt nach regionalen Hilfs- und Unterstützungsangeboten suchen.

Zudem ist es gelungen, eine Vernetzung mit dem 6K KlinikVerbund bei der Entwicklung demenzsensibler Strukturen und Konzepte zu etablieren. Mit einer Plakataktion macht das Kompetenzzentrum Demenz auf die Früherkennung und die Diagnostik bei Demenz aufmerksam. Viele weitere Empfehlungen des Demenzplans sind bereits zum Teil oder weitgehend umgesetzt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Coronakrise sind in der Betreuung von Menschen mit Demenz ganz neue Herausforderungen auf unsere Gesellschaft zugekommen. Es ist vor diesem Hintergrund hilfreich und gut, und ich freue mich darüber, dass es gelungen ist, die Lücke, die wir bei den Pflegestützpunkten im Land hatten, nämlich eine Lücke im Kreis Schleswig-Flensburg, zu schließen.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist wichtig, und ich freue mich deswegen darüber, weil wir jetzt in Schleswig-Holstein in sämtlichen Kreisen und kreisfreien Städten tatsächlich Pflegestützpunkte haben und damit über eine flächendeckende Beratungsstruktur, die beispielsweise auch für Angehörige von Menschen mit Demenz wichtig ist, verfügen.

Darüber hinaus zeigt die derzeitige Situation sehr deutlich, dass die Umsetzung des Demenzplans weiter vorangetrieben werden muss und neue Schwerpunkte im Plan zu setzen sind. Wir werden daher im Beirat die Frage ausführlich diskutieren, welche neuen Aufgaben und Projekte im Zuge der aktuellen Situation in den Demenzplan aufgenommen werden sollten. Außerdem soll Ende des Jahres mit der wissenschaftlichen Evaluation des Demenzplans begonnen werden.

Die Bundesregierung hat ebenfalls in einem breit angelegten Beteiligungsverfahren eine Nationale Demenzstrategie erstellt. Gestern, am 23. September 2020, fand dazu die Auftaktveranstaltung mit verschiedenen Bundesministerinnen und -ministern statt. Im Beirat werden wir prüfen müssen, inwie-

weit der Demenzplan Schleswig-Holstein vor diesem Hintergrund der Nationalen Demenzstrategie noch angepasst werden muss.

Eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dabei klar: Sämtliche Bemühungen der Landesregierung zielen weiterhin darauf ab, die Lebenssituation der Menschen mit Demenz, aber auch ihrer Angehörigen weiter und nachhaltig zu verbessern. Das ist nicht nur in dieser Krise wichtig, aber gerade auch in dieser Krise für diese Personengruppen von herausragender Bedeutung. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, der Herr Minister hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit nur um 3 Minuten überzogen.

(Heiterkeit)

Diese steht natürlich jetzt auch allen anderen Fraktionen und Abgeordneten zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag griffigere Themen geben als einen Demenzplan. Aber wir sollten uns eins vor Augen führen: Im Kern geht es darum, eine möglichst breit getragene Strategie für die zukünftige Unterstützung und Versorgung von Menschen mit Demenz zu entwickeln. Es geht um verbesserte medizinische Hilfe, aber auch um Prävention, Forschungsförderung, öffentliche Bewusstseinsbildung und darum, Menschen für den adäquaten Umgang mit Demenzkranken zu schulen. Oder anders gesagt: Es geht darum, allen Menschen, die direkt oder indirekt von Demenz betroffen sind, ein gutes Leben zu ermöglichen.

Der SSW hat schon in der 17. Wahlperiode einen Demenzplan gefordert und diesen schließlich in der Küstenkoalition mit SPD und Grünen realisiert. Unsere grundlegende Erwartung war, die Versorgungsstrukturen des Landes aufzuzeigen und qualitätsgesichert weiterzuentwickeln. Natürlich gab es auch damals schon ein großes Engagement und viele Angebote für diese Zielgruppe, aber eben keine übergreifende Strategie für eine wirklich flächendeckende und sektorübergreifende Unterstützung und Ver-

(Christian Dirschauer)

sorgung von Menschen mit Demenz. Mit der Einführung des Demenzplans sollten bestehende Angebote daher nicht nur gebündelt, sondern auch Lücken im Versorgungssystem erkannt und geschlossen werden.

Uns ist bewusst, dass diese Aufgabe und die Umsetzung generell ein dickes Brett sind. Gerade deshalb haben wir diesen Bericht gefordert und explizit auch nach Weiterentwicklungsbedarfen gefragt. Ich denke, dass uns heute trotz geringer Rückmeldungen aufgrund der Coronapandemie ein guter Überblick vorliegt. Dafür möchte ich mich beim Ministerium und vor allem beim Kompetenzzentrum Demenz bedanken.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir können sehen, dass vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht und schon viele Empfehlungen aus dem Demenzplan umgesetzt wurden. Es werden nicht nur mehr Menschen aus unterschiedlichen Berufsgruppen, sondern auch Ehrenamtler geschult. Auch die Pflegestützpunkte werden, wie eben erwähnt, als wichtige Anlaufstellen vor Ort gestärkt. Unter dem Strich konnten damit also schon deutlich mehr Menschen für die Belange von Demenzkranken sensibilisiert und auch mehr Angehörige beraten werden. Das ist im Sinne der Betroffenen und freut uns sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mir ist trotzdem wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir es mit einem dauerhaften Prozess zu tun haben. Soll heißen: Wir haben zwar konkrete Empfehlungen im Demenzplan, die sukzessive abgearbeitet werden. Aber wir werden nie an den Punkt kommen, an dem alles abgehakt ist. Im Gegenteil: Wenn wir die Sicht der Betroffenen und ihrer Familien einnehmen, stehen wir mitunter noch ziemlich am Anfang. Das gilt für vermeintlich banale Fragen, wie zum Beispiel danach, wie wir dem allgemein steigenden Beratungsbedarf auch in der Fläche gerecht werden können, aber auch für aktuelle Herausforderungen wie die Coronapandemie, die für Menschen mit Demenz häufig besonders belastend ist und für die Zukunft mitgedacht werden muss.

Keine Frage: Der Demenzplan ist vor allem als politische Verpflichtungserklärung zu verstehen. Die Jamaika-Koalition scheint diese Ansicht auch weitestgehend zu teilen. Ich will ausdrücklich lobend erwähnen, dass sowohl der steigende Handlungsbedarf als auch der langfristige Einsatz in Sachen Demenz im Bericht anerkannt werden. Daraus folgt für uns aber vor allem eins: Nicht nur Kommunen und Kreise sind in der Pflicht, wenn es um gute

Rahmenbedingungen und um Lebensqualität für Demenzkranke und ihre Angehörigen geht. Auch wir als Land müssen dauerhaft am Ball bleiben und zum Beispiel dafür sorgen, dass das Kompetenzzentrum Demenz seine wirklich wichtige Arbeit auch über das Jahr 2022 hinaus fortsetzen kann. Zudem sollten wir immer im Blick haben, ob es bei Projekten wie etwa der mobilen Demenzberatung, für die wir uns bei den vergangenen Haushaltberatungen erfolgreich eingesetzt haben, Finanzierungslücken gibt.

Machen wir uns nichts vor: Nur durch diesen dauerhaften Einsatz auf allen Ebenen werden wir wirklich zu verbesserten Lebensbedingungen und zu einem größeren gesellschaftlichen Verständnis für die wachsende Zahl von Demenzkranken kommen. Nur so kann es uns zumindest langfristig gelingen, dem unheimlich wichtigen Thema Prävention die nötige gesundheitspolitische Aufmerksamkeit zu schenken; denn auch wenn eine Demenz nicht heilbar ist, können Ausbruch und Verlauf der Erkrankung durch gezielte präventive Maßnahmen oft um viele Jahre hinausgezögert werden. Das ist in meinen Augen die eigentliche Aufgabe, an der wir gemeinsam arbeiten müssen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebes Publikum! Lieber Herr Minister, ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen und bei Ihrem Team im Ministerium dafür bedanken, dass wir diesen Bericht heute bekommen haben. Bedanken möchte ich mich auch bei allen, die dafür gesorgt haben, dass dieser Bericht umgesetzt werden kann. Ganz besonders nennen möchte ich das Kompetenzzentrum Demenz, aber auch die Alzheimer-Gesellschaft, die wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben. Heute ist eine gute Gelegenheit, das zu würdigen und zu loben.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir wollen uns über den Stand der Umsetzung des Demenzplans unterhalten. Das ist ganz wichtig. Wir alle wollen alt werden. Ich glaube, niemand möchte das nicht. Aber alt zu werden bedeutet auch, dass das Risiko, an einer Demenz zu erkranken, steigt.

(Katja Rathje-Hoffmann)

Ist das Risiko bei den 65- bis 70-Jährigen mit 3 % noch relativ gering, so steigt es bei den über 80-Jährigen schon auf durchschnittlich 20 %. Bei den Menschen, die über 90 Jahre alt sind, ist ungefähr ein Drittel mehr oder weniger stark von einer Demenz betroffen.

Dass es ein gesellschaftliches Thema ist, haben ich und meine Familie sowie meine Schwester und deren Familie am eigenen Leib erfahren. Meine Mutter ist schwer an Demenz erkrankt, und ich kann Ihnen sagen, das verlangt einem manchmal ganz schön viel ab. Es ist ein Abschied auf Raten, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat, und es tut ganz schön weh zu sehen, wie aus einer eloquenten Frau eine schweigsame Frau wird, die wenig oder fast gar nichts mehr kann. Da muss man irgendwie handeln. Da gibt es guten Rat und gute Möglichkeiten, sich zu informieren. Es schweißt eine Familie auch zusammen, das kann ich Ihnen sagen. Man sucht Schlüssel, man sucht irgendetwas. Letztens haben wir die Hausschuhe meiner Mutter gesucht. Ja, die waren im Kühlschrank. Es war gar nicht so einfach, sie dort zu finden. Also man ist da auf ziemlich viel gefasst, und, wie gesagt, man braucht auch Hilfe.

Schleswig-Holstein ist Vorreiter im Umgang mit Demenz. Das finde ich ganz hervorragend. Seit 2011 gibt es das Kompetenzzentrum Demenz in Norderstedt. Da erhält man wirklich gute Hilfe. Seit 2013 gibt es in Schleswig-Holstein einen Demenzplan. Das ist ein Vorbild für die gesamte Bundesrepublik. Es ist auch gut so, dass wir insoweit ein Vorbild sind; denn das Thema liegt uns am Herzen. Jeder kennt jemanden, der eine Demenz hat. Was den Umgang damit angeht, so hilft das Kompetenzzentrum ganz gut weiter. Dort schafft man es, Menschen wieder zu ertüchtigen. Man schafft es, den Demenzplan weiterzuentwickeln. Es sind ungefähr 60 Leute beteiligt. Sie erarbeiten Empfehlungen und Handlungsabläufe, decken Lücken auf. Diese Lücken müssen möglichst geschlossen werden. Gemeinsam beratschlagen sie über Lösungen für all das.

Hilfe bieten aber auch - das hat der Minister gerade gesagt; ich habe, glaube ich, als Erste geklatscht - die Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein. In jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ist es endlich so weit. Wir haben lange gekämpft, manchmal auch gegen die eigenen Leute; das gebe ich offen zu. Aber ich glaube, mittlerweile ist fast jeder Mensch in Schleswig-Holstein davon überzeugt, dass es dort kompetente Hilfe gibt.

Auch wir haben dort angerufen. Ich kann Ihnen sagen, hinterher ist man besser gegen diese Krankheit, gegen diesen Verfall gewappnet, und man weiß, man ist mit diesem Problem nicht allein. Es tut gut, dass man sich dort austauschen und beraten lassen kann.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Uns eint, dass wir alle das Leben mit Demenz einfacher machen wollen und dass wir wissen, wir brauchen mehr Hilfe. Die Mitarbeiter der Pflegestützpunkte sagen aber, die Leute ließen sich zu spät beraten. Vielleicht ist das heute sogar eine Werbeveranstaltung für unseren Demenzplan und für die Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein. Dann soll es so sein. Ich fände es gut, wenn es so wäre.

Durch den Demenzplan sind auch besondere Angebote ins Leben gerufen worden. Beispielhaft möchte ich das Angebot für Migranten nennen. Denn auch Menschen mit einem Migrationshintergrund leiden an Demenz; sie werden auch alt. Das Problem ist nur, dass die Muttersprache nicht Deutsch war. Zumeist ist es so, dass man die erlernte Sprache, in diesem Fall Deutsch, wieder verliert. Das ist ein Problem im Umgang. Diesbezüglich hat sich die AWO gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden zusammengetan und ein Programm entwickelt, eine Aktion ins Leben gerufen, um auch diesen Herausforderungen zu begegnen.

2.000 Menschen mit Migrationshintergrund leiden in Schleswig-Holstein an Demenz. Insofern ist es gut, dass wir uns diesbezüglich engagieren und dass es solche Angebote gibt.

Erwähnen möchte ich ebenfalls, dass das Kompetenzzentrum Demenz auch Fortbildungen im allgemeinen Umgang mit Demenzerkrankten durchführt. Behörden, einzelne Einrichtungen, Sparkassen, das Handwerk, die Polizei werden geschult und alle müssen lernen, wie man mit Demenz umgeht. Ich kann Ihnen sagen, das kann man recht gut lernen. Man lernt auch, geduldig zu sein, weil der andere gleich wieder vergisst, was man ihm sagt. Dies sind gute Möglichkeiten, um mit dem Demenzplan und mit den Partnerinnen und Partnern, die wir dabei haben, diese Situation, die Menschen besonders herausfordert, in Schleswig-Holstein besser zu meistern.

Der Wunsch aller Beteiligten ist es, möglichst lange gesund zu bleiben. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir mit der Krankheit umgehen. Das werden wir tun, und dafür sind wir gut gerüstet. Mit

(Katja Rathje-Hoffmann)

diesem Demenzplan werden wir sicherlich gute Erfahrungen machen. Ich wünsche mir eine kontinuierliche Weiterentwicklung. - Danke schön.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich danke dem Ministerium, aber auch dem Kompetenzzentrum Demenz ganz herzlich für die Erstellung und Vorstellung des Berichts. Er kommt passend zum Welt-Alzheimerstag, zur Woche der Demenz in dieser Woche und zum Start der Nationalen Demenzstrategie, die gestern von der Bundesregierung vorgestellt worden ist.

Immer mehr Menschen werden immer älter. Das ist ein ganz besonderer sozialpolitischer und medizinischer Erfolg, auf den wir alle gemeinsam stolz sein können. Dies bringt für hochaltrige Gesellschaften wie der unseren Herausforderungen mit sich; denn mit steigendem Alter wächst die Wahrscheinlichkeit, demenziell zu erkranken.

In Schleswig-Holstein leben zurzeit 60.000 Menschen mit Demenz. Das ist schon gesagt worden. Aufgrund der Altersentwicklung wird sich diese Zahl bis zum Jahr 2050 verdoppeln. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten das Zusammenleben der Generationen mit all seinen Facetten und Herausforderungen mit Respekt und Solidarität positiv gestalten. Insoweit liegt noch richtig viel Arbeit vor uns.

Die Erkrankung wird oft noch tabuisiert. Wir hörten es eben: Auch im Familien- und Freundeskreis wird sehr lange gezögert, über diese Krankheit zu sprechen. Man schämt sich, es ist unangenehm, wenn sich die Persönlichkeitsstruktur verändert. Aber es ist durchaus hilfreich, sich im Bereich der Unterstützung und Beratung frühzeitig zu outen. Dies ist ja nichts Schlimmes. Dafür muss man sich nicht schämen. Es ist eine Erkrankung wie jede andere auch, und man kann sie behandeln, auch wenn sie nicht heilbar ist.

Wie begegnen wir Menschen mit Demenz? Welche Strukturen braucht es? Wie können wir Angehörige unterstützen? - Diesen Fragen haben wir uns in der Küstenkoalition gestellt und haben im Jahr 2013 als eines der ersten Bundesländer die Erarbeitung eines

Demenzplans auf den Weg gebracht. Die 80 Empfehlungen sollen bis zum Jahr 2022 umgesetzt werden. Davon sind 23 Empfehlungen weitgehend erfüllt, 28 zum Teil umgesetzt, 13 noch gar nicht umgesetzt, und 16 können vom Kompetenzzentrum Demenz nicht umgesetzt werden, weil sie außerhalb seines Einflussbereichs liegen. Hier muss die Landesregierung tätig werden und unterstützen.

Das Thema Demenz muss in allen Bereichen unserer Gesellschaft Beachtung finden, an der Kasse des Supermarkts, beim Frisör, bei der Feuerwehr, bei der Polizei, in Verwaltungen, in Vereinen, im Rettungswesen. Überall, an jedem Tag, im Alltag besteht die Möglichkeit, mit Demenz oder mit Symptomen der Demenz konfrontiert zu werden. Wenn die ältere Dame an der Kasse am Portemonnaie herumfummelt und nicht weiß, das Geld einzusetzen, dann dürfen wir nicht drängeln und schubsen, sondern müssen dem gelassen gegenüberstehen.

Das gilt von der Kita bis zum Seniorenclub, wobei die Kinder eigentlich ohne Probleme mit Demenz umgehen. Alle diskriminierenden und ausgrenzenden Eigenschaften werden ihnen ja erst beigebracht. Es bedarf eines guten Kontakts, eines guten Austauschs, eines gemeinsamen Lebens im Quartier, um das Verständnis für Demenz von Anfang an und rechtzeitig zu fördern. Hier leistet das Kompetenzzentrum eine hervorragende Arbeit, für die auch wir uns ganz herzlich bedanken.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Es bietet Schulungen und alle möglichen Informationen für verschiedene Zielgruppen an.

Mit dem Projekt „Reise des Vergessens“ werden aktuell Kommunen im ländlichen Raum für das Thema sensibilisiert. Wenn Sie einen ganz kleinen Eindruck gewinnen wollen, wie verunsichert sich ein demenziell Erkrankter in seiner Umwelt fühlen muss, dann empfehle ich Ihnen das begleitende Projekt „Ort der Verwirrung“: ein von der Künstlerin Cornelia Rößler umgestalteter Bus, dessen Mitfahrt wirklich erhebliche Verwirrung stiften kann. Ich habe mich bei der Auftaktveranstaltung in Nordfriesland selbst davon überzeugen beziehungsweise verwirren lassen können. Das Projekt ist wirklich sehr empfehlenswert, einmal für einen Moment nachvollziehen, was in dem Kopf eines demenziell erkrankten Menschen vorgehen muss. Das Projekt ist zurzeit im Herzogtum Lauenburg unterwegs.

Gerade vor Ort, in den Kommunen, benötigen wir bedarfsgerechte Beratungsstellen wie zum Beispiel die Pflegestützpunkte, die es jetzt überall gibt. Ich freue mich natürlich ganz besonders, dass es jetzt

(Birte Pauls)

auch in Schleswig-Flensburg einen Pflegestützpunkt gibt.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Wir benötigen Beratungsstellen, Hilfs- und Unterstützungsangebote und eine gute Integration der Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen im Quartier.

Ein weiterer wichtiger Bereich sind die Krankenhäuser. Die Versorgung findet nach der jeweiligen akuten Erkrankung statt. Die Grunderkrankung Demenz wird bei der Zuordnung oft nicht berücksichtigt. Nur 53 % unserer Häuser im Land haben ein schriftliches Konzept zum Umgang mit Demenz. Daher kommen die Herzinsuffizienten auf die Innere, Menschen mit einer Oberschenkelhalsfraktur in die Chirurgische, und die Demenz wird in der Betreuung zunächst einmal gar nicht beachtet.

Dabei sind die räumliche Veränderung, die veränderten Tagesabläufe und die Trennung von den gewohnten Menschen ein enormer zusätzlicher Belastungsfaktor für den Erkrankten. Hinlauftendenzen, Unruhe, Aggressivität sind die Folgen. Diese haben nicht nur einen negativen Einfluss auf die Behandlung der Akuterkrankung, sondern führen auf den chronisch unterbesetzten Stationen zu Stress bei den Pflegefachpersonen. Freiheitsentziehende Maßnahmen sind aus lauter Verzweiflung oftmals die Folge. Das ist menschenunwürdig, und dem wollen wir selbstverständlich entgegenwirken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Das von der Landesregierung vorgelegte Krankenhausgesetz lässt auch an dieser Stelle Lücken. Darauf kommen wir später noch zu sprechen.

Wir alle müssen lernen, gegenüber demenziell Erkrankten Verständnis und Großzügigkeit zu entwickeln, uns über merkwürdige Verhaltensweisen nicht aufzuregen, sondern sie zu akzeptieren und hinzunehmen und darum herum zu organisieren. Das ist leichter gesagt als getan.

Ein großer Dank gilt den pflegenden Angehörigen; denn die meisten Erkrankten leben zu Hause. Haben wir überhaupt eine Ahnung - Katja hat eine Ahnung -, was es bedeutet, 24/7/365 zuständig zu sein, wie weh es tut, wenn die Mutter ihre Tochter plötzlich mit „Sie“ anredet, wenn der Ehemann seine eigene Frau nicht mehr erkennt, wenn sich die Persönlichkeit des geliebten Menschen völlig verändert, wenn Aggressivität und Angst den Alltag bestimmen, weil alle irgendwie überfordert sind?

Wir haben den pflegenden Angehörigen seit März 2020 eine enorme zusätzliche Belastung auferlegt, weil alle entlastenden Angebote wie Tages- und Nachtpflege sowie andere Tagesangebote geschlossen waren. Wiedereröffnete Angebote sind extrem reduziert. Der Grund ist meist Platzmangel. Diese Familien dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, genauso wenig wie die Erkrankten, die in den stationären Einrichtungen leben und immer noch sehr wenig Besuch haben dürfen.

Die reduzierten Kontakte und das Isolieren haben erhebliche Auswirkungen auf die Menschen, denn sie sind zwar in ihrem Denken und Handeln verändert, aber sie haben Gefühle, und sie haben Sinne. Die Berührung, die Umarmung, die positiven Erlebnisse sind so immens wichtig für sie, und alles kann die Pflege bei allen Anstrengungen, die in den letzten Monaten in den Heimen geleistet worden sind, doch nicht auffangen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn der Ball wieder rollt, ist die Situation von Menschen, die in Einrichtungen leben, ihren Angehörigen und auch denen im eigenen Zuhause weiterhin sehr dramatisch, und wir dürfen sie nicht vergessen. - Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich trage hier die Rede für meine Kollegin Marret Bohn vor, die leider erkrankt ist. Auch von dieser Stelle von mir noch einmal: Gute Genesung!

(Beifall)

Demenz gehört zum Leben. Gesundheit und Krankheit, das Nachlassen von Fähigkeiten an Körper und Geist; das ist ganz normal. Aktuell leben mehr als 60.000 Menschen in Schleswig-Holstein, die an Demenz erkrankt sind. Bundesweit sind es nach Schätzungen der Alzheimer-Gesellschaft rund 1,6 Millionen. Unter den 65- bis 70-Jährigen liegt die Zahl der Betroffenen unter 3 %. Sie steigt mit dem Alter deutlich an. Bei den über 90-Jährigen ist jede und jeder Dritte betroffen. In einer älter werdenden Gesellschaft steigt die Anzahl an demenziell erkrankten Menschen. Darauf müssen wir uns einstellen, persönlich und gesellschaftlich.

(Ines Strehlau)

Demenz ist nach heutigem Stand nicht heilbar. Das Fortschreiten der Erkrankung kann nur verlangsamt werden. Aber wir können den Umgang mit Menschen lernen, die dement sind. Das ist ein Ziel der nationalen Demenzstrategie und des schleswig-holsteinischen Demenzplans.

Didi Hallervorden machte Demenz mit dem Film „Honig im Kopf“ kino- und gesellschaftsfähig. Rudi Assauer bekannte sich ganz offensiv zu seiner Alzheimererkrankung. Es hat eine positive Entwicklung in der Wahrnehmung von Demenz gegeben. Das ist gut. Aber wir brauchen auch positive Entwicklungen im alltäglichen Umgang mit Demenz. Da gibt es Nachholbedarf. In der Küstenkoalition wurde der Demenzplan für Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Die AlzheimerGesellschaft richtete eine Geschäftsstelle ein, und der Plan wurde in einem partizipativen Prozess von 2013 bis 2015 entwickelt. Rund 50 Akteurinnen und Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen haben daran mitgewirkt und 80 Empfehlungen erarbeitet.

Die Landesagentur Demenz hat die Umsetzung des Plans in Schleswig-Holstein übernommen. Das war eine riesige Herausforderung, und sie ist großartig bewältigt worden. Ich möchte mich bei allen Beteiligten für die fleißige Arbeit und die guten Ergebnisse bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Heute diskutieren wir den aktuellen Umsetzungsstand. Ich finde, die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Kommunen gehen voran. Allein in Flensburg hat die Fachstelle mehr als 50 Mitarbeitende in Verwaltung, Polizei, ÖPNV, Einzelhandel und Schülerinnen und Schüler im Umgang mit Demenz geschult.

Netzwerke spinnen: Zum 1. März dieses Jahres ging der aktualisierte Demenzwegweiser SH als Online-Datenbank ins Netz und soll bis Ende dieses Jahres vervollständigt werden.

Flächendeckende Beratung sicherstellen: Seit Mai dieses Jahres gibt es in allen Kreisen und kreisfreien Städten Pflegestützpunkte, insgesamt an 19 Standorten. Zusätzlich fördert das Land die mobile Demenzberatung im ländlichen Raum, um Lücken in schwer erreichbaren Regionen zu schließen.

Wohn- und Beratungsangebote ausbauen: Die Zahl der Demenz-WG hat weiter zugenommen. Mit KI-WA-digital ist auch die begleitende Beratung ins Netz und damit in die Fläche gegangen.

Ehrenamtliches Engagement unterstützen: Schulungen und Fortbildungen zum Thema Umgang mit Demenz werden stark nachgefragt. Das gilt für die zweistündige Demenz-Partner-Schulung ebenso wie für die 30-stündige Alltagsunterstützung. Davon brauchen wir mehr.

Neue und wichtige Themen erschließen: Sehr gut finde ich, dass auch Fragestellungen zu Migration, rechtlicher Betreuung und Fixierung ihren Platz im Bericht haben.

Wir können mit dem Umsetzungsstand des Demenzplans in Schleswig-Holstein sehr zufrieden sein. Menschen mit Demenz gehören zu unserem Alltag. Sie bewegen sich im öffentlichen Raum. Deshalb sollten wir alle wissen, wie wir angemessen und rücksichtsvoll mit ihnen umgehen. Was macht die BusfahrerIn, wenn der Fahrgast nach Schilksee möchte, die Linie aber nach Wellsee fährt? Was macht der Verkäufer, wenn die alte Dame nach einer roten Jacke sucht, aber im Schuhgeschäft steht? Wie reagiert die Polizei, wenn sich der ältere Herr weder an seinen Namen noch an seine Adresse erinnern kann?

Wir alle brauchen Informationen und Aufklärung. Wissen schadet nie. Und wir brauchen wissenschaftliche und medizinische Forschung zu Alzheimer und demenziellen Erkrankungen. Nur so können wir sie hoffentlich im Frühstadium besser erkennen, effektiver behandeln und vielleicht irgendwann einmal auch heilen. Lernen wir, mit Demenz zu leben - die Betroffenen tun dies auch. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in diesem Haus einstimmig beschlossen, hat die Landesregierung im August 2020 einen umfassenden Bericht zum Umsetzungsstand des Demenzplans für unser Land vorgelegt. Herr Minister Garg, vielen Dank für den eben gerade gehaltenen Bericht.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Für uns ist hierbei eines klar: Auch in einer Pandemie müssen wir mit besonderem Tempo und besonderer Aufmerksamkeit notwendige beschlossene

(Dennys Bornhöft)

Maßnahmen umsetzen. Sie haben das gerade eben noch einmal bekräftigt. Das ist genau der richtige Ansatz, denn insbesondere Menschen mit Demenz unterliegen seit jeher äußerst starken gesellschaftlichen Einschränkungen. Teilweise wurde die Situation der Betroffenen auch aus vermutlich falschem Schamgefühl verschwiegen oder abgetan. Ich persönlich erinnere mich noch knapp daran, dass es früher hieß: Die Uroma sei tüdelig, um die Demenz nicht offen anzusprechen.

Das Wissen um Krankheiten wie Alzheimer ist in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Ebenso gestiegen sind sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch die rechtliche. Ein Film wie „Honig im Kopf“ wäre wahrscheinlich vor 30 Jahren nicht wirklich vorstellbar gewesen. Es ist wichtig, dass das ein Kassenschlager geworden ist.

Da einige hier persönliche Beispiele vorgestellt haben: Ich denke, jeder von uns kennt Beispiele aus dem Familien- und Bekanntenkreis. Mein Großvater, bei dem ich mein ganzes Leben lang mindestens dreimal in der Woche gewesen bin, erkennt mich jetzt überwiegend nur noch als eine der wenigen männlichen Pflegekräfte mit langen Haaren. Das ist traurig, aber es ist nicht beschämend. Ich möchte noch einmal klarstellen, dass sich da zum Glück etwas in der gesellschaftlichen Akzeptanz dieses Krankheitsbildes geändert hat, und das ist eine sehr gute Sache.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es hat sich aber auch rechtlich einiges geändert. Dass eine Demenz zu einer Pflegegradeinstufung führt, ist beispielsweise noch nicht lange Usus - ich glaube erst seit 2009, das sind gerade einmal zehn Jahre.

Demenz befindet sich in der Mitte der Gesellschaft. Das verdeutlichen auch die Zahlen. Jeder Elfte in Schleswig-Holstein, der über 65 Jahre ist, ist hiervon betroffen. Wenn man dies auf die Gesamtbevölkerung herunterbricht, dann ist jeder 50. demenziell erkrankt. Deswegen ist es vollkommen richtig, dass die öffentliche Hand hierauf einen Schwerpunkt legt.

Ich bin deshalb froh, und ich schließe die Vorgängerregierung ausdrücklich mit ein, dass von den Empfehlungen des Kompetenzzentrums Demenz schon weit über die Hälfte umgesetzt wurden. Das ist wirklich gut. Das ist eine große Leistung für die Patienten und Patientinnen, aber vor allem für unser Land insgesamt.

(Beifall FDP)

Demenzranke werden nicht nur im Sinne der Beibehaltung des Status quo unterstützt, sondern es wird - wie schon in den letzten Jahren - weiterhin aktiv an der Verbesserung der Umstände gearbeitet; diese Bemühungen werden fortgesetzt.

Eine der vielen Leistungen des Kompetenzzentrums Demenz möchte ich besonders hervorheben: Nicht nur für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen, sondern auch für solche in den Bereichen Justiz, Einzelhandel, Polizei, Architektur, Musik, Museumspädagogik und, ja, auch Landwirtschaft und Pharmazie hat das Kompetenzzentrum Schulungen zu diesem Thema durchgeführt. Es ist besonders wichtig, dass wir aufgrund der weitreichenden Auswirkungen, die diese Krankheit hat, die Menschen genau dafür umfassend sensibilisieren und bestmöglich vorbereiten.

(Beifall FDP, Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Natürlich geht es an erster Stelle um die Patientinnen und Patienten selbst. Ich freue mich besonders über die Unterstützung verschiedenster Beratungsangebote, unter anderem solche rechtlicher Natur. Die Einführung einer mobilen Beratung durch das Kompetenzzentrum, um auch den Menschen im ländlichen Raum wohnortnah helfen zu können, ist eine sehr, sehr gute Sache. Das brauchen wir in unserem Flächenland Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP)

Es ist auch ein richtiger Ansatz, dass, wie im Bericht empfohlen, eine Bestandsaufnahme zum Thema Demenz in den Kommunen durchgeführt wird, um nachhaltig die entsprechenden Fakten sammeln zu können.

Zu den Krankenhäusern wurde schon etwas gesagt. Ich füge hinzu: Die Hälfte der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein verfügt bereits über ein schriftliches Konzept zur Versorgung von Menschen mit Demenz. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass auch die andere Hälfte der Kliniken in diesem Land entsprechend vorankommt. Wir können feststellen, dass das Kompetenzzentrum mit diesen Kliniken schon arbeitet und dabei ist, Leitfäden zu erarbeiten. Eine gute Sache!

(Beifall FDP)

Eines wurde noch nicht erwähnt: Der Breitbandausbau wird in diesem Bericht als wichtige Hilfe benannt. Vor diesem Hintergrund können wir sehr froh darüber sein, dass wir in Schleswig-Holstein

(Dennys Bornhöft)

mit dem Breitbandausbau so weit vorangeschritten sind.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich möchte mit Nachdruck verdeutlichen, dass es dabei nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern gleichermaßen um Bildungs- und, wie im vorliegenden Fall, um gesundheitliche Interessen geht.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU] - Heiterkeit SPD)

Obacht - auch Herr Arp! -: Breitbandausbau und Digitalisierung schaffen eine Infrastruktur für alle Lebensbereiche in diesem Land.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Die meisten haben auch das gesagt: Wir können mit dem Voranschreiten der Umsetzung des Demenzplans sowohl durch die derzeitige als auch durch die Vorgängerregierung insgesamt zufrieden sein. Die aktuelle Landesregierung gibt diesem Thema auch ressortübergreifend die angemessene Relevanz. Schließlich geht es bei diesem Thema nicht nur um Gesundheit und Soziales, sondern auch um Wohnen und Mobilität. Sprich: Das Thema strahlt in fast alle Lebensbereiche aus.

Nicht nur im Hinblick auf qualitative Verbesserungen für die Betroffenen, sondern auch in quantitativer Hinsicht - wir müssen die Demografie besonders beachten -, das heißt zahlenmäßig, stehen alle Akteure vor weiteren Herausforderungen.

Zunächst müssen wir mit der weiteren Umsetzung der Empfehlungen voranschreiten; ein paar sind noch offen. Aber auch neue Impulse und technische Möglichkeiten, die es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten geben wird, sind hier zu integrieren.

Schließen möchte ich mit einem ausdrücklichen Dank - auch im Namen der FDP-Landtagsfraktion - an die Alzheimer Gesellschaft und das Kompetenzzentrum Demenz für die geleistete Arbeit. Vielen Dank dafür!

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Wolfgang Baasch [SPD] und Birgit Herdejürgen [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für den Bericht. Er zeigt

uns, dass Demenz alle betrifft. Demenz ist zu einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit geworden. So leben unter uns zunehmend demenziell erkrankte Menschen oder solche, die als Angehörige, Freunde oder Nachbarn von der Erkrankung direkt oder indirekt betroffen sind.

Nach den aktuellen Zahlen aus dem August 2020 sind mehr als 62.000 Menschen in Schleswig-Holstein an Demenz erkrankt. Damit ist rund jeder Zehnte in der Altersklasse der Menschen ab 65 Jahren im Norden direkt von Demenz betroffen. Wie uns der Bericht zeigt, müssen wir mit einer Verdopplung der Zahl der Betroffenen bis zum Jahr 2050 rechnen.

Wie uns der Bericht ebenfalls zeigt, sind demenzerkrankte Menschen längst Teil unserer gesellschaftlichen Realität; sie bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit, Begleitung und Unterstützung. Ziel muss es sein, ein Bewusstsein für ihre Lebenssituation zu schaffen und Barrieren im Umgang mit demenzerkrankten Menschen und ihren Angehörigen zu beseitigen. Zudem müssen wir die Teilhabe der Betroffenen fördern sowie ihre Lebens-, Versorgungs- und Betreuungssituation bedürfnisgerecht und entsprechend ihren persönlichen Gewohnheiten ermöglichen, so weit es geht.

Wie uns die Halbzeitbilanz des Berichts zeigt, sind wir auf einem wirklich guten Weg; denn ein großer Teil der 80 Empfehlungen des Demenzplans für Schleswig-Holstein ist zumindest teilweise umgesetzt worden. Die Zahlen aus Schleswig-Holstein zeigen auch, dass zwei Drittel der Betroffenen über 65 Jahre Frauen sind. Der Anteil der Betroffenen an der Bevölkerung dieser Altersklasse liegt in allen Kreisen zwischen 9 und 10 %, sodass wir auch hier den Demenzplan stetig anpassen und weiterentwickeln müssen.

Ausweislich des Berichts haben sich die Alzheimer Gesellschaft und das Kompetenzzentrum Demenz als wichtige, ja wesentliche Stützen bei der Umsetzung des Demenzplans etabliert. Diese für die Gesellschaft so wichtige Arbeit erkennen wir ausdrücklich an, und wir unterstützen sie.

Wir müssen in Schleswig-Holstein erreichen, dass Menschen mit Demenz möglichst lange selbstständig bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dafür müssen sich alle Beteiligten anstrengen. Das heißt, nicht nur kommunale Einrichtungen, sondern auch Institutionen, Behörden, Banken und Vereine sind aufgefordert, an einer demenzfreundlichen Gestaltung des öffentlichen Lebens mitzuwirken. Hierzu gehört dann auch die gu-

(Claus Schaffer)

te pflegerische Versorgung von demenziell erkrankten Menschen. Erforderlich sind niedrigschwellige Angebote wie auch die demenzgerechte Gestaltung von Tagespflege- und Heimplätzen.

Unserer besonderen Aufmerksamkeit bedarf auch das familiäre Umfeld; denn die steigende Zahl Demenzerkrankter geht einher mit stetig steigendem Bedarf an Betreuung, auch und gerade im familiären Umfeld; rund 75 % der Betroffenen werden nämlich durch Angehörige in der eigenen Häuslichkeit versorgt. Vor diesem Hintergrund spielt eine gute Vereinbarkeit von Familienleben, Berufstätigkeit und Versorgung von Kindern und älteren Menschen eine entscheidende Rolle.

Um die Pflege in der eigenen Häuslichkeit so lange wie möglich aufrechterhalten zu können, ist ein flächendeckender Ausbau entsprechender Angebote alternativ zu stationären Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheimen erforderlich.

Und - meine Damen und Herren, das ist eine altbekannte Forderung -: Wir benötigen mehr Kurzzeitpflegeplätze. Auch insoweit muss das Angebot dem steigenden Bedarf Rechnung tragen.

Demenzerkrankte und deren Angehörige brauchen aber auch Entlastung im Alltag, insbesondere Hilfe im hauswirtschaftlichen Bereich oder bei der Gartenpflege im eigenen Wohnumfeld. Auch hierzu zeigt uns der Bericht, dass wir Fortschritte machen und dass es enorm wichtig ist, ehrenamtlich beziehungsweise bürgerschaftlich engagierte Helfer einzubinden. Die vom Kompetenzzentrum Demenz hierzu angebotenen Schulungen sind sehr hilfreich und nützlich; denn sie ermöglichen es den bürgerschaftlich engagierten Helfern, angemessen und einfühlsam mit den von Demenz betroffenen Menschen umzugehen und sie zu unterstützen.

Einen konkreten Vorschlag möchte ich im Hinblick auf die Krankenhausversorgung demenziell erkrankter Menschen unterbreiten; denn hierzu ist der Bericht der Landesregierung schlicht zu dünn. Er zeigt aber auf, dass auch insoweit konkreter Handlungsbedarf besteht. Ausweislich des Berichts erarbeitet das Kompetenzzentrum Demenz ein Konzept mit fünf mal fünf Kriterien für Menschen mit Demenz im Krankenhaus. Viel geschehen ist augenscheinlich noch nicht. So hat die vorbereitende Facharbeitsgruppe bisher nur zweimal getagt.

Die Situation demenzieller Patienten im Krankenhaus erfordert besondere Anstrengungen. Zusätzliches und speziell geschultes Pflegepersonal ist zur angemessenen Versorgung unabdingbar. Demenziell erkrankte Menschen benötigen eine intensivere,

eine andere Betreuung bei ihrem Krankenhausaufenthalt, oftmals eben auch eine Assistenz. Wir schlagen daher unter Einbeziehung aller Beteiligten die Einführung eines Modellprojektes „Demenz im Krankenhaus“ vor. Ziel soll es dabei sein, Konzepte für Kliniken zu erarbeiten, damit bei einem Krankenhausaufenthalt der Heil- und Behandlungsprozess bei an Demenz erkrankten Menschen optimal verlaufen kann.

(Birte Pauls [SPD]: Das kommt aber ziemlich spät!)

Tatsächlich ist bereits eine ganze Menge geschehen. Es ist viel vom Demenzplan umgesetzt worden. Wir sind auf einem guten Weg. Aber wie Vorredner schon gesagt haben: Es ist noch einiges offen, und wir werden mit weiteren Anforderungen konfrontiert werden. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Ausgerechnet der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion macht sich ohne Maske auf den Weg zum Rednerpult.

(Heiterkeit)

Ich wollte das ganze Thema gern noch einmal durch ein Beispiel bereichern, um auch Mut zu machen, wie es weiter nach vorn gehen kann.

Meine Tochter Lara hat mir von einem Praktikum berichtet, das sie im Servicehaus in Mettenhof gemacht hat. Dort haben inzwischen unter anderem auch viele an Demenz erkrankte Menschen ihr Zuhause gefunden. Dieses Servicehaus der AWO hat eine Patenschaft zum Kinderhaus Sibeliusweg und zur Grundschule am Göteborgring. Zwei Projekte sind ihr besonders ins Auge gefallen.

Das eine Projekt ist das Vorlesen vor Kindern, das ältere Menschen kennen als „Opa liest vor, wunderbar.“ In den Gesprächen, die sie verfolgt hat, hat sie mitbekommen, wie ein junges Mädchen aus dem Kindergarten zu einer älteren Dame sagte: „Ja, meine Oma ist auch tüdelig.“ Dieser Austausch mündete in einer intensiven Arbeit, zum Beispiel „Meine Kinderlieder - Deine Kinderlieder - gemeinsames Singen von Menschen über Generationen hinweg“.

(Bernd Heinemann)

Diese Beispiele, also die Kooperation mit Schulen, mit Kindergärten, da muss es im Grunde anfangen. Im Kindergarten müssen die Kinder lernen, was es bedeutet, wenn sich erwachsene Menschen anders verhalten als nach dem bekannten Schema.

Diese Erfahrung war für meine Tochter - das hat auch mich überzeugt - sehr überzeugend. Ich würde mir wünschen, dass viele Senioreneinrichtungen Patenschaften zu Kindergärten und zu Schulen eingehen und Kinder daraus lernen. Das hat uns „Honig im Kopf“ gezeigt; Emma Schweiger war einfach göttlich. Sie hat unbedarft und fröhlich den Opa so angenommen, wie er ist. Das können Kinder. Deshalb wünsche ich mir mehr Kinderpatenschaften mit Demenzkranken. - Danke schön.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ein Antrag ist nicht gestellt worden? - Das ist so. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Containern legalisieren

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2386

Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2446

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, zwei Verfassungsbeschwerden zum sogenannten Containern nicht anzunehmen, wurde quasi entschieden, dass die Entnahme von Lebensmitteln aus dem Müll prinzipiell als strafbar zu erachten ist. So geht unter anderem aus der Begründung hervor - ich zitiere -:

„Der Gesetzgeber darf das zivilrechtliche Eigentum grundsätzlich auch an wirtschaftlich wertlosen Sachen strafrechtlich schützen.“

Damit wurde klargestellt, dass die Fachgerichte auf Grundlage des bestehenden Rechts geurteilt haben.

Aus der Begründung geht aber auch hervor, dass der Gesetzgeber im Hinblick auf andere Grundrechte und Staatszielbestimmungen auch eine alternative Regelung hinsichtlich des Umgangs mit entsorgten Lebensmitteln treffen kann. Genau darin sehen wir den Auftrag an die Politik.

Es ist Sache des Gesetzgebers, zu entscheiden, ob alles beim Alten bleibt und das Containern weiterhin als Straftat geahndet wird, oder wir schaffen rechtliche Lösungen, die das Containern erlauben und die Eigentümer der weggeworfenen Lebensmittel vor etwaigen Haftungsrisiken ausschließen.

(Beifall SSW)

Hier sage ich ganz deutlich: Wir brauchen neue Regeln.

Das Containern ist überwiegend entstanden, um Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten. Dabei handelt es sich um Lebensmittel, die im Wesentlichen zum Verzehr geeignet sind und auch kein gesundheitliches Risiko darstellen.

Die Vernichtung von Lebensmitteln ist zu einem Problem geworden, ob es im privaten Bereich ist oder auch im Einzelhandel. Laut der Universität Stuttgart wird davon ausgegangen, dass deutschlandweit rund 13 Millionen t Lebensmittel der Vernichtung zugeführt werden. Die Umweltschutzorganisation WWF schätzt die Zahl noch höher ein. Demnach landen rund 18 Millionen t Lebensmittel auf dem Müll. Diese Art der Verschwendung ist Wahnsinn und gehört abgeschafft.

Die Lebensmittelrettung, die in der Regel unorganisiert vonstattengeht, ist eine Reaktion auf die Verschwendung von Nahrungsmitteln. Der Überfluss an Lebensmitteln und das daraus resultierende Vernichten ist eine Entwicklung, die so niemand will.

Wir stellen auf der anderen Seite aber auch fest, dass der politische Wille fehlt, etwas daran zu ändern. Denn wir wissen, dass der Vorstoß Hamburgs, das Containern zu legalisieren, im Bundesrat gescheitert ist. Das ist der Moment, in dem Politik sich ad absurdum führt. Auf der einen Seite gibt es das Beklagen einer verschwenderischen Entwicklung, auf der anderen Seite wird aber nicht der Mut aufgebracht, das Problem anzugehen und zu lösen.

Das Problem der Lebensmittelverschwendung ist vielfältig und daher von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Es fängt beim Erzeuger an, wenn keine ausreichenden Lager-, Transport- und Verarbei-

(Christian Dirschauer)

tungskapazitäten vorhanden sind. Es geht weiter beim Einzelhandel, der tagtäglich und während der gesamten Öffnungszeit volle Regale vorhält.

Klassisches Beispiel sind die Brot- und Brötchenregale, die von Backketten immer wieder aufgefüllt werden, angeblich, weil der Kunde am Samstagabend auch noch frische Brötchen haben will.

Aber auch der Verbraucher ist von der Lebensmittelverschwendung nicht freizusprechen, der durch sein Kaufverhalten bunkert und hortet, bis es nicht mehr geht.

Wohlwissend sind alle in der Verantwortung. Und entsprechend wird gegenseitig auf den jeweils anderen gezeigt. Daher brauchen wir Strategien und Regeln, die der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken. Wir als SSW sehen in erster Linie Erzeuger, Lebensmittelindustrie und den Handel in der Pflicht; denn dort fängt das Problem an.

So sind beispielsweise große Supermärkte in Frankreich verpflichtet, mit Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten, anstatt die Lebensmittel wegzuworfen. Italien plant ein vergleichbares Gesetz. In Tschechien ist es generell verboten, Lebensmittel wegzuworfen. Andere Länder machen es vor, und hier bei uns wird vor Gericht gestritten, wem die Lebensmittel im Müll gehören.

Daher brauchen wir als ersten Schritt rechtliche Rahmenbedingungen, die die Lebensmittelrettung ermöglichen. Wer für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und gegen die Vernichtung von Lebensmitteln ist, der stimmt unserem Antrag zu. Zumindest erwarte ich für heute eine Ausschussüberweisung, damit sich die Fachsprecher vertiefend mit dem Thema befassen können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer das Landeshaus betritt, kommt seit heute an der Erntekrone vorbei. Die Mitglieder der Landjugend haben sie gestern gebracht und lenken unseren Blick einmal mehr auf den langen Weg von der Aussaat bis zur Ernte und auf die Wertschätzung für unser täglich Brot. Erntedank und der Umgang mit Lebensmitteln gehören untrennbar zusammen. Aber wer von uns erntet noch?

Der Corona-Lockdown hat uns für eine gute Vorratshaltung sensibilisiert und so manches Hochbeet hervorgebracht. Es bleibt zu wünschen, dass damit in unseren Haushalten eine größere Wertschätzung unseren Lebensmitteln entgegengebracht wird.

Im Lebensmittelhandel sind die Regale rund um die Uhr gut gefüllt. Und auch hier hat Corona nur kleine Momente des Schreckens ausgelöst, bis wieder deutlich wurde: Unsere Ernährung ist mehr als gesichert.

Leider haben wir uns mit zunehmendem Wohlstand zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt. Und achtlos konsumieren wir. Das gilt auch für Lebensmittel. Der Blick auf unser Verteilungsproblem und den Hunger in der Welt ist vielen inzwischen verloren gegangen. Das kann so nicht bleiben.

Gerade beteiligt sich Schleswig-Holstein an den bundesweiten Aktionswochen gegen die Lebensmittelverschwendung. Und auch hier im Landtag gehört das Thema alljährlich auf die Tagesordnung. Das ist gut so.

Trotz aller Appelle landen in Deutschland jährlich fast 13 Millionen t Essen im Müll. Das hat eine repräsentative Studie im Auftrag des Bundesernährungsministeriums aus dem vergangenen Jahr ergeben. Umgerechnet wirft jeder Bundesbürger im Schnitt 75 kg Lebensmittel pro Jahr weg. Mehr als die Hälfte der vermeidbar weggeworfenen Lebensmittel werden von Privathaushalten entsorgt. Diese hohen Zahlen haben dazu geführt, dass sich Deutschland im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dazu bekannt hat, die Lebensmittelverschwendung um 50 % zu reduzieren.

Wir brauchen dringend geeignete Konzepte, um nicht verkaufte Lebensmittel möglichst unkompliziert und unbürokratisch an Dritte abzugeben. Das fordern wir in unserem Antrag.

Tafelkonzepte gibt es schon. Sie sind aber dann ausbaufähig, wenn bürokratische Hürden durch vereinfachte Lieferscheinverfahren abgebaut werden. Bei Lebensmittelspenden und bei Initiativen, die sich um die Weitergabe an Bedürftige kümmern, sind Haftungsfragen im Hinblick auf die Lebensmittelsicherheit zu klären.

Auch die Lebensmittelhändler brauchen Anreize für die Weitergabe von nicht verkauften Lebensmitteln und dafür geeignete und verlässliche Partner. Nur so wird verhindert, dass überschüssige Lebensmittel im Müllcontainer landen.

(Anette Röttger)

Aber ich sage auch ganz deutlich. Wir haben bei uns sehr hohe Standards für die Lebensmittelsicherheit und die Produktqualität. Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist ein hohes Gut. Das soll so bleiben und darf bei allen Bestrebungen um die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung nicht verloren gehen.

Daher haben wir auch eine klare Haltung gegenüber der mit dem SSW-Antrag geforderten Bundesratsinitiative, das Einsammeln weggeworfener Lebensmittel aus Abfallcontainern straffrei zu stellen. Wir lehnen das Containern klar ab und sehen darin weder einen richtigen Ansatz, um der Lebensmittelverschwendung wirksam zu begegnen, noch einen juristischen Handlungsbedarf. Es ist bereits alles geregelt.

Mit Blick auf die hohe Lebensmittelverschwendung in den Privathaushalten brauchen wir ebenfalls geeignete Antworten. Während es für unsere Eltern und Großeltern ein klares, wenn auch ungeschriebenes Gesetz gab, das hieß: „Mit Essen spielt man nicht, und Essen gehört nicht in den Müll“, ist heute Verbraucherbildung erforderlich. In einer Zeit des Wohlstands brauchen wir eine Strategie, um der Lebensmittelverschwendung wirksam zu begegnen.

Bewusstes Einkaufen kann man lernen, man muss es aber auch wollen und umsetzen. Erst wenn sich aus der Aufklärung eine Verhaltensänderung entwickelt hat, hat die Verbraucherbildung ihr Ziel erreicht, und davon sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP und Volker Schnurrbusch [AfD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Für diesen Antrag danke ich dem SSW ausdrücklich, denn damit ist sichergestellt, dass wir auch in diesem Jahr im Schleswig-Holsteinischen Landtag über Lebensmittelverschwendung diskutieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

Der Zeitpunkt ist besonders glücklich, denn vom 22. bis 29. September 2020 läuft die bundesweite Aktionswoche „Deutschland rettet Lebensmittel!“ vom Bündnis „Zu gut für die Tonne“; das ist das

Bündnis, das vom Bundesministerium, von Julia Klöckner, unterstützt wird.

(Zurufe SPD: Oh, Oh!)

Containern legalisieren, Sie erinnern sich gewiss, darüber haben wir bereits im Juni letzten Jahres diskutiert. Wir haben damals den Antrag gestellt, endlich rechtliche Rahmenbedingungen für das Containern zu schaffen. Dazu konnte sich Jamaika nicht durchringen und hat lediglich einen Prüfauftrag beschlossen. Genauso machen Sie es heute, Ihr Alternativantrag ist wieder ein Prüfauftrag.

Frau Röttger, das hat mich gerade über die Maßen erstaunt, Sie haben von „wir“ gesprochen, wir, Jamaika, sind gegen Containern. - Wie ist es dann zu erklären, dass es ein grüner Justizminister aus Hamburg war, der im letzten Jahr die überaus kluge Initiative gestartet hat, endlich rechtliche Rahmenbedingungen für das Containern zu schaffen? Nun denn, so ist es.

Das Bundesverfassungsgericht - der Kollege des SSW hat es ausgeführt - hat die Politiker, die Gesetzgeber, ausdrücklich aufgefordert, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Niemand im Bundesverfassungsgericht hat gesagt, dass Containern nicht okay ist, sondern sie haben nur gesagt: Es braucht einen rechtlichen Rahmen. Darum geht es heute. Lieber SSW, Ihr Antrag ist die folgerichtige Aufforderung an die Landesregierung, endlich für eine Bundesratsinitiative einzustehen.

(Beifall SPD und SSW)

Das dürfte für den Minister - ich bedaure sehr, dass der zuständige Umwelt- und Landwirtschaftsminister heute nicht da ist - kein Problem sein. Denn im Juni 2019 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag aufgefordert zu prüfen, ob das geltende Recht einer Anpassung bedarf, um die kollidierenden Interessen von Nachhaltigkeit und Eigentumsschutz bei weggeworfenen, noch verzehrtauglichen Lebensmitteln in einen angemessenen Ausgleich zu bringen. Das ist ein Jahr her. Ich rechne damit, dass es gleich den Vorschlag und die Lösung gibt.

(Zuruf SPD: Bestimmt!)

Wieder ist nichts passiert. Wenn wir gerade bei dem Thema „nichts passiert“ sind, können wir auch noch einmal in den Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2018 gucken. Auch hier hat das Parlament über Lebensmittelverschwendung diskutiert, auch da haben wir einen richtig guten Antrag gehabt, bis der windelweiche Jamaika-Antrag kam. Sie haben von diesem Umweltminister eine ressortübergreifende

(Kirsten Eickhoff-Weber)

Strategie gegen Lebensmittelverschwendung gefordert. Das ist zwei Jahre her. Wo ist die Strategie?

(Beifall SPD und SSW)

Sie tun immer noch so, als hätten wir das Thema zum ersten Mal auf dem Tisch.

Jetzt wird es richtig spannend. In einer Pressemitteilung vom 21. September 2020 wird der Umweltminister zitiert:

„Für mich ist und bleibt das Thema Lebensmittelwertschätzung eine Herzensangelegenheit.“

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Aha. Was macht die interessierte Abgeordnete? Die schaut auf der Homepage des MELUND nach. Und was habe ich gefunden? Das war vom 19. Oktober 2017. Sorry, nach Herzensangelegenheit sieht das nicht aus.

(Beifall SPD und SSW)

Wir als SPD haben uns klar positioniert: Für uns sind Lebensmittel eine Herzensangelegenheit. Wenn wir uns die Zahlen der Verschwendung genau anschauen, ob in der Urproduktion, in der Verarbeitung, im Handel, in der Gastronomie oder in privaten Haushalten, ist das vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Ernährungsgerechtigkeit nur schwer zu ertragen. Wir alle aasen mit den Lebensmitteln, als gäbe es kein Morgen.

Meine große Bitte ist: Lassen Sie uns die Anträge endlich in den Ausschuss überweisen. Sie haben das 2018 verweigert, Sie haben das 2019 verweigert. Liebe Kollegen von Jamaika, es ist parlamentarisch doch richtig, den Antrag jetzt an den Agrar- und Umweltausschuss zu überweisen. Da müssen wir über das Thema reden. Alleine wird der Minister die Lebensmittelverschwendung in Schleswig-Holstein nicht aufhalten.

Bitte lassen Sie mich noch einmal all denen danken, die sich über all die Jahre engagieren, den Landfrauen, der Milcherzeugervereinigung, der Verbraucherzentrale, ZuTat aus Kiel, allen Lehrenden und Lernenden in Schulen und Kitas im ganzen Land. Sie wollen wir in ihrem Engagement unterstützen, ihre Arbeit honorieren. Dafür ist der Ausschuss genau der richtige Ort. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, bei so viel Dank habe ich die Redezeit nicht ganz im Blick gehabt. Das ist auch

in Ordnung so. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, die zusätzliche Zeit steht auch mir zu. - Legalisieren oder nicht legalisieren, das ist hier heute die Frage. Juristinnen und Juristen lieben es, ihre gelegentlich etwas spitzfindigen Überlegungen anhand von konstruierten Beispielsfällen zu erklären. Also los!

Fall A: Der Geschäftsführer Herr D des Frischemarkts E in M - wahrscheinlich Mölln - beobachtet über eine Videoanlage, wie sich ein dem Anschein nach Obdachloser am unverschlossenen Abfallcontainer des Ladens zu schaffen macht und ihm ein verpacktes Brot entnimmt, das vom Frischemarkt entsorgt wurde, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum am vorherigen Tag abgelaufen war. Der Container steht frei zugänglich am Rande des Kundenparkplatzes.

(Zuruf Dennys Bornhöft [FDP])

Jetzt Fall B: Derselbe Herr D bekam von einem Lieferanten die Aufforderung, mit Glassplittern verunreinigte Wurstwaren einer gekennzeichneten Charge sofort aus dem Angebot zu entfernen und sicher zu entsorgen. Er lässt daher an der Klappe des Abfallcontainers bis zum Zeitpunkt der Entsorgung ein Fahrradschloss anbringen. Am nächsten Morgen stellt er fest, dass das Schloss aufgebrochen ist und unter anderem auch die verunreinigte Wurst verschwunden ist. Später melden sich im örtlichen Krankenhaus Personen mit Schnittverletzungen im Verdauungstrakt.

So weit geht die Spannweite möglicher Fälle des Containers. Spontan würde wahrscheinlich der größte Teil der Anwesenden zu dem Ergebnis kommen, dass im Fall A kein strafwürdiges Unrecht vorliegt. Im Fall B sähe es dagegen völlig anders aus.

Das steht auch im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zur Frage des Übermaßverbotes bei der Schaffung von Strafnormen: Der Gesetzgeber darf nur ein solches Verhalten mit dem scharfen Schwert des Strafrechts verfolgen, das über das Verbotensein hinaus in besonderer Weise sozialschädlich, für das geordnete Zusammenleben unerträglich ist und dessen Verhinderung deswegen besonders dringlich ist. Kurz gesagt: Der Gesetzgeber darf beim Strafrecht nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen.

(Burkhard Peters)

Juristisch versteckt sich die Problematik im Zusammenspiel der Tatbestandsvoraussetzungen zweier Normen zum einen im Diebstahlsparagrafen § 242 StGB, zum anderen in § 959 BGB, wo es um die Aufgabe des Eigentums, die sogenannte Dereliktion, geht. Diebstahl liegt nur vor, wenn die weggenommene Sache fremd ist. Fremd ist eine Sache aber dann nicht, wenn sie nach § 959 BGB herrenlos ist. Herrenlos ist die Sache dann, wenn der Besitz in der Absicht aufgegeben wird, auf das Eigentum zu verzichten.

(Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Meine Damen und Herren, legen wir diese Maßstäbe an die Fälle A und B an, wird deutlich, dass besagter Herr D im ersten Fall das Eigentum an dem abgelaufenen Brot offenkundig aufgeben wollte. Es landete nach seinem Willen in einem unverschlossenen Müllcontainer, der an einer für jeden und jede zugänglichen Stelle stand. Ob es ein anderer entnimmt und seinen Hunger daran stillt, ist ihm egal, zumal das Haltbarkeitsdatum gerade erst abgelaufen ist.

Im Fall B sieht das völlig anders aus: Herr D sieht sich verantwortlich für die sichere Übergabe der kontaminierten Wurst an den lizenzierten Entsorger und bringt dies mit der Anbringung eines Fahrradschlosses an der Klappe des Containers zum Ausdruck.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie während Ihrer juristischen Vorlesung eine kleine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

(Heiterkeit)

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne!

(Dennys Bornhöft [FDP]: Der hat die Wurst gegessen!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also, ich kann garantieren, dass ich die Wurst nicht gegessen habe. - Werter Herr Kollege Peters, man müsste Ihnen eigentlich noch ein, zwei Stunden Zeit geben, um - vielleicht oben im Schleswig-Holstein-Saal - die juristischen Ausführungen zum Containern weiterzuführen.

- Nee, das geht schneller!

- Ich frage mich bloß, wo Sie da am Ende hinwollen, und ob Sie diesen Vortrag auch

Ihrem Landesvorsitzenden, Steffen Regis, gehalten haben, bevor er am 6. Juni 2019 - also in dieser Legislaturperiode - öffentlich die Justizminister dafür kritisiert hat, dass sie das Containern nicht legalisieren wollen. Er wollte das Containern grundsätzlich legalisieren. Ich vermisse bei den Ausführungen des Landesvorsitzenden allerdings die Spitzfindigkeiten. Ich glaube, er hat gefordert, es generell zu legalisieren.

- Nein, - -

- Jetzt kommt die Frage, Kollege Peters! Ich würde gern einmal wissen: Stimmen Sie mit der Pressemitteilung Ihres Landesvorsitzenden überein, oder hat da die grüne Landtagsfraktion eine andere Auffassung als der grüne Landesvorsitzende?

- Herbert Wehner pflegte zu sagen: An guten Tagen stimme ich zu 50 % mit den Aussagen meiner Partei überein.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Peters, entschuldigen Sie - -

(Anhaltende Heiterkeit)

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung oder Zwischenfrage des Kollegen Dr. Dolgner?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sagen Sie mir bitte, ob für Sie heute ein guter Tag - 50 % - ist, ein sehr guter Tag - 75 % - oder ein hervorragender Tag - 100 %.

- Ja, Steffen Regis ist kein Jurist und ist deswegen nicht so spitzfindig. Warten Sie doch einfach ab, was ich gleich erzählen werde. Vielleicht kommt dabei etwas heraus - -

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW - Zuruf Lars Harms [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe das nun so verstanden, dass Sie mit Ihrer eigentlichen Vorlesung fortfahren?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

So ist es.

(Burkhard Peters)

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich komme auf die beiden Ausgangsfälle zurück.

(Heiterkeit)

Ich könnte noch stundenlang weitermachen, denn es lassen sich diverse Abwandlungen konstruieren. Aber Sie zeigen, dass es allgemein abstrakte, rechtlich saubere und angemessene Regelungen des Phänomens Containers nach meiner Überzeugung so nicht geben kann.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Aber sehr große Nebelkerzen!)

Ich habe daher einen anderen Vorschlag: Wir könnten das Justizministerium bitten, über den Generalstaatsanwalt in Schleswig eine allgemeine Weisung an die Staatsanwaltschaften herauszugeben, in der beschrieben werden könnte, in welchen Fällen des Containers von einer Strafverfolgung abzusehen ist, in welchen Fällen Einstellungsmöglichkeiten nach den Opportunitätsregelungen der Strafprozessordnung - §§ 153 ff. StPO - genutzt werden sollen, und in welchen Fällen in der Regel unbedingt eine Anklage erfolgen soll. Wir kennen das - § 31 a BtMG, geringfügige Menge -: eine Generalweisung.

(Zurufe)

Das hätte auch den Charme, dass wir das hier im Land regeln können, ohne uns in einer aussichtslosen Bundesratsinitiative zu verzetteln.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Diesen Vorschlag würde ich sehr gern im Innen- und Rechtsausschuss diskutieren. Das entspricht auch der geltenden Beschlusslage des Landtages. Wir haben im Juni 2019 mit Jamaika beschlossen:

„Geprüft werden soll ebenfalls, ob das geltende Strafrecht oder das Strafverfahrensrecht einer Anpassung bedarf, um die kollidierenden Interessen von Nachhaltigkeit und Eigentumsschutz im Falle der Inbesitznahme von weggeworfenen, noch verzehrtauglichen Lebensmitteln in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.“

Das können wir dort versuchen - dann mal los! - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, SSW und Özlem Ünsal [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns den Antrag des SSW ja doch noch einmal genau angucken. Viele Ausführungen kann ich durchaus unterschreiben und bin da auf Ihrer Linie. Sie fordern aber die Legalisierung des Containers, und das ist ein Eingriff in unsere Rechtsordnung, bei der man etwas genauer hingucken muss, was ja durch den Kollegen Peters begonnen wurde.

(Heiterkeit Dr. Kai Dolgner [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Eines wird aber deutlich: Ihr Hauptziel ist es, die Lebensmittelverschwendung in Deutschland zurückzufahren und zu bekämpfen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das hat aber mit Strafrecht in erster Linie nichts zu tun, und das ist auch das große Problem Ihres Antrages,

(Vereinzelter Beifall CDU)

weil Sie hier zwei Dinge miteinander vermischen, die nicht zusammengehören. Das ist wie Milch und Zitronensaft, das ergibt flockige Milch, und die ist ungenießbar.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Das ist manchmal auch gute Salatsoße! - Heiterkeit - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Können Sie denn Milchshakes machen?)

Wir sind uns mit dem SSW durchaus einig, dass die Lebensmittelverschwendung in unserem Land ein nicht mehr akzeptables Ausmaß angenommen hat, das wir guten Gewissens nicht mehr hinnehmen können. Schätzungen zufolge werden in der EU 20 % der Lebensmittel weggeworfen. Das sind unfassbare Berge beziehungsweise Mengen. Es bedarf Strategien, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

(Beifall FDP)

Dabei ist es sicherlich sinnvoll, wenn wir auf Erfahrungen zurückzugreifen, die in anderen europäischen Ländern mit anderen Lösungsansätzen als der Legalisierung des Containers gemacht wurden. Deshalb wollen wir - das haben wir auch in unserem Alternativantrag zum Ausdruck gebracht - prüfen, ob Lösungsansätze, wie wir sie aus Frankreich, Tschechien oder Italien kennen, auch in Deutschland funktionieren, um beim Einzelhandel ein Bewusstsein zu schärfen, künftig sorgsamer mit Lebensmitteln umzugehen.

(Jan Marcus Rossa)

Mir als Freiem Demokraten ist es natürlich am allerliebsten, wenn wir am Ende den liberalsten Lösungsansatz wählen, der momentan in Italien vorliegt, wo man versucht, mit gesetzlich geregelten steuerlichen Anreizen die Verschwendung von Lebensmitteln einzudämmen, indem man Spenden steuerlich begünstigt.

(Beifall FDP)

Der vom SSW vorgeschlagene Weg ist allerdings unseres Erachtens der falsche Weg. Das Legalisieren des Containerns ist zum einen kein effektives Instrument, um Lebensmittelverschwendung in großem Ausmaß in unserem Lande entgegenzuwirken. Zum anderen ist es ein nur schwer zu rechtfertigender Eingriff in unsere Eigentumsordnung, denn es gibt mildere Mittel, um hier zu einer Lösung zu kommen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Lieber Kollege Harms, lieber Kollege Dirschauer, es ist ja richtig, dass das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass es grundsätzlich Sache des Gesetzgebers ist, den Bereich des strafbaren Handelns verbindlich festzulegen. Ihre Schlussfolgerung aber, dass hier eine schnelle Gesetzesänderung beschlossen werden könne, teile ich nicht. Die Legalisierung des Containerns wäre ohne Frage ein Eingriff in das Grundrecht des Eigentums und würde im Ergebnis wie eine Enteignung wirken, da das Eigentum in Teilbereichen nicht mehr durch das Strafrecht geschützt wäre. Jeder Grundrechtseingriff aber bedarf einer besonderen Rechtfertigung, und der Eingriff muss stets verhältnismäßig sein. Das gilt eben auch für Gesetze. Daran ändert auch die Sozialbindung des Eigentums nichts.

Da der Gesetzgeber an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden ist, müssen wir diese Grundprinzipien des Verfassungsrechts eben auch bei Gesetzesänderungen beachten. Es ist aus den eingangs dargelegten Gründen schon fraglich, ob die Legalisierung des Containerns überhaupt geeignet ist, der Lebensmittelverschwendung effektiv entgegenzuwirken.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Denny Bornhöft [FDP] und Kay Richert [FDP])

Entscheidender aber ist, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen offenkundig nicht das mildeste Mittel sind, um ein durchaus legitimes Ziel zu verfolgen. Genau hier liegt das verfassungsrechtliche Problem Ihres Lösungsansatzes. Das italienische Modell verfolgt einen deutlich sinnvolleren Ansatz und ist mit Sicherheit ein milderes Mittel,

um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen und zurückzufahren. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam prüfen, ob die Lösungsansätze anderer EU-Länder nicht wirkungsvoller und vor allem weniger grundrechtsintensiv sind. Je weniger der Staat in die Grundrechte eingreift, desto besser. Und bei geringen Eingriffen haben Sie die Freien Demokraten auf Ihrer Seite.

Nun noch eine Anmerkung zum Schluss an den geschätzten Kollegen Lars Harms. Was mich ja wundert, ist, dass Sie überhaupt nicht auf das Modell Dänemarks eingehen. Dänemark hat in der Tat das liberalste Modell, um die Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Da zählt nämlich ausschließlich Bürgerengagement, und Dänemark ist Spitzenreiter im Zurückdrängen der Lebensmittelverschwendung ohne Zwangsmaßnahmen und ohne Eingriffe in Eigentumsrechte.

(Beifall FDP und CDU)

Ich glaube, das sollten wir uns auch angucken. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden in der Tat im Grunde über Lebensmittelverschwendung in Deutschland, ein wirklich beschämendes Thema und eines, welches wir hier im Hause schon mehrfach diskutiert haben. Denn dies ist bereits der fünfte Antrag in dieser Legislaturperiode, der sich mit dem Thema der Lebensmittelverschwendung befasst. Am Ende dieser Themenkette gibt es nun Menschen, die in den Müllbehältern von Supermärkten nach verwertbaren Lebensmitteln suchen, die sie dann für sich verbrauchen oder auch anderen Menschen zur Verfügung stellen. Bei diesem sogenannten Containern kann der Straftatbestand des Diebstahls - zumeist des Diebstahls geringwertiger Sachen -, des schweren Diebstahls und nicht selten auch des Hausfriedensbruchs oder der Sachbeschädigung begleitend erfüllt sein.

Der SSW beabsichtigt nun, von einer Strafe dann abzusehen, wenn jemand aus einem Abfallbehälter zum Beispiel abgelaufene Konserven oder einen überreifen Apfel herausholt, der zuvor durch einen

(Claus Schaffer)

Lebensmittelhändler entsorgt wurde. Das Wegwerfen von noch verzehrfähigen Lebensmitteln ist ein großes Problem, das gelöst werden muss, das steht völlig außer Frage. Die Legalisierung des sogenannten Containers kann hier nicht das Problem lösen. Warum soll der Griff in den Abfallbehälter straflos sein? Weil es eine gute Tat ist, gegen Ressourcenverschwendung vorzugehen? Weil es sich um vermeintlich wertlosen Abfall handelt?

Die Antwort - das hörten wir bereits - hierauf ist komplexer, als man zunächst annimmt: Im Strafgesetzbuch wird nicht zwischen wertlosem und wertvollem Diebesgut unterschieden. In einem Urteil von 1911 hieß es einmal: Die Wertlosigkeit einer Sache als solchen gewährt Dritten nicht das Recht zur Wegnahme. Eigentum bleibt Eigentum. - Es hängt also ganz allein vom Willen des Eigentümers ab, ob er abgelaufene Sachen wegwerfen will oder Dritten freiwillig zur Verfügung stellt. Wenn der Eigentümer seine Nahrungsmittel bewusst einer Beseitigung durch den Abfallentsorger zuführen will, um eventuelle Haftungsrisiken durch den Verzehr von verdorbenen oder gar gefährlichen Lebensmitteln auszuschließen, so muss die Rechtsordnung dies akzeptieren. Das Eigentum der Lebensmittelhändler pauschal aus dem strafrechtlichen Schutz herauszunehmen, stünde im Widerspruch zur zivilrechtlich geregelten Zuordnung des Eigentums.

Tatsächlich geht es hier auch im Detail um die juristische Bewertung des Eigentumübergangs oder der Eigentumsaufgabe. Auch das ist kürzlich höchststrichterlich entschieden worden. Im Übrigen bieten die Vorschriften des Strafrechts und des Strafprozessrechts Instrumente, dem persönlichen Unrechts- und Schuldgehalt von solchen Bagatelldiebstählen im konkreten Fall Rechnung zu tragen. Größtenteils werden diese Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt. Harte Strafen sucht man in diesem Deliktfeld vergebens.

Die Justizministerkonferenz hat im Juni 2019 in Travemünde eine Legalisierung des Containers abgelehnt. Stattdessen hat man sich für eine freiwillige Abgabe von Lebensmitteln durch den Einzelhandel ausgesprochen. Auch die Bundesregierung sieht keinen Bedarf einer gesetzlichen Regelung zum Wegwerfen noch genießbarer Lebensmittel. Zu einer kleinen Anfrage „Lebensmittelverschwendung verhindern“ wurde mit Blick auf Frankreich erläutert - ich zitiere hier mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Anders als in Frankreich ist es in Deutschland seit vielen Jahren selbstverständlich, dass zahlreiche Supermärkte unverkaufte und

noch genießbare Lebensmittel auf freiwilliger Basis an ‚Die Tafeln‘ oder andere soziale Einrichtungen abgeben.“

Dass das noch immer nicht wirksam genug ist, darüber haben wir hier schon genug gehört, und das unterstreiche ich ganz klar.

Der Antrag des SSW allerdings setzt hier am falschen Ende dieser Themenkette an. Eine Bekämpfung der Ursachen bringt mehr als eine Bekämpfung der Symptome. Herr Dirschauer, in Ihrem Redebeitrag haben Sie dann tatsächlich doch vorn angesetzt und nicht das gesagt, was Ihr Antrag eigentlich beinhaltet. Deswegen kann ich Ihrer Rede eher folgen als Ihrem Antrag.

Da hier im Haus stets gern nach Lösungsvorschlägen gefragt wird, verweise ich auf die Ausführungen des Abgeordneten Schnurrbusch vom 21. Juni 2019 anlässlich der Landtagsdebatte, denn hier wurden konkrete Vorschläge zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten aufgezeigt: Verbraucher und Transporteure müssen endlich für diese Problematik sensibilisiert werden. Auch das hörten wir schon. Die regionale Vermarktung sowie die Direktvermarktung durch die Landwirtschaft müssen gestärkt werden.

Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist ein ethisches Problem und führt zu Verschwendung von Ressourcen. Denn mit jedem entsorgten Lebensmittel ist auch ein nutzloser Verbrauch an Wasser, Ackerboden, Energie und auch anderen Rohstoffen verbunden. Den Antrag des SSW lehnen wir in der Sache ab, nicht nur, weil er aus unserer Sicht am falschen Ende ansetzt, sondern weil ein entsprechender Antrag bereits am 11. April 2019 in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Laut Plenarprotokoll vom 17. September 2019 erfolgte eine Überweisung in die Ausschüsse für Recht und Verbraucherschutz sowie Ernährung und Landwirtschaft. Das Ding läuft bereits im Bundestag.

Der Antrag des SSW hat damit tatsächlich auch ein bisschen was mit der Verschwendung von Lebensmitteln gemein: Er ist in dieser Form überflüssig. In der Sache sollten wir uns aber die Mühe machen, im Ausschuss ausführlich darüber zu reden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mehrere Dinge ansprechen. Das erste ist: Uns geht es nicht nur um Lebensmittelverschwendung - natürlich geht es uns auch darum -, aber unser Antrag hat selbstverständlich auch eine soziale Komponente, nämlich dass wir Menschen haben, die - egal aus welchen Gründen - nicht genügend zu essen haben und einfach genötigt sind, zu containern oder sich Waren irgendwo, zum Beispiel bei Tafeln, zu besorgen. Dieses soll auch ein kleiner Beitrag dazu sein, die Situation dieser Menschen ein bisschen zu erleichtern. Das ist uns ganz wichtig, auch in der Bewertung des Antrages.

(Beifall SSW und SPD)

Der Kollege Rossa hat gerade eben noch einmal gefragt: Warum denn nicht so wie in Dänemark? Das sind die Weltmeister im Lebensmitteleinsparen.

(Jan Marcus Rossa [FDP]: Europameister!)

- Meinetwegen auch Europameister. Ich kann Ihnen sagen, warum.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Weil wir eine gnadenlose Furcht davor haben, von der FDP einen auf den Deckel zu kriegen für Regelungen, die per Gesetz geschaffen werden.

In Dänemark ist es so, dass man auch Kleinstpackungen kaufen kann. Das spart auch etwas. Hier bei uns müssen Menschen große Packungen kaufen, obwohl sie alleine leben. Sie können nur die Hälfte davon verzehren, und die andere Hälfte geht in den Müll. In Dänemark ist man auf die Idee gekommen, gesetzlich vorzuschreiben, dass die Preise für kleine Packungen mit denen für große Packungen gleichzusetzen sind. Sie greifen da massiv in den Markt ein und sagen ganz klar: Der Preis für das jeweilige Gramm ist immer derselbe. Wenn ihr ein Angebot für eine Wurst von 300 g macht, dann muss das gleiche Angebot auch für 150 g gelten. Das gibt es bei uns hier nicht. Da würde auch die FDP als erstes „Hurra“ schreien, wenn wir vorschlagen würden, so etwas hier einzuführen.

Deswegen denke ich schon, dass unsere Lösung die etwas Sanftere ist. Sie stellt im Übrigen, Herr Kollege Rossa, auch einen wesentlich geringeren Eingriff dar als die Regelungen, die es beispielsweise in Frankreich oder Tschechien gibt, wo Läden verpflichtet werden, alle Waren irgendwo anders hinzubringen, beispielsweise zu den Tafeln. Bei uns ist das derzeit freiwillig.

Wir können uns darüber gerne im Ausschuss unterhalten. Ich bin sofort bei Ihnen, wenn wir eine gesetzliche Vorgabe machen, dass sämtliche Gebinde den gleichen Grammpreis kosten sollen. Es bereitet mir keinen Schmerz, ich habe keinen Schmerz damit, dass wir die Läden verpflichten, dass sie die Waren sofort zu den Tafeln bringen, und zwar auf deren Kosten. Das bereitet mir keinen Schmerz. Wenn wir dann das Containern trotzdem noch legalisieren, wäre das auch okay.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es hat sich einiges bewegt, seitdem wir, Lars Harms, die Probleme mit dem Plastikmüll in der Schlei öffentlich bearbeitet und Lösungen gefunden haben. Sie glauben gar nicht, wie schnell das System reagiert. Wer heute beim Discounter verpackte Lebensmittel entsorgen will, hat ein riesiges Problem, weil sie nicht in den Kreislauf zurückgeführt werden können und von den Biogasanlagen nicht angenommen werden. Zu Recht, weil in diesem kleingeschredderten Biosubstrat letztlich über Kläranlagen, Biogasanlagen - siehe Schleswig, das haben wir hier rauf und runter diskutiert - das Ganze entweder in einem Mikrofilter oder tatsächlich in den Gewässern landet.

Das wollen wir alle verhindern. Also wird ausgepackt oder - das ist heute der Fall - es gibt Entsorgungsketten, die dafür sorgen, dass rechtzeitig die Lebensmittel aus dem Discounter wiederverwertet oder zur weiteren Nutzung in den Lebensmittelverzehr abgegeben werden. Die Tafeln können sich vor Lebensmitteln nicht mehr retten, die kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums liegen. Die sind also schon alle gut versorgt.

Alles, was an Backprodukten aus dem Discounter oder dem Lebensmitteleinzelhandel wieder herausgeht, wird heute tatsächlich als Tierfutter wiederverwertet. Sie wissen alle, dass Schweine gerne auch Brot oder Kuchen fressen, also gibt es auch da eine Kette, die dafür sorgt, dass diese Lebensmittel zumindest nicht, wie wir es immer behaupten, wegwerfen werden.

Es gibt die Biotonnen, und es gibt auch Biogasanlagen, die sich auf solche Entsorgungswege spezialisiert haben. Deswegen ist es auch nicht hinnehm-

(Heiner Rickers)

bar, auch moralisch nicht hinnehmbar, wenn in einer Verarbeitungskette sehr hochwertige Lebensmittel mit einem hohen Verarbeitungsgrad wahllos in den vermeintlichen Müll geworfen werden. Dass es nun wirklich 20 % sind, Herr Rossa, die in irgendeiner Form nicht genutzt werden, stimmt nicht. Es gibt die Kaskadennutzung - darauf wollte ich noch einmal ausdrücklich hinweisen.

Wer auspacken muss, dem ist daran gelegen, dass das vorher verwertet wird, auch für den menschlichen Verzehr. Wenn das nicht gelingt, dann soll es als Tierfutter verwertet werden, wenn das nicht möglich ist, soll es in die Biogasanlage. Trotzdem sind wir alle dazu auch angehalten, dass die Lebensmittelverschwendung weniger wird.

Das Containern ist dabei vielleicht ein Punkt unter vielen, aber es wird nicht das große Problem lösen. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Jan Marcus Rossa.

Jan Marcus Rossa [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Lars Harms, ich muss jetzt doch noch einmal darauf eingehen. Wir beschäftigen uns mit dem vom SSW gestellten Antrag, den wir schlichtweg nicht für den richtigen Lösungsansatz halten. Lebensmittelverschwendung - schön und gut! Wir sind auch nicht der Meinung - und dafür werden Sie uns auch nicht bekommen -, dass wir dem französischen oder dem tschechischen Modell folgen, weil in der Tat für das Ziel der Eingriff zu weitgehend ist und es mildere Mittel gibt. Das ist der entscheidende Punkt, von dem wir uns leiten lassen. Das hat durchaus auch etwas mit unseren liberalen Grundsätzen zu tun, dass wir immer prüfen müssen, ob alle Maßnahmen vonseiten des Staates, die gegenüber den Bürgern ergriffen werden, verhältnismäßig, also geeignet, erforderlich und angemessen sind. Bei der Angemessenheit fehlt es möglicherweise bei dem einen oder anderen Lösungsansatz, den wir heute gehört haben. Das ist das Problem, und damit werden wir uns beschäftigen müssen.

Es ist sinnvoll, wenn wir uns dieser Verantwortung, die an uns als Gesetzgeber gestellt wird, uns bei Eingriffen in Grundrechte deutlich zurückzuhalten

und jeweils zu prüfen, ob es wirklich erforderlich und ob die Maßnahme geeignet ist, bewusst werden.

Auch Ihr Dreiminutenbeitrag hat nicht deutlich gemacht, dass es notwendig ist, das Containern zu legalisieren. Da verweise ich auf den wirklich klaren und guten Vortrag von Burkhard Peters, der dargelegt hat, unter welchen Umständen möglicherweise eine Bestrafung des Containerns auch künftig erforderlich ist, auch zum Schutz des Eigentümers. Der bestimmt eben zum Ende darüber, was mit seinem Eigentum geschieht. Das müssen wir akzeptieren.

(Beifall FDP und CDU)

Damit lassen wir natürlich das eigentliche Ziel, die Lebensmittelverschwendung zu begrenzen und Lebensmittel insbesondere Wohltätigkeitsorganisationen oder ehrenamtlichen Organisationen zur Verfügung zu stellen, bevor sie vernichtet werden, überhaupt nicht aus den Augen. Aber der Weg dahin ist eben unterschiedlich. Man kann versuchen, dies über bürgerliches Engagement zu machen; das hilft nicht immer. Man kann versuchen, es durch Anreize zu gestalten: das halte ich für den besten Weg, weil er dem Einzelnen die Entscheidungsfreiheit belässt, aber Anreize durch den Staat gesetzt werden. Zwangsmaßnahmen sehe ich nur als letztes Mittel. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz, Claus Christian Claussen.

**Claus Christian Claussen, Minister für Justiz,
Europa und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Essen wegzwerfen, gilt in allen Kulturen völlig zu Recht als unethisch. Gleichzeitig werden aber nach Angaben der Vereinten Nationen jedes Jahr 1,3 Milliarden t genießbare Lebensmittel verschwendet. Das ist etwa ein Drittel der Weltproduktion. In Deutschland sieht die Lage nicht viel besser aus. Hier landen jährlich fast 13 Millionen t Lebensmittel im Abfall. Allein in den Privathaushalten werfen Menschen durchschnittlich 85 kg Essen im Jahr weg. Das zeigt eine im letzten Jahr veröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Um es hier ganz klar zu sagen: Le-

(Minister Claus Christian Claussen)

bensmittel in diesem Umfang zu verschwenden, ist ökologisch, ökonomisch und ethisch nicht zu verantworten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Ökologisch nicht, weil für diese weggeworfenen Lebensmittel landwirtschaftlicher Boden genutzt und bei der Verarbeitung, Verpackung und Auslieferung viel Energie verwandt wurde. Ökonomisch nicht, weil der geschätzte Wert dieser weggeworfenen Lebensmittel mit 235 € pro Jahr und Kopf einfach zu hoch ist. Insgesamt macht das in Deutschland zusammen annähernd 20 Milliarden € aus, eine ungeheure Summe, die wir jedes Jahr schlichtweg in die Tonne kloppen.

Nicht zuletzt ist diese Verschwendung ein ethisches Desaster, gerade wenn man bedenkt, dass Hunderte Millionen von Menschen hungern.

Das Thema ist nicht neu. Der von uns zuletzt gefasste Landtagsbeschluss zum Thema Lebensmittelverschwendung aus dem Jahr 2018 macht dies genauso deutlich wie die 2019 verabschiedete nationale Strategie der Bundesregierung. Danach soll die Lebensmittelverschwendung bis 2030 um 50 % reduziert werden, ein ambitioniertes, aber ein richtiges Ziel.

Um dieses Ziel zu erreichen, bringt sich die Landesregierung in die hierfür eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein. Dabei werden unterschiedliche Handlungsfelder betrachtet, nämlich unter anderem die Fragen: Müssen rechtliche Vorgaben geändert werden? Können Prozesse in der Wirtschaft optimiert werden? Wie können Innovationen helfen, etwa intelligente Verpackungen, die die tatsächliche Haltbarkeit eines Lebensmittels anzeigen?

Wir müssen jedoch feststellen, dass viel zu oft Lebensmittel nicht deshalb im Müll landen, weil sie wirklich verdorben sind, sondern weil sie das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht haben. Man muss einmal klar und deutlich darauf hinweisen, dass „mindestens haltbar bis“ nicht automatisch „sofort tödlich ab“ bedeutet.

(Heiterkeit und Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und AfD)

Deshalb muss es darum gehen, das Verhalten aller Beteiligten zu ändern. Dabei lohnt ein genauer Blick in die bereits erwähnte Studie. Der Handel ist für 4 % der weggeworfenen Lebensmittel verantwortlich. Den Löwenanteil machen die Privathaushalte mit über 50 % aus. Diese Zahlen bedeuten

nicht, dass einer der Beteiligten nun aus der Verantwortung entlassen werden soll. Aber sie machen deutlich, dass, wenn man die Verschwendung wirksam bekämpfen will, die Verbraucher eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Dies gilt auch hinsichtlich der Ansprüche an unsere Lebensmittel. Wenn Lebensmittel bereits auf dem Feld oder im Handel aussortiert werden, weil sie keine A-Ware darstellen und mutmaßlich von Verbrauchern nicht gekauft werden würden, dann ist auch das ein Problem, das zu vermeidbaren Abfällen führt.

Diese Landesregierung nimmt sich des Themas auch dadurch an, dass wir die schulische und außerschulische Verbraucherbildung in unserem Land nachhaltig stärken, unter anderem durch finanzielle Unterstützung der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein. Wichtig ist dabei, Verbraucherinnen und Verbraucher für ihre eigene Verantwortung zu sensibilisieren.

Aber auch der Handel ist in den Blick zu nehmen. Bei unseren europäischen Nachbarn gibt es bereits Konzepte. So sind beispielsweise Supermärkte in Frankreich ab einer Größe von 400 m² verpflichtet, unverkaufte Nahrungsmittel zu spenden. Gleiches gilt in Tschechien. Die entsprechenden Regelungen wurden dort 2019 von deren Verfassungsgericht für rechtens erklärt. In Italien wiederum gibt es wirtschaftliche und steuerliche Anreize für den Handel, Lebensmittel zu spenden. Die Spannweite ist also sichtbar groß.

Ich bin sehr dafür, dass wir mögliche Anreizsysteme stärker in den Blick nehmen. Dies scheint mir aufgrund der offenen Fragen bezüglich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der Lebensmittelsicherheit und auch von Haftungsfragen der weitaus bessere Weg zu sein, als das Containern zu legalisieren;

(Beifall CDU und FDP)

denn die rechtlichen Fragestellungen sind nicht so einfach, wie es der Antrag des SSW suggeriert, was der Kollege Peters ja andeutungsweise ausgeführt hat. Containern ist eben kein eigenständiger Straftatbestand, den man einfach abschaffen könnte. Es geht nicht allein um die Frage von Diebstahl, ja oder nein. Was ist zum Beispiel mit dem möglichen unbefugten Betreten von Grundstücken? Was wäre mit dem Aufbrechen eines Schlosses oder mit dem Durchschneiden eines Zaunes? Sollen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung von vornherein ausscheiden, wenn der Täter vorgibt, ein politisch korrektes Ziel zu verfolgen? Das Strafrecht ist nicht

(Minister Claus Christian Claussen)

das richtige Instrument, um etwas gegen Lebensmittelverschwendung zu tun.

(Beifall CDU)

Nach meiner Überzeugung sollten wir uns nicht so sehr die Frage stellen, wie wir es den Menschen ermöglichen, genießbare Lebensmittel aus dem Müll herauszuholen. Wir sollten den Fokus darauf legen zu verhindern, dass solche Lebensmittel überhaupt im Müll landen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erreichen wir vor allem dadurch, dass wir mehr Bewusstsein schaffen - für Nachhaltigkeit, für Eigenverantwortung und für einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Lebensmitteln. Insofern mag der Weg derjenigen, die das Containern legalisieren wollen, zwar dezidiert ein anderer sein als mein Weg. Aber das Ziel, Lebensmittelverschwendung wirksam zu bekämpfen, scheint uns ja in diesem Hohen Haus zu einen.

Eine Bemerkung zu den Vorschlägen, die der Kollege Peters machte. Eine Weisung an die Staatsanwaltschaft, geltendes Recht nicht anzuwenden, halte ich erst einmal für grundsätzlich hochgradig problematisch.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich würde gerne wissen, ob Sie mir das in anderen Bereichen auch zugestehen. Das Steuerrecht wäre beispielsweise interessant. Insofern sollten wir diesen Gedanken von mir aus noch einmal weiterführen. Ich halte davon erst einmal per se nichts.

(Zuruf: Wir sind dafür! - Heiterkeit)

- Das habe ich mir gedacht. - Das Zweite, die durchaus ja sehr auszulegende und auszudeutende Frage, ob das Tatbestandsmerkmal „fremd“ vorliegt, vermögen, glaube ich, unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte selber zu beantworten, ohne dass wir nun grundsätzlich in das Strafrecht eingreifen und sagen, dass bestimmte Dinge grundsätzlich nicht mehr darunterfallen sollen.

Zum Kollegen Harms noch einmal, was die soziale Komponente angeht. Ich glaube, das ist nicht das Wesentliche. Die Tafeln sind im Grunde genommen überall so ausgestattet, dass sie zu viele Lebensmittel haben. Wir brauchen wirklich einen Weg, wie wir Verschwendung vermeiden können. Dazu gehört - das betrifft natürlich auch die Tafeln -, dass wir die weitere Nutzung von genießbaren Lebensmitteln ermöglichen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Minister, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz:

Ja, gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Minister, Sie haben ja Ihre Skepsis gegenüber dem Antrag ausgedrückt. Sie haben Ihre Skepsis gegenüber den Vorschlägen des Kollegen Peters ausgedrückt. Ich würde Sie gerne fragen, ob mit Blick auf das Eigentum und den Hinweis im Grundgesetz, dass Eigentum verpflichtet, jenseits von moralischen Appellen nicht doch einem Weg nähergetreten werden muss, wie wir ihn in Frankreich oder Tschechien vorfinden, wo der Handel entsprechend verpflichtet wird, das zu tun? Es würde sich ja durchaus decken mit der Verpflichtung des Eigentums, wie wir es im Grundgesetz vorfinden, wenn man es so machte.

- Also, ob das Wegwerfen eines noch genießbaren Lebensmittels über die Sozialbindung des Eigentums eingefangen werden kann, wage ich erheblich zu bezweifeln. Aber ich habe ja gesagt - da sind wir uns, glaube ich, weitgehend einig -, wir sollten überlegen, welche Anreizsysteme wir schaffen können, um diese Verschwendung zu vermeiden. Das betrifft die ganze Kette von Anfang bis Ende. Im Grunde genommen geht es bei der Produktion los und bei der Frage, die ich beispielhaft genannt habe, nämlich: Was wird schon auf dem Feld aussortiert und weggeworfen? - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Es folgt ein Dreiminutenbeitrag der Frau Abgeordneten Redmann. Der Minister hat seine Redezeit ohnehin um 3 Minuten 30 Sekunden überzogen. Sie können auch diese Zeit nutzen, Frau Abgeordnete.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, dass mich dieser Redebeitrag ein bisschen irritiert. Irritiert bin ich auch angesichts der beiden juristischen Vorträge, die wir uns hier anhören durften.

Der SSW hat in seiner Antragsbegründung durchaus deutlich gemacht, dass es nicht nur um

(Sandra Redmann)

das Containern an sich geht, sondern dass es eine soziale Komponente gibt und dass wir über Lebensmittelverschwendung ebenso wie über die Schicksale von Menschen sprechen, die bestimmt nicht so gerne über einem Container hängen und sich da Essen heraussuchen.

Frau Eickhoff-Weber hat in ihrem Redebeitrag sehr eindrucksvoll erläutert, dass wir bereits seit 2018 über dieses Thema diskutieren. Zweimal haben wir es nicht geschafft, diesen Punkt in den Ausschuss zu überweisen, um gemeinsam - genau das, was Sie jetzt ansprechen - zu überlegen, was für eine Lösung man finden kann. Das wollte man nicht - warum auch immer.

Jetzt, 2020, kommen Sie und werfen all die Fragen auf, die wir schon 2018 gestellt haben. Das tun Sie jetzt hier als Minister, obwohl Frau Eickhoff-Weber völlig zu Recht dargestellt hat, dass das Umweltministerium eine Strategie angekündigt hat. Ich frage mich: Wie viele Jahre wollen Sie das eigentlich noch machen?

(Beifall SPD)

Diskutieren wir im Jahr 2021, im Jahr 2022 und so weiter? Jetzt allein zu sagen, wir brauchen Anreizsysteme - das Thema ist doch nicht neu. Das Thema ist uralt. Es gab nicht nur die Anträge zur Lebensmittelverschwendung im Jahr 2018, sondern das Thema wird schon viel länger von Vereinen und Verbänden debattiert.

Ich muss sagen, ich finde das ausgesprochen schwach, und, es tut mir leid, ich finde es auch den Menschen gegenüber, von denen wir gerade reden, beschämend.

(Beifall SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/2386 und den Alternativantrag Drucksache 19/2446 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen. - Ich danke Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Mehr Sicherheit auf der A 7

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2397

Unfallschwerpunkte analysieren und technische Maßnahmen prüfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2444

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich begrüße persönlich Herrn Bahr von der GdP vom Bereich Schleswig-Holstein Mitte.

Wer schon einmal hinter der Leitplanke an der Autobahn gestanden hat, weil er eine Autopanne hatte, und die Autos rasten vorbei, der kennt das Gefühl, die Angst, nicht heil aus dieser Situation herauszukommen.

In der Zeitung konnten wir von der Polizistin lesen, die sich mit einem Sprung hinter die Leitplanke vor einem heranrasenden Transporter retten konnte. Sie hatte Todesangst. Der Fahrer des Transporters kollidierte dann mit dem Polizeiauto und verletzte sich schwer.

Unser Verkehrsminister antwortet stets: Solange nichts passiert, solange es keine signifikanten Unfälle gibt, müssen wir doch nichts ändern. - Das erschreckt mich. Das sagt die Regierung übrigens auch, wenn ich mich für mehr Verkehrssicherheit vor Schulen und radikale Geschwindigkeitsbeschränkungen ausspreche. Der Verkehrsminister erkennt leider immer erst dann den Handlungsbedarf, wenn es zu schrecklichen Unfällen gekommen ist.

Die Innenministerin ist deutlich weiter und erkennt an, dass sie wegen der Gefährlichkeit an der A 7 dort nicht als Polizistin arbeiten möchte, wie sie nach einem Besuch bei der Autobahnpolizei in Neumünster feststellte.

Wir erwarten, dass die Landesregierung nicht weiter wie der Verkehrsminister wegschaut und die Betroffenheit der Innenministerin aufnimmt.

(Beifall SPD)

Die Verkehrssicherheit für die Rettungskräfte, Unfallopfer und Beteiligten muss auf der A 7 deutlich erhöht werden. Letzte Woche wieder: Erst ein Unfall zwischen Kaltenkirchen und Bad Bramstedt; die Autobahn wird gesperrt. Es folgt ein langer

(Kai Vogel)

Stau, und Stunden später kracht Kilometer dahinter ein Sprinterfahrer in das Stauende und stirbt. Ein Hinweis, eine Warntafel hätte dies vielleicht verhindern können.

Wir haben es alle auch einmal eilig, wir fahren vermutlich alle auf der Autobahn manchmal schnell, auch einmal zu schnell. Davon bin ich überhaupt nicht ausgenommen. Wir alle sind einmal unkonzentriert, müde oder auch abgelenkt, und schon ist es passiert.

Bei meinem bislang einzigen schweren Unfall krachte ein Auto auf der Höhe von Neumünster Mitte mit über 120 km/h auf mein Fahrzeug, weil der Fahrer das Stauende übersehen hatte. Mit einer digitalen Schilderbrücke, mit einer Verkehrsbeeinflussungsanlage, wie dies heißt, kann die Polizei sofort nach der Notrufabgabe mit einem Hinweis - „Gefahr“, „Stau“ oder „Unfall“ - und einer Geschwindigkeitsbeschränkung die Verkehrsgefährdung auf diesem Autobahnabschnitt deutlich senken. Keiner rast absichtlich in uns hinein, doch wo wir uns, ihn und andere schützen können, sind wir in der Pflicht.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Lieber Herr Kollege Vogel, Sie sind zwar Teil Ihrer Fraktion in der zweiten Reihe,

(Birte Pauls [SPD]: Na, na!)

aber Sie haben den Stand der Diskussion nicht ganz drauf. Denn der Verkehrsminister hat sehr deutlich gemacht, dass es eine Kommission von Verkehrsexperten geben wird, die sich genau anschauen wird, wo man mit Verkehrsleitsystemen wie eingreifen kann. Insofern passt Ihre Rede wohl nicht zum Stand des Verfahrens.

Herr Kollege Vogel, Sie waren ja auch schon in der letzten Wahlperiode verkehrspolitischer Sprecher. Dass dort über viele Jahre eine Autobahn gebaut wurde, ist Ihnen ja durchaus bekannt gewesen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Herr Albig und Herr Meyer diese Autobahn gefühlt ungefähr

alle 500 m per Pressekonferenz freigegeben haben.

(Zurufe SPD)

Damals war das gar kein Thema. Ist Ihnen erst jetzt aufgefallen, dass das eine Autobahn teilweise ohne Geschwindigkeitsbegrenzung ist? Ist Ihnen das in den letzten Jahren verborgen geblieben?

- Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter. - Selbstverständlich sind Sie wie auch ich ausgewiesener Verkehrsexperte. Aber ich glaube, die absoluten Experten sitzen dort oben. Das sind die Herren und Damen der Autobahnpolizei.

(Beifall SPD)

Diese haben eindeutig belegt, welche Gefahrensituation seit dem Ausbau der A 7 dort vorhanden ist. Von 2014 bis 2018, in der Baustellensituation, konnte man ohnehin nicht schneller als 120 km/h oder 80 km/h fahren. Damals war die Gefahr relativ klein. Sie wissen aus der Zeit, als Sie noch selbst auf der A 21 fuhren, dass zweispurige Autobahnen deutlich weniger zum Schnellfahren anregen, als wenn man auf einer dreispurigen Autobahn unterwegs ist. Als jemand, der wirklich fast täglich auf dieser A 7 unterwegs ist, nehme ich wahr, dass dort viel öfter Geschwindigkeiten von weit über 200 km/h gefahren werden, als es zuvor bei der zweispurigen Autobahn der Fall war. Wenn es dann zu einem Unfall kommt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich mit einer hohen Geschwindigkeit auf ein anderes Fahrzeug knalle, und die Gefahr entsprechender Verletzungen sehr viel größer als früher. Deswegen kam die Anregung von der GdP, dies doch aufzugreifen.

Mit einer Kleinen Anfrage habe ich versucht, dies zu unterstreichen. Die Antwort des Ministeriums auf die Frage, ob es zu zusätzlichen Auffahrunfällen gekommen ist, lautete leider nur: Das haben wir nicht erhoben. - Die Polizei sagt mir aber, dass es verstärkt zu entsprechenden Auffahrunfällen kommt. Dem muss ich doch in bestimmter Art und Weise begegnen. Jetzt zu sagen: „Jetzt schaue ich erst einmal, wo es Unfallschwerpunkte gibt, jetzt beginne ich erst einmal zu prüfen“, ist nicht mein Verständnis, wenn es Experten gibt, die auf bestimmte Dinge hinweisen.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogel, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Sehr gerne.

Christopher Vogt [FDP]: Die Bemerkung, dass Sie nur für die Baustelle zuständig waren und nicht für das Ergebnis, lasse ich einmal in den Saal „plumpsen“. Aber ich will Ihnen ganz deutlich sagen: Wir wollen uns ja gerade mit den Experten an einen Tisch setzen. Das, was Sie fordern, wird ja gemacht. Deswegen ist die Empörung wohl auch etwas gekünstelt.

Aber ist Ihnen auch bekannt, dass es sich um eine Bundesautobahn handelt, für die also der Bund zuständig ist, und dass es entsprechende Regularien gibt, nach denen das Land nicht einfach anordnen kann, was bei einer Bundesautobahn passiert? Ist Ihnen das als verkehrspolitischer Sprecher bekannt, oder sagen Sie, der Landesverkehrsminister solle sich über die Kompetenz und die Regularien des Bundes einfach hinwegsetzen, weil Sie das möchten?

- Danke für diese sehr kluge Frage, Herr Vogt. - Wenn Sie meinem Redebeitrag weiter folgen, dann werden Sie genau wissen, dass ich natürlich Ahnung habe und weiß, wer für gewisse Dinge zuständig ist. Das entbindet einen aber nicht von der Verpflichtung, wenn man in einem Bundesland wohnt und gewisse Gefahrensituationen wahrnimmt, sich diesen speziell zu widmen.

(Beifall SPD)

Ich glaube nicht, dass Herr Scheuer von dem einem Mal oder den zwei Malen, die er gegebenenfalls in Schleswig-Holstein auf der A 7 unterwegs war, eine Vorstellung davon hat, welche Gefahr dort im Augenblick besteht. Dieser Gefahr wollen wir begegnen.

(Lebhafter Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Die GdP ist hier sehr aktiv, und dafür bin ich sehr dankbar. Sie hat mit den Neumünsteraner Abgeordneten gesprochen, und man ist, wie sie in einem Flugblatt schreibt, einig gewesen, dass der Bau einer Verkehrsbeeinflussungsanlage und eine Geschwindigkeitsbeschränkung dort sinnvoll seien.

Meine Kollegin Eickhoff-Weber steht zu dieser Aussage. Ansonsten hätten wir nicht diesen Antrag gestellt. Ich gebe dies aber auch gern an die Kollegin Touré weiter, die leider erkrankt ist, und auch an den Kollegen Fehrs, der bei der Jahreshauptver-

sammlung ebenfalls anwesend war. Beide haben die Zusage gegeben, dass dies weitergereicht werden solle, und gesagt, dass sie es sinnvoll fänden, dort eine Verkehrsbeeinflussungsanlage zu errichten und sich bis dahin für eine Geschwindigkeitsbeschränkung einzusetzen. Daher muss ich schon sagen: Lassen Sie sich doch einmal an Ihren Worten messen!

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Wir alle wollen sicher nach Hause kommen. Die Rettungskräfte, unsere Familien und jeder, der hier im Stau steht, ist gleichermaßen wichtig. Daher, Herr Vogt, machen Sie sich bitte mit einer Initiative beim Bundesverkehrsministerium für mehr Verkehrssicherheit stark! Sie bekennen sich zur Vision Zero: null Verkehrstote. Dann lassen Sie bitte auch echte Taten und keine Prüfaufträge folgen!

(Beifall SPD)

Das ist nicht populistisch, wie der Kollege Arp sagte, sondern wir wollen auf der A 7 mehr Sicherheit für uns alle. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Keine Geschwindigkeitsbegrenzung für Arp!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Vogel, ich muss Ihnen sagen: Wenn Ihr Antrag geheißen hätte: „Mehr Sicherheit auf allen Autobahnen“, dann wären wir sicherlich einer Meinung. Natürlich hat die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere die der Rettungskräfte, für uns hohes Interesse, und da finden Sie uns an Ihrer Seite. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied zwischen uns und Ihnen und den Ansichten, die wir hier miteinander vertreten.

Wenn Sie das aber gleichzeitig mit der Forderung nach einer Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h verbinden, dann frage ich Sie: Was hat das im direkten Zusammenhang mit der Sicherheit der Arbeitsplätze der Polizisten, der Sicherungskräfte, der Mitarbeiter der Straßenbauämter und der aller Verkehrsteilnehmer zu tun? Sie wissen genau: Die ge-

(Hans-Jörn Arp)

fährlichsten Unfälle werden von Lkw-Fahrern ausgelöst, und die Lkw fahren nur 80 km/h.

Ich will nur sagen: Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h allein verbessert die Sicherheitsituation nicht. Wir alle haben ein hohes Interesse daran, dass diejenigen, die entlang der Autobahn tätig sind, seien es nun Mitarbeiter, Hilfskräfte oder Verkehrsteilnehmer, sicher sind. Sie haben es verdient, dass wir uns damit beschäftigen. Deshalb ist es auch richtig, dass wir heute darüber diskutieren.

Ich war auch bei der Autobahnpolizei in Neumünster. Ich habe mir die Situation dort angesehen. Das, was sich in Bezug auf Verkehrsteilnehmer dort abspielt, ist nicht akzeptabel. Wir müssen überlegen: Wie kriegen wir eine Lösung hin? Der Verkehrsminister hat gesagt: Es gibt eine Unfallkommission.

Der Kollege Vogt sprach diese an. Diese muss jetzt Vorschläge machen, und die werden wir dann bewerten, denn das, was dort gilt, gilt auf allen Autobahnen in Deutschland. Die A 7 ist nicht besonders gefährlich, nur weil man dort unbegrenzt fahren kann. Das kann man auch auf der A 20, der A 23 oder der A 1. Es gibt überall das gleiche Problem, und zwar nicht nur hier in Schleswig-Holstein, sondern im ganzen Bundesgebiet.

Wenn man hört, dass Verkehrsteilnehmer nicht einmal dann, wenn sie ein Blaulicht sehen, abbremsen, wenn man Videos sieht - Sie haben sie genauso gesehen wie ich -, wie Polizistinnen und Polizisten in Gefahr sind, wenn sie nur Absperrungen aufbauen, dann sind wir jetzt gefordert, ob nun hier im Landtag oder im Bundestag - wo auch immer; das ist den Polizisten vor Ort egal. Hier haben wir eine Verantwortung, die wir gemeinsam für alle in Deutschland wahrnehmen müssen, um zu sagen: Ihre Sicherheit ist auch für uns ein Thema.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Und dies ist der populistische Vorwurf an Sie und nicht an die GdP, die Sie da verwechseln: Wenn Sie dies gleich wieder in einen Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 120 km/h bringen, dann sage ich Ihnen: Ich weiß es nicht genau, aber wenn ich mich recht erinnere, dann ist die Bundesumweltministerin für die Geschwindigkeitsbegrenzung verantwortlich. Sie gehört doch der SPD an. - Warum sagen Sie das hier und nicht bei Ihren eigenen Genossen? Oder reden die nicht mit Ihnen? - Das kann ja sein. Das verstehe ich zwar nicht, weil Sie eigentlich ein netter Kerl sind, aber da müssen Sie das ja anbringen können.

Im Koalitionsvertrag ist unbegrenzte Geschwindigkeit auch kein Thema gewesen. Dem hat die SPD zugestimmt. Sollen jetzt SSW, die Grünen und die FDP, alle diejenigen, die gar nicht daran beteiligt waren, heute hier christlicher sein als der Papst? - Das müsst ihr schon untereinander in Berlin regeln. Die Frage, ob Scheuer nun zweimal oder viermal hier war, löst das Problem nicht. Das Problem ist, dass man dies in Berlin löst und nicht hier.

Das, was wir hier lösen müssen - darin sind wir uns, so glaube ich, alle einig -, ist die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere aber die der Rettungskräfte. Dazu sage ich: Das Problem wird nicht dadurch gelöst, dass wir hier eine Rede halten. Sondern wir warten einmal auf die Verkehrskommission. Ich bin mir bei Bernd Buchholz und seinen Leuten ziemlich sicher, dass wir konkrete Vorschläge kriegen. Ob die Brücke jetzt die Verkehrsbeeinflussungsanlage ist? - Das hat ein bisschen etwas mit Geld zu tun, aber jedes Leben, das wir retten können, sollten wir nicht in Geld aufwiegen. Wir sollten nur sehen: Wer soll das bezahlen? Oder gibt es vorher schon Schritte und Möglichkeiten, die wir gehen können? Das müssen wir bald machen, um die Sicherheit aller am Verkehr Beteiligten zu gewährleisten.

Lasst uns gemeinsam darangehen. Wir warten auf die Vorschläge des Verkehrsministeriums und der Expertenkommission, und dann glaube ich, finden wir einen Weg. Noch einmal: Der Antrag hätte heißen müssen: Mehr Sicherheit auf allen Straßen in Schleswig-Holstein. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Automatische Verkehrsbeeinflussungsanlagen, wie es so schön heißt, gibt es auf Autobahnen seit Ende der 80er-Jahre. Sie senken Unfallzahlen auf auffälligen Abschnitten um 20 bis 30 %. Sie stabilisieren bei starkem Verkehr den Verkehrsfluss. Sie vermeiden Staus und steigern die Kapazität um 5 bis 10 %. Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat 2017 im Bericht Nutzen und Kosten von Verkehrsbeeinflussungsanlagen über den gesamten Lebenszyklus detaillierte Untersuchungen angestellt. Im Schnitt

(Dr. Andreas Tietze)

kosten diese Anlagen 300.000 € pro Kilometer. Für die Strecke Bordschlohm-Hamburg wären das also Kosten in Höhe von rund 22 Millionen €

Meine Damen und Herren, insofern ist eine Verkehrsbeeinflussungsanlage sinnvoll, aber sie wird auf einer Bundesautobahn installiert, und dafür gibt es Regeln. Darauf haben einige Kollegen schon hingewiesen. Für mich als Grüner ist das ein bisschen ein Doktern an Symptomen, wenn ich das einmal so sagen darf. Denn gäbe es in Deutschland ein generelles Tempolimit,

(Beifall SSW)

was wir fordern und das Sie übrigens in Berlin auch auf den Weg bringen könnten, dann würden wir heute nicht über eine Verkehrsbeeinflussungsanlage sprechen.

(Christopher Vogt [FDP]: Tempolimit nur für Dänen und Friesen!)

Das Tempolimit wäre übrigens kostengünstiger. Ich will einmal sagen, dass wir in diesem Hause seit vielen Jahren immer wieder auf dieses Tempolimit hindeuten.

Kollege Arp, Sie regieren ja auch in Berlin mit. Das ist schon ein Thema der Großen Koalition. Ich kann zumindest mit einiger Zufriedenheit feststellen, dass mein Parteivorsitzender, der allseits bekannte Robert Habeck, der in diesem Hause ja auch bekannt ist, gesagt hat: Mit den Grünen wird es auf Bundesebene keine Koalition geben, wenn nicht endlich in Deutschland ein Tempolimit eingeführt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das fordern übrigens nicht nur die Grünen. Das fordern mittlerweile über 60 % der Bevölkerung. Das fordert sogar der ADAC, der ja nicht gerade bekannt dafür ist, dass er ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen befürwortet. Aber der ADAC hat es ganz klar formuliert: Es geht darum, Menschenleben zu retten. Es geht um mehr Sicherheit auf unseren Straßen, und selbstverständlich ist das ein Ziel, das auch die Mitglieder des ADAC miteinander verbindet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das wirklich noch einmal sagen: Es ist auch eine Frage des gesunden Menschenverstands. Wir leben in Europa, wo das Tempolimit normal ist. Ich glaube, Herr Stegner hat hier einmal in einer Rede gesagt, Nordkorea habe als einziges Land der Welt auch kein Tempolimit. Also, wenn man das vernünftiger-

weise europäisch regelt, dann stellt man fest: In anderen europäischen Ländern ist die Unfallhäufigkeit zurückgegangen. Es gibt weniger Staus, es gibt vor allen Dingen weniger Staus aus dem Nichts. Diese resultieren nämlich aus dem schnellen Heranrasen und dem abrupten Abbremsen, was dann Staus 20 km hinter dem eigentlichen Bremsvorfall auslöst. Es gibt weniger Abgase, also trägt dies auch erheblich zum Thema Klimawandel bei. Durch ein Tempolimit werden bis zu 5 Millionen t Kohlendioxid eingespart.

Bei der Sicherheit hat man tatsächlich konkrete Zahlen. Erinnern Sie sich: Wenn Sie nach Berlin fahren, sehen Sie: In Brandenburg gibt es seit 2010 einen Realversuch, bei dem man versucht, deutlich festzuhalten: Was passiert da? Was ist geschieht mit Tempo 130, nicht Tempo 120?

Die Unfallzahl ist halbiert worden. Autobahnen noch sicherer machen - bei dieser Forderung sind wir Grünen dabei. Emissionen einsparen - auch bei dieser Forderung sind wir dabei.

Meine Damen und Herren, heute Morgen haben wir über die „Vision Zero“ gesprochen. Diese wird auch vom Deutschen Verkehrssicherheitstag als eine Verkehrssicherheitsstrategie benannt.

Es fehlt nicht an Erkenntnissen. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen. Es fehlt am Willen.

Der politische Wille wird in der Tat durch Entscheidungen von Wählerinnen und Wählern zum Ausdruck gebracht. Ich glaube zwar nicht, dass Wählerinnen und Wähler wegen des Tempolimits eine ganze Bundestagswahl entscheiden. Aber ich bleibe bei der Einschätzung, dass es ein wichtiges Thema ist.

Jetzt komme ich zurück zu dem konkreten Ansatz, über den wir hier reden. An dieser Stelle muss ich Herrn Minister Buchholz ausdrücklich loben; denn der Ansatz, punktuell eine mobile Verkehrsbeeinflussungsanlage einzusetzen, ist zu begrüßen. Eine solche Anlage kann reaktiv, nach Unfällen, zum Einsatz kommen. Sie wirkt dann auch präventiv, das heißt, sie verringert die Wahrscheinlichkeit weiterer Unfälle. Vor allen Dingen - auch das ist ein wichtiger Punkt - schützt sie die Sicherungskräfte von Polizei und Feuerwehr sowie das medizinische Personal vor Ort. Sie erhöht aber auch die Sicherheit der Menschen, die im Stau stehen und nicht weiterkommen. Eine solche Anlage ist auch ohne Unfall, zum Beispiel bei hohem Verkehrsaufkommen, flexibel einsetzbar. Es handelt sich also um eine vernünftige Lösung.

(Dr. Andreas Tietze)

Wir sind gern bereit, uns flexiblen Lösungen zu öffnen, und wir würden sie gern voranbringen. Ich halte das für einen wichtigen Punkt. Ich würde mir zwar wünschen, dass wir auch das große Rad in Berlin drehen könnten. Meine Hoffnung ist, dass es im Bund irgendwann, vielleicht 2021, zu einem Regierungswechsel kommt.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber zuvor müssen wir hier zeitnah tätig werden, damit die Menschen auf der A 7 sicher fahren können. - Es gibt eine Zwischenfrage.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ja. - Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Vogel?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich, Kollege Vogel.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Sehen Sie nicht doch einen Unterschied zwischen der Verkehrsbeeinflussungsanlage und dieser flexiblen Lösung? Ich denke an eine Unfallsituation, die sich im Bereich Quickborn ereignet, wo es im Augenblick öfter kracht als im nördlichen Bereich. Wenn von Neumünster-Mitte die Polizei losrauscht, kann sie es unter 20 Minuten nicht schaffen, die Unfallstelle zu erreichen. Ich weiß gar nicht, wie diese flexible Lösung aussieht; wenn sie einen Hänger dranhaben, werden sie gar nicht so schnell fahren können. Wenn sie angekommen sind, werden sie diese flexible Lösung an den Standstreifen stellen und damit signalisieren: Vorsicht! Hier ist Gefahr!

Andere Situation: Wenn ich über den Notruf informiert werde, dass sich in Quickborn ein Unfall ereignet hat, kann ich, auch wenn ich noch nicht genau weiß, was passiert ist, just in diesem Moment die Verkehrsbeeinflussungsanlage nutzen, um die Geschwindigkeit erst einmal auf 100 km/h zu reduzieren und „Gefahr!“ zu signalisieren. Das passiert also sofort.

Sehen Sie nicht doch einen Unterschied zwischen der flexiblen Lösung, die Sie vorschlagen, und dem Vorschlag, den wir machen?

- Kollege Vogel, ich habe ja gesagt, dass ich den Vorschlag, den Sie gemacht haben, gar nicht schlecht finde. Im Gegenteil, ich finde alles gut, was nicht zum Rasen, sondern zur Sicherheit auf deutschen Autobahnen beiträgt. Insofern bin ich inhaltlich nicht weit von Ihnen entfernt.

Ich weiß aber genauso wie Sie, dass es die Aufgabe des Bundes ist, hier tätig zu werden. Wenn wir eine Verkehrsbeeinflussungsanlage auf 50, 60 km wollen, dann greifen wir in fremdes Eigentum ein. Die Bundesautobahngesellschaft ist zuständig; das ist gar nicht unser Eigentum. Wir könnten eine Bundesratsinitiative starten; aber heute haben wir nicht die Möglichkeit, das, was Sie vorschlagen, auf den Weg zu bringen.

Ich habe darüber nachgedacht, ob es angesichts der Unmöglichkeit, gegenwärtig das große Rad zu drehen - Tempolimit -, auch die Möglichkeit einer flexiblen Lösung gibt. Herr Kollege Vogel, es ist ja so: Wenn es um das Thema hohes Verkehrsaufkommen geht, dann wissen wir doch, wann die Risikozeiten sind. Die meisten Unfälle passieren doch nicht nachts auf leerer Strecke, sondern bei hohem Verkehrsaufkommen, das auch dann auftritt, wenn viele Urlauber unterwegs sind. Man kann flexible Lösungen durchaus auch präventiv einsetzen. Grundlage können die Erfahrungswerte der Autobahnpolizei sein; diese liegen ja vor. Zu den entsprechenden Zeiten kann also eine mobile Verkehrsbeeinflussungsanlage zum Einsatz kommen. Ich bin auch insofern offen und pragmatisch.

Das ist aber, wie gesagt, für mich als Grünen ein Herumdoktern an Symptomen. Man muss grundsätzlicher, mit einem Tempolimit, reagieren.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogel?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, sehr gern.

Kai Vogel [SPD]: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich nehme mit, dass Sie Ihre Lö-

(Dr. Andreas Tietze)

sung für sinnvoll halten, unsere aber genauso für sinnvoll erachten.

(Heiterkeit SPD)

Wenn ich dann unseren Antrag lese, in dem wir einfach nur darum bitten, dass die Landesregierung - in diesem Fall: der Verkehrsminister - sich beim Bundesverkehrsminister dafür einsetzen möge, eine Verkehrsbeeinflussungsanlage einzurichten, dann frage ich Sie: Kann ich davon ausgehen, dass Sie sich dem anschließen?

- Herr Vogel, wissen Sie, das sind Spielchen, die wir immer wieder im Landtag erleben. Herr Stegner ist doch auch ständig in Berlin. Sie regieren doch im Bund mit. Sie sitzen doch am Kabinetttisch.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Stegner Gott sei Dank nicht! - Heiterkeit CDU)

- Aber die SPD sitzt am Kabinetttisch. - Sie sagen jetzt uns Grünen, wir sollten hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag in einem Antrag so etwas verwursteln? Die Forderung muss dort angebracht werden, wo sie hingehört. Die richtige Adresse ist Ihre Parteiführung in Berlin. Diese müssen Sie aufordern, auf Verkehrsminister Scheuer Einfluss zu nehmen, damit solche Verkehrsbeeinflussungsanlagen entsprechend bestimmter Quoten an die Bundesländer gebunden und dort errichtet werden. Das ist Ihre Aufgabe. Dafür sind Sie gewählt. Dafür haben Sie einen Koalitionsvertrag abgeschlossen. Handeln Sie entsprechend Ihrer Regierungsverantwortung in Berlin!

(Lars Harms [SSW]: Das haben wir beim Soli gesehen! - Zuruf: Und Sie tragen hier keine Verantwortung?)

Wir können doch nicht als Schleswig-Holsteiner auf der Autobahn so etwas installieren!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits deutlich abgelaufen.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, ich war am Schluss meiner Rede angekommen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

- Danke schön.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Zumindest eine Bundesratsinitiative könnte Jamaika starten! -

Zuruf SPD: Bloß keine Verantwortung übernehmen!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Vogel, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal in die Finger bekam, dachte ich nach dem Lesen der ersten Zeilen: Das ist ja konstruktive Opposition! Das finde ich eigentlich gut.

Leider entspricht der Antrag nicht unbedingt dem Stand des Verfahrens. Aber das kann ich schon verstehen; denn dann wäre weniger Empörungspotenzial drin. Als ich zum zweiten Absatz mit der Forderung nach einem Tempolimit kam, ist - das muss ich ehrlicherweise sagen - meine Euphorie verflogen.

Ich muss auch etwas zu dem Kollegen Tietze sagen, der von Unfallschwerpunkten gesprochen hat, die es durch ein Tempolimit nicht mehr geben werde. Ich stelle fest: Tempolimits kann man bei Unfallschwerpunkten bereits einrichten. Es ist mir neu, dass das nicht funktioniert.

Wer hier irgendwelche Statistiken bemüht, muss auch - das gilt natürlich nicht nur für Sie, sondern für alle, die das Tempolimit so proliferieren - die vollständigen Parameter zitieren. Es gibt ja zwei Parameter, die durchaus Einfluss haben. Der eine ist die Geschwindigkeit, der andere die Verkehrsdichte. Letzterer ist laut den Erhebungen immer der wesentliche Faktor. Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, auch das zu erwähnen.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig, dass jede und jeder Tote und jede und jeder Verletzte eine beziehungsweise einer zu viel ist. Das gilt generell; aber wir sprechen jetzt besonders über den Verkehrsbereich. Wir von der FDP haben uns bereits in unserem Wahlprogramm ausdrücklich zur „Vision Zero“ bekannt, also dazu, alles zu versuchen, die Zahl an letalen Verkehrsunfällen auf null zu bringen. Natürlich stehen wir zu unseren Wahlversprechen. Sie können auch deutlich sehen, dass wir eines nach dem anderen verlässlich abarbeiten.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ob Sie das in dieser Legislaturperiode noch schaffen?)

(Kay Richert)

Für die Bediensteten dieses Landes empfinden wir ganz besondere Verantwortung und damit auch eine besondere Fürsorgeverpflichtung. Es lässt uns natürlich nicht kalt, wenn sich diese Bediensteten an uns wenden und die Entschärfung einer Gefahr fordern.

(Beifall FDP)

Das ist vollkommen unabhängig davon, ob diese Forderung von Verwaltungsbeamten, Rettungsdiensten oder, wie in diesem Fall, der Polizei kommt.

Wir von der FDP sind sowieso bekannt dafür, dass wir das Leben der Menschen mit technologischem Fortschritt einfacherer und sicherer machen wollen.

(Beifall FDP - Lachen SPD)

Alles zusammen deutet ja schon darauf hin, dass wir sogenannten Verkehrsbeeinflussungsanlagen - VBA - oder Streckenbeeinflussungsanlagen - SBA - aufgeschlossen gegenüberstehen. Die VBA beziehungsweise SBA sind aber sehr teuer. Eine einzige SBA - ich habe leicht andere Zahlen als Sie, Kollege Tietze; aber sie gehen in dieselbe Richtung -

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

besteht aus sechs sogenannten Anzeigequerschnitten und kostet über den Daumen 1,6 Millionen €. Die A 7 ist in Schleswig-Holstein rund 150 km lang; zählt man beide Richtungen zusammen, kommt man auf 300 km. Dann können Sie sich ausrechnen, von welchen Summen wir hier sprechen. Das sind Summen, die von Menschen in diesem Land gestemmt werden müssen. Vor allen Dingen sind es Summen, die von den zukünftigen Generationen gezahlt werden müssen. Deshalb müssen wir verantwortlich damit umgehen. Wir können das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nur einmal ausgeben. Die FDP steht ja zu Recht in dem Ruf, auf eine verantwortungsvolle Finanzierung zu achten.

Kollege Arp, Sie haben gesagt - zu Recht -: Man darf Menschenleben nicht gegen Geld aufwiegen! - Das sehe ich genauso. Aber wir müssen natürlich hingucken, wo wir das Geld einsetzen können, um Menschenleben zu retten. Deswegen wollen wir darauf achten, dass Verkehrsbeeinflussungsanlagen dort installiert werden, wo sie gebraucht werden.

(Beifall FDP)

Wir unterstützen gern die Arbeit der Verkehrsunfallkommission zur Feststellung möglicher Unfallschwerpunkte und auch zur Feststellung potenziell

gefährlicher Streckenabschnitte. Wir werden ja sehen, was diese Experten uns empfehlen. Ob das jetzt punktuelle Anlagen sind oder festinstallierte Anlagen, werden wir dann auch sehen.

Welche Maßnahmen schlussendlich umgesetzt werden, das haben wir auch nicht alleine in der Hand; denn Bundesautobahnen sind, wie der Name schon sagt, Straßen des Bundes. Wenn sich aus der Arbeit der Verkehrsunfallkommission Handlungsbedarf ergibt, werden wir die erforderlichen Gespräche mit dem Bund führen; das ist doch selbstverständlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es eint uns doch alle, dass wir die „Vision Zero“ wollen, egal ob es nun in unserem Wahlprogramm stand oder nicht, und dass wir die Straßen sicherer machen wollen. Machen aber Verkehrsregelungen die Straßen sicherer? Machen sie das wirklich? - Ja, dann machen wir das, dann setzen wir das um. Aber wir setzen doch nicht erst Regeln um und gucken dann im Nachhinein, ob das sinnvoll gewesen sein könnte. Vor allem sollten wir das nicht machen, wenn wir das auf Kosten zukünftiger Generationen tun.

Was wir dabei übrigens auch immer mitbedenken sollten, ist: Nicht nur die Ausrüstung von bestehenden Straßen macht die Straßen sicherer, sondern der Verkehr wird auch entzerrt, wenn wir neue zuverlässige Straßen bauen können. Ich werbe dafür, dass wir uns alle für ein erleichtertes und verbessertes Planungsrecht in diesem Lande einsetzen. Ich glaube, dann werden wir alle einen großen Schritt weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Vor wenigen Wochen hatte ein schwerer Unfall auf der A 7 für Entsetzen gesorgt. In der darauf einsetzenden Debatte hat sich insbesondere die Gewerkschaft der Polizei für den Bau einer Verkehrsbeeinflussungsanlage in Fahrtrichtung Norden eingesetzt und den Schutz von Polizeibeamten an Unfallstellen ins Blickfeld gerückt.

Obwohl diese Forderung sehr verständlich ist, ist auch zu berücksichtigen, dass diesem schweren Unfall ein individuelles Fehlverhalten von zwei Autofahrern zugrunde lag. Der eine bemerkte die Unfallstelle zu spät und steuerte abrupt nach links; der an-

(Volker Schnurrbusch)

dere versuchte, auf der linken Spur, offenbar mit viel zu hoher Geschwindigkeit, die Unfallstelle zu passieren. Es handelt sich an dieser Stelle nicht um ein Ereignis an einem Unfallschwerpunkt, wo es regelmäßig zu Unfällen kommt. Es handelt sich vielmehr um einen bedauerlichen Einzelfall.

Die Befürworter einer Verkehrsbeeinflussungsanlage verweisen auf statistische Untersuchungen, nach denen die Unfallzahlen um bis zu 30 % dort zurückgegangen seien, wo eine solche Anlage aufgebaut worden ist.

Die Statistik ist richtig, zumal auch die verkehrslenkende Funktion von solchen Anlagen bei der Warnung vor Gefahren, besonders bei Staus und Unfällen, unbestritten ist. Daher ist seinerzeit richtigerweise entschieden worden, auf der A 7 in Fahrtrichtung Süden eine solche Anlage zu installieren, um den sich vor Hamburg verdichtenden Verkehr regulieren zu können. Hier bestanden ein entsprechend hohes Verkehrsaufkommen und daraus folgend auch ein erhöhter Regulierungsbedarf.

Eine vergleichbare Situation besteht auf der A 7 in Fahrtrichtung Norden eben nicht, dies ist eben kein auffälliger Autobahnabschnitt, sodass eine Anlage weder in verkehrstechnischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht sinnvoll wäre. Tragische Unfälle ändern daran nichts, solange sich an dieser Stelle nicht ein negativer Trend zu schweren Unfällen abzeichnet. Dies ist dort bislang nicht der Fall.

Wir teilen daher die Auffassung des Wirtschafts- und Verkehrsministers, dass die weitere Entwicklung auf diesem Streckenabschnitt der A 7 zwar sehr aufmerksam zu beobachten ist, dass derzeit aber kein aktueller Handlungsbedarf in Sachen Anlagenbau besteht.

Wir sehen daher auch keinen Sinn darin, jetzt erneut eine Grundsatzdebatte über ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen anzuzetteln, wie es die SPD hier versucht.

Der ADAC wies kürzlich in einer Anhörung des Umweltausschusses richtigerweise darauf hin, dass die Unfallzahlen in Ländern mit allgemeinem Tempolimit zum Teil höher liegen als bei uns. Ein Tempolimit ist kein Allheilmittel.

Ein grundsätzliches Tempolimit lehnt die AfD daher auch weiterhin aus gutem Grund ab, ebenso wie diesen SPD-Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer das Wort.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anhörungen sind für die parlamentarische Arbeit von immenser Bedeutung, das wissen wir. Sie schaffen Klarheit bei fachlich schwierigen Fragen, erweitern den Blick auf politische Themen, und manchmal sind sie inspirierend für politische Initiativen. So ist der Antrag der SPD das Ergebnis aus der schriftlichen Stellungnahme der GdP zu unserem Antrag mit dem Titel „Klimaschutz im Straßenverkehr - jetzt!“.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit teilen wir durchaus das Ansinnen der GdP und der SPD, auf dem dreispurigen Teil der A 7 zwischen der Landesgrenze zu Hamburg und dem Bordscholmer Dreieck Verkehrsbeeinflussungsanlagen zu errichten. Bis zur Inbetriebnahme einer solchen Anlage soll es demnach auf der Strecke eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit geben.

Die Idee, eine Verkehrsbeeinflussungsanlage zu errichten, ist nicht neu. Die Forderung kam auf, weil die Unfallzahl mit Schwerverletzten und Toten auf dem Abschnitt der A 7 zugenommen hat, seitdem das Tempolimit dort aufgehoben wurde. Für mich ist dies ein Indiz dafür, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Unfalloffenheit und -heftigkeit sowie der Aufhebung der Höchstgeschwindigkeit.

Das hat dann auch den Verkehrsminister Buchholz auf den Plan gerufen, der sich Ende letzten Jahres für eine Verkehrslenkung auf der Strecke ausgesprochen hat, um das Teilstück sicherer zu machen. Eine Verkehrslenkung vom Bund solle her, und auch bauliche Veränderungen wären denkbar, um die Sicherheit so zu erhöhen. So war es noch im Dezember der Presse zu entnehmen.

Anfang September konnten wir nun von der Rolle rückwärts lesen. Demnach sehen die Fachleute zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlass für die Rechtfertigung einer kostspieligen Verkehrsbeeinflussungsanlage. Auf dem gesamten Abschnitt müsse eine solche Anlage errichtet werden, und das sei aufgrund der Kosten nicht darstellbar, so der Minister. Das ist bedauerlich.

Wenn das die Einschätzung der Fachleute ist, dann ist nicht davon auszugehen, dass Minister Buchholz mit den Forderungen beim Bundesverkehrsminister gerade offene Türen einrennt. Daher gehen wir da-

(Christian Dirschauer)

von aus, dass Berlin auch in den nächsten Jahren so ein Leitsystem ablehnen wird. Wir stellen doch immer wieder fest, dass die Entfernung von Berlin nach Kiel größer ist als umgekehrt. Bayern will ich gar nicht erst erwähnen.

Das bedeutet: Es ist nicht absehbar, ob und wann die High-Tech-Version für mehr Verkehrssicherheit kommt. Da hilft die Forderung von Jamaika wohl auch nicht weiter, wenn die Verkehrsunfallkommission potenziell gefährliche Streckenabschnitte identifizieren soll. Wenn wir es mit „Vision Zero - null Verkehrstote“ ernst meinen, dann dürfen wir nicht länger warten. Hier sage ich ganz klar: Es gibt Lösungen, die binnen einer Woche für mehr Verkehrssicherheit auf der gesamten Strecke der A 7 sorgen könnten: Schilder aufstellen und Geschwindigkeit reduzieren. Das kann man, wenn man es denn will.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Nun wieder zurück zum Antrag. Wir werden uns dort der Stimme enthalten. Wir teilen zwar die Intention, aber für uns hört die A 7 nicht am Bordesolmer Dreieck auf. Der gesamte nördliche Abschnitt findet keine Erwähnung, weder in Bezug auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung noch auf ein Überholverbot für Lkw auf zweispurigen Autobahnen und Kraftfahrstraßen.

Das sind nach unserer Auffassung Maßnahmen, die schnell umgesetzt werden können, die zu mehr Sicherheit führen.

Damit möchte ich einen Punkt aus der Anhörung aufgreifen, bei dem auf eine Stellungnahme des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel hingewiesen wurde. Demnach würde eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu mehr Zeitverlust und folglich zu höheren Kosten für die Fahrenden führen. Die durch ein Tempolimit entstehenden längeren Fahrzeiten würden demnach volkswirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe verursachen. Das sind kalte Zahlen und Rechenbeispiele, die meines Erachtens nicht standhalten. Die Zahlen sind kalt, weil sich Schwerverletzte oder Tote gegen nichts auf der Welt aufrechnen lassen.

Und die Berechnung des finanziellen Schadens ist ein theoretisches Rechenexempel, das der Wirklichkeit widerspricht. Wir glauben doch nicht im Ernst, dass ein Arbeitnehmer, der zu spät auf der Arbeit erscheint, nur weil er nicht 200 km/h auf der Autobahn fahren konnte, deshalb weniger arbeitet. Es gibt vereinbarte Wochenarbeitszeiten, die eingehalten werden müssen, und das ist unabhängig von einem Tempolimit oder einem Stau vor dem Elbtunnel. Solche Rechenbeispiele sind lediglich Nebel-

kerzen, die von Gegnern eines Tempolimits aufgesammelt und geworfen werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Rede gern etwas vorschlagen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir diesen Antrag an den Ausschuss überweisen und im Ausschuss über die Faktenlage reden, nicht nur bei der A 7, sondern auch über das eigentliche Anliegen der GdP, und dann gucken, zu welchen Lösungen wir kommen können.

Hier geht nämlich wahnsinnig viel durcheinander. Es gibt unterschiedliche Anliegen. Einige der Beiträge werden dem Anliegen der GdP aus meiner Sicht nicht gerecht. Denn die GdP hat kein dauerhaftes Tempolimit auf dem ganzen Stück gefordert, sondern eine Beeinflussungsanlage auf der A 7, und zwar - und das ist ein berechtigtes Anliegen -, um Beamtinnen und Beamte bei ihrem Einsatz zu schützen, wenn die Autobahn kurzfristig nur eingeschränkt befahrbar sein soll oder wenn irgendwo ein Spanngurt abgerissen ist oder Beamte aus irgendwelchen anderen Gründen auf dieser Autobahn eine Unfallstelle oder einen Bereich absichern müssen, wobei eine Gefahrensituation für die Beamtinnen und Beamten entsteht, die kaum zu akzeptieren ist.

Unabhängig von der Frage einer Verkehrsbeeinflussungsanlage sollten wir im Interesse der GdP darüber nachdenken, gern mit der Innenministerin gemeinsam, wie wir es ermöglichen, dass Beamtinnen und Beamte zur Absicherung einer Autobahnunfallstelle nicht - ich sage es jetzt etwas überspitzt - mit einem vor der Brust getragenen Warndreieck in den Verkehr gehen müssen, um dafür zu sorgen, dass man die Fahrspur nicht mehr befährt. Das ist aus meiner Sicht unzumutbar. Es muss technische Mittel geben, um die Situation nicht nur für die Beamtinnen und Beamten der Landespolizei zu verbessern, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr und die vielen anderen Menschen, die auf den Straßen ihre Arbeit machen müssen.

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kollege Vogel, es geht nicht nur um die A 7. Auch ich habe mit den Kolleginnen und Kollegen von der GdP gesprochen, wir haben uns Filme angesehen, zusammen mit dem Chef der Autobahnpolizei Neumünster. Es geht um eine Situation, die völlig unabhängig von der A 7 ist, von der A 21, von der A 23, von der A 1, wo auch immer. Die berühmten Spanngurttfälle kommen ständig vor. Das ist der eine abgrenzbare Fall. Ich würde gern darüber reden.

Das betrifft vielleicht gar nicht so sehr den Wirtschafts- und Verkehrsausschuss, und vielleicht sollten wir auch mit dem Innen- und Rechtsausschuss und der Kollegin Sütterlin-Waack darüber reden, wie wir die Beamtinnen und Beamten besser schützen können, die im ersten Einsatz auf der Straße fast schutzlos sind.

Das Zweite ist, dass wir auf Ihren Antrag hin über die Frage einer Verkehrsbeeinflussungsanlage reden sollten. Sie haben ja festgestellt, und der Kollege Dirschauer hat das sehr schön dargestellt, dass ich noch im letzten Jahr gesagt habe: Ich finde das eine gute Idee. Technisch ist das genau das, was wir wollen: mit technischen Möglichkeiten den Verkehr flexibel regeln und Mobilität ermöglichen, und zwar flexibel und nicht eingeschränkt reagieren.

Nun muss ich mich etwas darüber belehren lassen, was der Bund für seine Bundesautobahnen ermöglicht, wann so etwas anzuordnen ist. Das Problem entsteht natürlich nicht nur auf der A 7 zwischen Bordesholm und Hamburg, sondern auf allen Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland, und im Zweifel ist das Verkehrsaufkommen in Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in Hessen und anderswo erheblich höher als bei uns. Deshalb gibt es da klare Richtlinien.

Die klaren Richtlinien heißen: Entweder hat man es mit einer hohen Verkehrsdichte zu tun, die Anordnungen ermöglicht, oder man es mit einer besonderen Gefährdungssituation zu tun, die Anordnungen ermöglicht. Eine besonders hohe Verkehrsdichte ist bei einer sechsspurigen Autobahn ab etwa 100.000 Fahrzeuge pro 24 Stunden gegeben. Wir haben auf der A 7 in dem Teilbereich etwa 70.000 Autos pro 24 Stunden. Wir erreichen also mit Abstand nicht die notwendige Zahl.

Um die besondere Gefährdungssituation zu beurteilen, hat man in diesem Land schon lange - nicht erst seit gestern - eine Unfallkommission, und die tagt regelmäßig und guckt sich das Geschehen an. Lieber Herr Vogel, die besteht aus Experten: aus dem

Landespolizeiamt, einem Vertreter der Autobahnpolizei Neumünster, einem Vertreter des Landesbetriebs Verkehr als oberer Verkehrsbehörde, einem Vertreter der Autobahnmeisterei Neumünster, einem Vertreter der VSN im Fall der A 7, einem Vertreter der Deges, einem Vertreter des Innenministeriums und einem Vertreter des Wirtschaftsministeriums.

Die Unfallkommission hat das Unfallgeschehen auf der A 7 am 13. Februar 2020 - nicht im letzten Jahrhundert - auf der Basis der vorliegenden Zahlen beurteilt und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinerlei Anhaltspunkte für besondere Unfallschwerpunktsituationen gibt und keine strukturellen und baulichen Defizite auszumachen sind. Man hat sich darauf verständigt, dass man im Laufe des Jahres zu einer weiteren Sitzung zusammenkommt, um für bestimmte Bereiche noch einmal genauer zu untersuchen, ob sich da etwas anderes ergibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier wollen wir jetzt einmal mit einem Märchen aufräumen, nach dem Motto: Seit die Geschwindigkeit freigegeben ist, ist das Unfallgeschehen auf der A 7 dramatisch nach oben gegangen. Für die Fahrtrichtung Süd, also von Bordesholm in Richtung Hamburg, gilt für das erste Halbjahr des Jahres 2020: Die Anzahl der Unfälle liegt mit 95 deutlich unterhalb des Niveaus des Vorjahres, in dem es 123 Unfälle gab, deutlich unterhalb der Anzahl der Unfälle während der Jahre der Erweiterung der A 7, in denen es 185 bis 240 Unfälle waren. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschäden lag mit 23 deutlich niedriger als im Jahr 2019 und unter dem Niveau der Jahre der Erweiterung der A 7. Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit einer bedeutenden Ordnungswidrigkeit ist geringer als im gesamten Vergleichszeitraum. Die Anzahl der bei einem Unfall verletzten oder getöteten Verkehrsteilnehmer ist gegenüber dem Vorjahr um 30 % rückläufig. Bei den Schwerverletzten wurde 2020 das Niveau von 2019 erreicht, und das liegt damit doppelt so hoch wie in den Jahren der Erweiterung der A 7; das ist allerdings auffällig. Das gilt für die Fahrbahn Richtung Süden.

Auf der Richtungsfahrbahn Nord ergibt sich im ersten Halbjahr dieses Jahres in der Tat eine auffällige Situation. Die gilt es zu untersuchen, Herr Kollege Vogel. Deshalb habe ich Wert darauf gelegt, dass die Unfallkommission sehr schnell, möglichst noch im September, zusammentritt, um sich dies anzusehen. Wenn man sich die einzelnen Unfälle anguckt, ist ein Fall auffällig: Ein Verkehrsteilnehmer mit 120 km/h auf dem linken Fahrstreifen fahrend scherte nach rechts. Nachdem er einen Fahrer in der

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Mitte überholt hatte, schwenkte er auf den ganz rechten Streifen herüber und fuhr dort auf das Heck eines 85 km/h fahrenden Fahrzeugs; das Ergebnis war der Tod dieses Verkehrsteilnehmers. Da hätte auch eine Verkehrsbeeinflussungsanlage nichts ausrichten können.

Jetzt geht es um die Frage Tempolimit ja oder nein. Wenn man auf der A 7 hinter Quickborn Richtung Hamburg fährt, gibt es einen bestimmten Streckenabschnitt, der aufgrund der besonderen Stausituation besonders gefährdet ist. Da ist die Geschwindigkeit auf 120 km/h begrenzt. Wenn Sie aus Lübeck kommen und auf der A 1 fahren, haben Sie zwischen Bargteheide und Ahrensburg wegen der Häufung solcher Situationen ebenfalls eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h.

Das kann man machen. Dafür muss man sich genau ansehen, was dort der Fall ist.

Wenn die Ergebnisse der Unfallkommission vorliegen, könnte ich mir vorstellen, dass es nach der Auswertung insbesondere für den Abschnitt Neumünster-Neumünster-Süd Richtung Norden Bedarf geben könnte, etwas zu machen. Denn dort haben wir insbesondere bei der Ausfahrt aus meiner Sicht ein erhöhtes Unfallaufkommen. Möglicherweise rechtfertigen die Zahlen auch eine Überlegung dahin, in dem Gebiet rund um Neumünster eine Beeinflussungsanlage aufzubauen.

Ich will dann gern mit den Ergebnissen daraus nach Berlin zu Andreas Scheuer fahren, um, wenn es so ist, dass die Zahlen es rechtfertigen, dafür zu werben, eine solche Anlage in diesem Bereich aufzustellen. Es ist aber falsch, es auf dem ganzen Autobahnbereich zwischen Bordesholm und Hamburg zu machen, denn mit welcher Rechtfertigung könnten wir dann sagen, dass wir es nur dort machen und nicht etwa auch auf der A 1 zwischen Lübeck und Hamburg? Die hat genau so einen sechsstreifigen Ausbau. Es muss sich also an Unfallschwerpunkten festmachen.

Zum Abschluss sage ich etwas, das manche der Tempolimit-Befürworter, lieber Andreas Tietze, ungern hören, aber eben auch zu den Fakten gehört. Auch das sollten wir aus meiner Sicht im Ausschuss beraten.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich gespannt!)

In Relation zur Fahrleistung sind die Bundesautobahnen die sichersten Straßen Deutschlands.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das gilt auch für Verletzungen und für getötete Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Wir haben im Verhältnis zur Fahrleistung ein völlig anderes Aufkommen auf Bundesautobahnen. Deshalb ist die generelle Behauptung bei der Diskussion über das Tempolimit, es erhöhe die Verkehrssicherheit, aus meiner Sicht eine Blenderdiskussion.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben heute Vormittag darüber gesprochen: Wir haben durchaus beim Radverkehr, auf Landstraßen oder Bundesstraßen Anlass, darüber zu reden, dass es hier tatsächlich viel mehr Verletzte und in letzter Zeit Getötete gibt. Wir haben es dort mit einem erhöhten Unfallgeschehen zu tun.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf Bundesautobahnen ist das aber nicht der Fall, deshalb bitte ich darum, dass wir da mit Fakten operieren und nicht mit allfälligen Grundvorstellungen, die wir alle vor uns hertragen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Zum Abschluss sehr gerne.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Minister. - Eine Bemerkung und eine Frage: Ich bin sonst ein großer Fan Ihrer Verkehrspolitik, aber in diesem Fall waren Sie wahrscheinlich abgelenkt oder haben meiner Rede nicht im Ganzen zugehört. Ich sprach ja nicht nur über die Verkehrssicherheit. Ich habe das Klima, den Ressourceneinsatz und den europäischen Kontext beschrieben. Ich habe die Forderungen des Deutschen Verkehrsgerichtstages 2019 und die Aussagen des ADAC beschrieben. Die Hälfte der Mitglieder des ADAC befürwortet das Tempolimit, die andere Hälfte ist dagegen.

Ich darf auch einmal sagen: 65 % der Deutschen, die es befürworten, sind nicht ganz blöd. Die sind auf deutschen Autobahnen unterwegs und sehen die Gefahren, wenn da ein

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Auto mit 200 km/h von hinten angerauscht kommt.

Ich stelle deswegen einmal fest: Es ist eine sehr umfassende Debatte, die hier geführt wird. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich hier nicht monokausal mit der Verkehrssicherheit argumentiere?

- Lieber Abgeordneter Tietze, das nehme ich sehr gerne zur Kenntnis. Ich nehme aber auch zur Kenntnis, dass insbesondere das Argument der Verkehrssicherheit herangezogen wird, um zu sagen: Wir brauchen dringend ein Tempolimit auf Bundesautobahnen. - Das ist aber für sich so nicht empirisch belegbar. Das muss man dann wechselseitig einmal zur Kenntnis nehmen. Ich freue mich auf die Debatten, die wir im Ausschuss hoffentlich führen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich gemeldet, weil es eben gerade etwas apodiktisch gegen die Gesetze der Physik ging. Nach Ihrer Logik müsste man Landstraßen sicherer machen, indem man dort das Tempolimit aufhebt. Natürlich sind Autobahnen sicherer als Landstraßen, das liegt an der Bauform. Das ist überhaupt keine Frage: Sie haben weniger Einbiegsituationen und so weiter. Die Autobahnen in Deutschland sind aber nicht dadurch sicherer, dass wir kein Tempolimit haben.

Sie machen an dieser Stelle einen sogenannten logischen Trugschluss, und das muss hier einmal gesagt werden. Man kann aus verschiedenen Gründen am Ende einer Abwägung gegen das Tempolimit sein. Es ist aber vollkommen klar - und es gibt genügend Studien, die belegen -, dass Autobahnabschnitte, die kein Tempolimit haben, mehr Unfälle haben als solche mit Tempolimit.

Im europäischen Vergleich stehen wir übrigens bei Todesfällen auf der Autobahn gar nicht so gut da, sondern befinden uns nur im Mittelfeld. Die Länder mit Tempolimit stehen da entsprechend besser da. Die Studien gibt es.

(Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Man muss die Studien nicht wahrnehmen. Als Wissenschaftler bin ich aber froh, wenn man zumindest die Fakten wahrnimmt. Daraus kann man unterschiedliche Meinungen entwickeln und zum Beispiel sagen: Das bisschen Mehr an Sicherheit ist es uns nicht wert. Aber natürlich hat ein Auto bei 170 km/h die doppelte kinetische Energie wie ein Auto mit 120 km/h. Im Falle eines Unfalles muss die kinetische Energie irgendwo bleiben. An dem Naturgesetz kommen Sie nicht vorbei, egal, wie Sie argumentieren.

Deshalb muss der richtige Vergleich sein: Man nimmt Autobahnen mit der gleichen Ausbaustufe, der gleichen Situation und Kurvigkeit und so weiter, und dann vergleicht man die Unfallzahlen mit und ohne Tempolimit. Dafür - das ist der wissenschaftlich richtige Vergleich - sind die Zahlen relativ eindeutig. Das sind keine riesigen Unterschiede, wenn ich es einmal mit anderen Todesfällen vergleiche, zum Beispiel im Landstraßenbereich. Deshalb darf man aber trotzdem nicht Ursache und Wirkung umdrehen und das hier so hinstellen.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Abgeordnete Vogel hat sich gemeldet.

Kai Vogel [SPD]:

Der Minister hat, auch wenn er dazu eigentlich nicht befugt ist, den Hinweis gegeben, ob wir die Anträge nicht vielleicht an den Ausschuss überweisen sollten, und zwar an den Innen- und Rechtsausschuss und federführend an den Wirtschaftsausschuss. Dieses ist vonseiten der Abgeordneten nicht beantragt worden, aber ich würde das gern übernehmen.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Danke, Herr Abgeordneter Vogel. Damit erübrigt sich auch meine Frage.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Antrag, Drucksache 19/2397, und den Alternativantrag, Drucksache 19/2444, dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Ausschussüberweisung mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich verabredet, die Tagesordnungspunkte 22 und 25 morgen einzureihen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Daher unterbreche ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:46 Uhr